Die Industrialisierung peripherer Gebiete als Postulat einer regionalen Entwicklungspolitik

(unter besonderer Berücksichtigung der italienischen Südfrage)

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des akademischen Grades
eines Doktors der Wirtschaftswissenschaft
durch die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

vorgelegt von
Heinrich Matthes
aus Berlin
1966

Die Industrialisierung peripherer Gebiete als Postulat einer regionalen Entwicklungspolitik

(unter besonderer Berücksichtigung der italienischen Südfrage)

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des akademischen Grades
eines Doktors der Wirtschaftswissenschaft
durch die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

vorgelegt von
Heinrich Matthes
aus Berlin
1966

UNIVERSITEITSBIBLIOTHEEK - LEIDEN -

1. Berichterstatter: Prof. Dr.Dr.h.c. A. Predöhl
2. Berichterstatter: Prof. Dr.Dr.h.c. W.G. Hoffmann
Dekan: Prof. Dr. H. Brox

Tag der mündlichen Prüfung: 23. Februar 1966

Inhaltsübersicht

Seite

Problemstellung 1

Teil I : Entstehung und Entwicklung peripherer Gebiete und der Ansatz einer regionalen Entwicklungspolitik

Kapitel I: Theoretische Erklärungsmöglichkeiten regionaler Disparitäten

§ 1 Regionale Disparitäten und die klassische und neoklassische Außenhandelstheorie 4

§ 2 Regionale Disparitäten und die Thünensche Standorttheorie 8

§ 3 Regionale Disparitäten im Lösch-Christaller-System 14

§ 4 Räumliche Disparitäten und der standorttheoretische Ansatz Andreas Predöhls 18

§ 5 Regionale Disparitäten und räumliche Einkommensverteilung 23

Kapitel II: Raum und marktwirtschaftliche Selbstkoordination
- Der Ansatz zu einer regionalen Entwicklungspolitik -

§ 6 Die relative Optimalität der Standortstruktur 27

§ 7 Die Grenzen einer marktwirtschaftlichen Ordnungsstruktur in bezug auf die Realisierung eines relativen räumlichen Optimums 31

§ 8 Europäische Integration und Regionalentwicklung 34

§ 9 Die Industrialisierung peripherer Gebiete als Postulat einer regionalen Entwicklungspolitik 38

Seite

Teil II: Investitionskriterien einer Politik zur Entwicklung peripherer Gebiete

Kapitel I: Die Unzulänglichkeit statischer Marginalkriterien

§ 10 Das Gesetz der komparativen Kosten als Industrialisierungskriterium . . . 42

§ 11 Der Grenzproduktivitätsansatz als Planungskriterium 46

Kapitel II: Die Induktion künftigen Wachstums als Kernproblem einer regionalen Entwicklungspolitik

§ 12 Die Wohlfahrtsfunktion und ihre Bedeutung für die Entwicklungspolitik 54

§ 13 Die Maximierung dynamischer Induktionseffekte als Industrialisierungskriterium 60

§ 14 Zusammenfassende Sichtung der Ergebnisse für eine regionale Entwicklungspolitik 68

Teil III: Süditalien als Beispiel der Entstehung und strukturellen Angleichung eines peripheren Notstandsgebietes

Kapitel I: Entstehung, Ausmaß und Erklärungsversuch der Disparitäten zwischen Nord- und Süditalien

§ 15 Die Entstehung eines wirtschaftlichen Notstandsgebietes im Mezzogiorno . . 73

§ 16 Das Wohlstandsgefälle zwischen Nord- und Süditalien 82

§ 17 Die Hypothese mangelnder regionaler Lohndifferenzierung als Erklärungsversuch für die Entstehung des Mezzogiorno 87

Seite

Kapitel II: Der Vanoni-Plan als Versuch der strukturellen Angleichung eines peripheren Randgebietes

§ 18 Vorstellungen und Ziele des Planes . . . 98

§ 19 Bisherige Ergebnisse in der süditalienischen Entwicklungspolitik . . . 104

§ 20 Bisherige Erfolge und Zukunftsperspektiven der Bemühungen zur Angleichung regionaler Disparitäten im Mezzogiorno 123

§ 21 Zusammenfassende Sichtung der Ergebnisse 130

Anhang 133

Literaturverzeichnis 154-162

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41547217_0042

Problemstellung

Im Rahmen dieser Arbeit sollen Überlegungen über die Notwendigkeit und erfolgversprechende Durchführung einer Industrialisierung peripherer Gebiete innerhalb einer regionalen Entwicklungspolitik angestellt werden.

Wie wohl kaum auf einem anderen Gebiete der Wirtschaftspolitik werden in der Regionalpolitik teilweise unter Berufung auf sog. "autonome Ziele" die vielfältigsten Forderungen gestellt.[1] Für die weitaus meisten solcher Versuche gilt allerdings das kritische Wort von Helmut Meinhold: "Es gibt wohl wenige Gebiete der Wirtschaftswissenschaft, auf denen so viel mit Gefühlswallungen gearbeitet wird, wie bei der Raumpolitik. Legen wir die kritische Sonde an, so lösen sich viele dieser Motive als gegenstandslos auf."[2]

In den nachfolgenden Überlegungen wird es daher zunächst einmal darauf ankommen, den Ansatzpunkt einer regionalen Entwicklungspolitik herauszuarbeiten. Daher wird im ersten Teil dieser Arbeit nach den theoretischen Erklärungsmöglichkeiten regionaler Disparitäten gefragt werden. Es wird gezeigt werden, daß sich unter den Voraussetzungen der reinen Theorie nachweisen läßt, daß es im räumlichen Gleichgewichtsprozeß zu einer Herausbildung unterschiedlicher regionaler Produktionsstrukturen kommen muß, wobei sich vom Zentrum zur Peripherie ein deutliches Gefälle herausbildet. Aus dieser Tatsache allein kann man jedoch noch nicht die Notwendigkeit einer regionalen Entwicklungspolitik ableiten. Es wird

---

[1] Vgl. hierzu beispielsweise Röpke, Wilhelm, Civitas Humana, Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsreform, 2. Aufl., Zürich 1946, S. 275 ff.

[2] Vgl. Meinhold, Helmut, Probleme der räumlichen Konzentration, in: Die Konzentration in der Wirtschaft, 3. Bd.: Wirkungen und Probleme der Konzentration, Schriften des Vereins für Socialpolitik N.F., Bd. 20/III, (Hrsg. Helmut Arndt), S. 1687 ff.

daher untersucht werden müssen, inwieweit die marktwirtschaftliche räumliche Selbstkoordination ein - wenn auch nur relatives - Optimum gewährleistet oder inwieweit sich dabei Entwicklungen ergeben, die sich zunehmend vom Gleichgewicht entfernen. Sodann wird zu fragen sein, in welcher Weise die europäische Integration solche Prozesse beeinflussen wird.

Aus der Erkenntnis der Grenzen einer marktwirtschaftlichen Ordnungsstruktur in bezug auf die Realisierung eines räumlichen Optimums und aufgrund der Feststellung, daß die europäische Integration auf eine tendenzielle Verstärkung räumlicher Konzentrationsprozesse hinarbeitet, wird die Forderung nach einer Industrialisierung peripherer Gebiete erhoben werden.

Auf diesem Fundament werden wir uns im zweiten Teil unserer Überlegungen den Investitionskriterien einer Politik zur Entwicklung peripherer Gebiete zuwenden. Dabei wird sich zunächst erweisen, daß die einfachen Kriterien der zeitlosen Statik für die Entwicklungsplanung völlig unzulänglich sind. Allerdings wird sich herausstellen, daß eine Dynamisierung des statischen Grenzproduktivitätskriteriums zu Ergebnissen führt, deren wirtschaftspolitische Anwendbarkeit außerordentlich reduziert ist. Daher wird sich die Notwendigkeit ergeben, nach weniger abstrakten und dafür wirtschaftspolitisch handlicheren Kriterien der Entwicklungspolitik Ausschau zu halten. In diesem Zusammenhang wird dann die Frage gestellt werden, wie die aus einer Investition resultierenden dynamischen Effekte, also das Wachstum, optimiert werden können. Um in dieser Hinsicht zu irgendeiner Aussage zu kommen, wird es sich als notwendig erweisen, von einer Zielfunktion auszugehen. Es wird sich zeigen, daß verschieden definierte soziale Wohlfahrtsfunktionen auch eine verschiedene Entwicklungspolitik beinhalten. Als Grenze eines solcherart abgeleiteten Investitionskriteriums wird sich allerdings das Vorhandensein von nicht mehr in quantitativer ökonomischer Analyse zu

erfassenden qualitativen Beziehungen zwischen verschiedenen Entwicklungsvorhaben herausstellen.

Eine zusammenfassende Sichtung der abgeleiteten Ergebnisse wird schließlich zu dem Resultat führen, daß einfache Maßstäbe des "gesunden Menschenverstandes" in der Entwicklungspolitik nicht existieren. Ferner wird sich erweisen, daß zwischen den im ersten Teil der Untersuchung durchgeführten standorttheoretischen Überlegungen und den auf einer sinnvoll erweiterten raumlosen walrasianischen Gleichgewichtstheorie basierenden wirtschaftspolitischen Empfehlungen kein Widerspruch zu bestehen braucht.

Mit diesem Rüstzeug werden wir uns in Teil III dieser Untersuchung dem Mezzogiornoproblem zuwenden. Dabei wird zunächst in einem kurzen Aufriß auf Entstehung, das Ausmaß und Erklärungsversuche der italienischen Südfrage eingegangen werden. Das Süditalienproblem wird sich dabei als eine hervorragende Illustration der in Teil I angestellten standorttheoretischen Überlegungen erweisen.

Sodann wird eine kritische Analyse des jüngsten Lösungsversuches des Mezzogiornoproblems versucht werden; wobei sich herausstellen wird, daß die Mißachtung der in unseren theoretischen Überlegungen gewonnenen Ergebnisse an der Quelle des bisherigen Mißerfolgs der süditalienischen Entwicklungspolitik steht.

Teil I

Entstehung und Entwicklung peripherer Gebiete und der Ansatz einer regionalen Entwicklungspolitik

K A P I T E L I

Theoretische Erklärungsmöglichkeiten regionaler Disparitäten

§ 1 Regionale Disparitäten und die klassische und neoklassische Außenhandelstheorie

Die Entstehung und Entwicklung regionaler Disparitäten[1] hat die klassische und neoklassische Wirtschaftstheorie kaum beschäftigt. Bekanntlich wurde der regionale Aspekt in der klassischen Außenhandelstheorie, welche die verschiedenen Länder als punktförmige "Behälter" von Produktionsfaktoren unter der Annahme der Immobilität dieser Faktoren gegenüberstellte, völlig vernachlässigt.[2]

Für die klassischen Außenhandelstheoretiker kam es lediglich darauf an zu zeigen, daß sowohl arme als auch reiche Länder am internationalen Handel profitieren könnten. Nachdem Adam Smith die Vorteile der Arbeitsteilung im nationalen Rahmen nachgewiesen hatte, lag es in der Tat nahe darzulegen, daß das von ihm gefundene Gesetz der Spezialisierung nicht nur im nationalen, sondern unter bestimmten Voraussetzungen auch im internationalen Rahmen das Sozialprodukt maximiere.

---

[1] Wenn in der Folge von regionalen Disparitäten die Rede ist, so wird darunter immer die Herausbildung unterschiedlicher räumlicher Produktionsstrukturen verstanden.

[2] Es ist dabei nur von sekundärer Bedeutung, ob diese Annahme einer internationalen Faktorimmobilität realistisch war oder nicht; sicherlich ist fast zu keiner Zeit die internationale Faktormobilität gerade so groß gewesen wie bei der Konzeption der klassischen Außenhandelstheorie. Ohne die Annahme einer internationalen Faktorimmobilität hätte allerdings unter den klassischen Prämissen überhaupt kein internationaler Handel stattgefunden. Vielmehr hätte die Annahme einer unterschiedlichen "natürlichen" Begabung der Länder zur Produktion von Gütern zu dem Resultat geführt, daß die Produktionsfaktoren in das Land wanderten, in dem sie die günstigsten "natürlichen" Bedingungen vorfanden (im Beispiel Ricardos also Portugal).

Das Zustandekommen räumlicher Disparitäten - der Gegenstand unserer Überlegungen - wird also von der klassischen Theorie nicht erklärt, sondern vorausgesetzt. Die Klassiker interessierte lediglich die Frage, wie kommt es überhaupt zu einem internationalen Handel und auf welche Güter richtet sich dieser Handel.

In den auf Ricardo folgenden hundert Jahren nationalökonomischer Forschung gelang es - unter Aufgabe der klassischen Arbeitswertlehre -, das geschlossene System einer funktionalen Preistheorie aufzubauen, die im allgemeinen walrasianischen Gleichgewicht ihren Gipfelpunkt fand. Daneben behauptete allerdings die auf der Arbeitswertlehre basierende klassische Außenhandelstheorie ein zähes unintegriertes Dasein, bis es dann von zwei Seiten gelang, das Theorem der komparativen Kosten von der Arbeitswertlehre zu lösen und in die funktionale Preistheorie einzubeziehen: der von Cassel herkommenden Schwedischen Schule und der Wiener Grenznutzenschule. Im Rahmen der hier zu treffenden Überlegungen interessiert dabei - wegen der Einbeziehung des regionalen Aspektes - besonders der theoretische Ansatz von Ohlin.[1)]

Ohlin baut seine außenhandelstheoretischen Überlegungen vom interpersonalen Tausch her auf: Stelle man die Frage, warum die einzelnen Menschen miteinander handeln, so gebe es dafür zwei Gründe: die verschiedenen Fähigkeiten der Menschen und die Vorteile der Spezialisierung. Wende man sich nun von den einzelnen Menschen den Ländern zu, so finde man, daß auch diese sehr unterschiedlich mit der Möglichkeit zur Erzeugung verschiedener Güter ausgestattet seien. Dies beruhe darauf, daß die Länder ganz ungleichmäßig mit Produktionsfaktoren ausgestattet seien.

[1)] Vgl. zum Folgenden: Ohlin, Bertil, Interregional and International Trade, Cambridge 1957, S. 35 - 50 und S. 141 - 242, siehe besonders auch ders.: Die Beziehungen zwischen internationalem Handel und internationalen Bewegungen von Kapital und Arbeit, in: Zeitschrift für Nationalökonomie, Band II, 1931, S. 161 ff.

So habe beispielsweise Australien mehr Ackerland, Großbritannien dagegen vergleichsweise mehr Kapital und Bergwerke. Wie die verschiedene persönliche Eignung ein Grund für den Tauschverkehr unter den Menschen sei, so sei nun die differierende Ausrüstung mit Produktionsfaktoren ein Grund für die internationale Arbeitsteilung. Die verschiedene relative Knappheit der Produktionsfaktoren müsse natürlicherweise ihren Ausdruck in unterschiedlichen relativen Preisen finden. Den voneinander abweichenden relativen Preisverhältnissen entsprächen jedoch unterschiedlich hohe Produktionskosten. Daher habe jedes Land seinen komparativen Vorteil bei der Erzeugung von Gütern, in welche die in diesem Lande reichlich und daher billig vorhandenen Produktionsfaktoren eingingen.

Die Ausfuhr eines jeden Landes sei also aus Waren zusammengesetzt, die große Mengen der reichlich vorhandenen, billigen Produktionsfaktoren enthielten. Die Einfuhr dagegen richte sich auf Produkte, die viel von den im Lande nur wenig vorhandenen Produktionsfaktoren enthielten. Im Wege des Außenhandels steigere sich also die Nachfrage nach den jeweils relativ reichlich vorhandenen, billigen Produktionsfaktoren, deren Preis tendenziell steigen müsse, während die relative Knappheit der seltenen Produktionsfaktoren durch Import verringert würde. Der Außenhandel bewirke daher eine Angleichung der internationalen relativen Knappheitsverhältnisse der Produktionsfaktoren; eine Tendenz, die sich auch in einer internationalen Angleichung der Preise der Produktionsfaktoren niederschlagen müsse.

So gestatte es der Handel, daß die industrielle Aktivität sich örtlich an die geographische Verteilung der Produktionsfaktoren anpasse. Ohne den Handel würde die ungleiche Ausstattung mit Produktionsfaktoren eine ungeheure Verschwendung bedeuten. Durch die Mobilität der Güter würde daher bis zu einem gewissen Grade die fehlende internationale Beweglichkeit der Produktionsfaktoren ausgeglichen. Der internationale Handel diene also bis zu einem gewissen Grade als Ersatz für die internationale Faktormobilität.

Ohne den Handel wären die Preisunterschiede wesentlich größer. Der Handel mache also einen Teil der Bewegungen von Kapital und Arbeit überflüssig. Allerdings sei der Güteraustausch unfähig dazu, eine vollständige Angleichung der Faktorpreise zu bewirken. Ausgleichende Faktorbewegungen würden vielmehr immer erst dann induziert, wenn die Preisdifferenzen groß genug seien, um die entgegenstehenden Mobilitätshindernisse zu überwinden.

Nachdem Ohlin in seinen außenhandelstheoretischen Deduktionen an diesem Punkte angelangt ist, liegt die Erkenntnis nahe, daß sich alle seine Überlegungen gleicherweise auch für den interregionalen Handel anwenden lassen. Damit ist der Sprung von der Nation zur Region vollzogen: Interregionaler Handel und internationaler Handel vollziehen sich nach den gleichen Gesetzmäßigkeiten. Zugleich ist auch die Frage nach dem räumlichen Gleichgewicht gestellt und der Übergang vom "wonderland of no dimensions"[1] klassischer Prägung zur räumlichen Wirtschaftstheorie vollzogen. Von hier bis zur Forderung, daß die Außenhandelstheorie auf eine allgemeine Standorttheorie gegründet werden müsse[2], ist dann offenbar nur noch ein kleiner logischer Schritt, der allerdings von Ohlin nur noch postuliert wird.

Kehren wir zum Ausgangspunkt unserer Fragestellung zurück, so ergibt sich aufgrund der vorstehenden Ausführungen, daß für Klassik und Neoklassik räumliche Disparitäten insofern eine Rolle spielen, als ihr Vorhandensein den Theoremen der klassischen Außenhandelstheorie implizit zugrunde liegt; Ohlin gelingt es sogar, ihre tendenzielle Nivellierung nachzuweisen. Die Frage nach der E n t s t e h u n g regionaler Disparitäten wird allerdings von den klassischen und neoklassischen Außenhandelstheoretikern überhaupt nicht gestellt.

---

[1] Vgl. Isard, Walter, Location and Space-Economy, New York - London 1956, S. 25

[2] Vgl. Ohlin, Bertil, Interregional and International Trade, Cambridge 1957, S. 243

§ 2 Regionale Disparitäten und die Thünensche Standorttheorie

Während die neoklassische Theorie erst in den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts damit begann, das Raumphänomen zu integrieren - ein Prozeß, der heute noch nicht abgeschlossen ist -, wurde bereits zu Beginn des vorigen Jahrhunderts der erste Ansatz zur theoretischen Ableitung einer regionalen Produktionsstruktur unternommen. Bemerkenswerterweise gelang dabei schon im ersten Anlauf ein widerspruchsfreies Modell.[1] Wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Thünenschen Gedankengänge für unsere weiteren Überlegungen sollen sie nachfolgend knapp dargestellt werden:[2]

Zur Konstruktion seines "isolierten Staates" unterstellt Thünen folgende Prämissen:

a) Er nimmt eine von undurchdringlicher Wildnis begrenzte kreisförmige Ebene mit homogener Bodenqualität und Oberflächengestaltung an.

b) Im Zentrum dieser Ebene befinde sich als einziger Markt für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse eine Stadt. Die sich auf dem zentralen Markt bildenden Preise (p_i) sind für die Bauern Daten.

c) Auf der Ebene befinde sich eine gegebene Anzahl von Bauern, die jeweils eine bestimmte Kultur anbauen wollen und für diese den optimalen Standort suchen.

d) Die gewichtsmäßigen Erträge je Flächeneinheit (E_i) und die Arbeits- und Kapitalkosten je Flächeneinheit ($K_i = k_i \cdot E_i$) für die verschiedenen landwirtschaftlichen Produkte sind gegeben.

---

[1] Vgl. Thünen, Johann Heinrich von, Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie, 2. Auflage, Rostock 1842

[2] Vgl. zur folgenden Darstellung auch Lösch, August, Die räumliche Ordnung der Wirtschaft, 2. Auflage, Jena 1944, S. 24 ff.

e) Die Transportmöglichkeiten für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind für alle Bauern die gleichen. Die dabei entstehenden Transportkosten errechnen sich mit einem gegebenen Frachtsatz (f) pro Gewichts- und Entfernungseinheit ($f \cdot E_i x$).

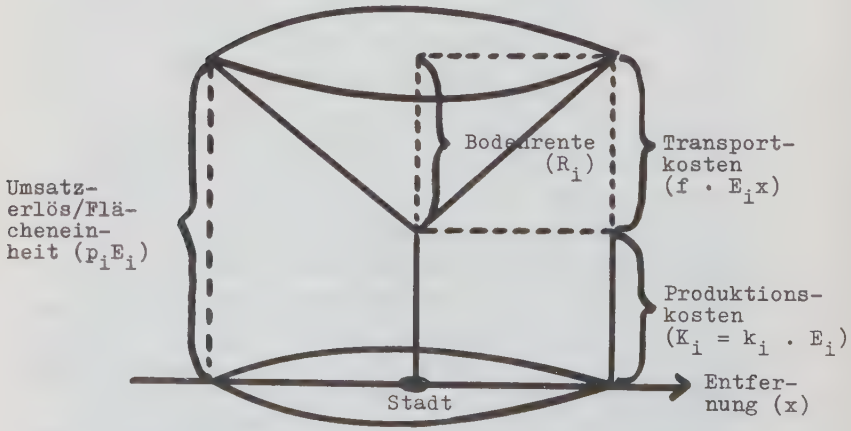
Nachdem Thünen seine Prämissen auf diese Weise gesetzt hat, stellt er die Frage, wie sich die verschiedenen landwirtschaftlichen Produktionen in der die Stadt umgebenden Ebene verteilen werden. Die Lösung dieses Problems gelingt ihm durch die Einführung der sog. Lagerente. Da nämlich der Preis (p_i) für die landwirtschaftlichen Güter von dem einzelnen Bauern als Datum hingenommen werden muß, das in keiner Weise beeinflußt werden kann - der Preis sich jedoch andererseits nach den Kosten des "Grenzanbieters" richtet, der gerade noch zur Bedürfnisbefriedigung herangezogen werden muß - erzielen die "intramarginalen Anbieter" eine Rente.[1)]

[1)] Die Verwandtschaft zwischen Thünenscher Lagerente und Ricardianischer Grundrente springt unmittelbar ins Auge: Thünen übernimmt von Ricardo das Prinzip, die Rente nicht als selbständigen Kosten- und Preisbestimmungsgrund zu betrachten, sondern als Folge bestimmter Kostendifferenzen. Während jedoch bei Ricardo die Grundrente durch die unterschiedliche Bodenqualität und die sich daraus ergebenden Arbeitskostendifferenzen erklärt wird, spielt die Ricardianische Grundrente im Modell Thünens - der homogene Bodenqualität unterstellt - keine Rolle. Es liegt auf der Hand, daß in die effektive Grundrente die von Ricardo und die von Thünen herausgearbeitete Komponente gleichermaßen eingehen. Beide Grundrententheorien stehen also nicht in einem gegensätzlichen, sondern in einem komplementären Verhältnis zueinander. Ebenso wenig ergibt sich ein Widerspruch zwischen der klassischen Differentialrententheorie und der neoklassischen Grenzproduktivitätstheorie. Wie Preiser zeigt, lassen sich alle Faktorpreise auch in der Grenzproduktivitätstheorie als intramarginale Gewinne, d.h. als Renten, behandeln (vgl. Preiser, Erich, Bildung und Verteilung des Volkseinkommens, Göttingen 1957, S. 203). Damit ist auch der Schritt von Andreas Predöhl gerechtfertigt, die Lagerente als "Preis der Bodennutzung" aufzufassen und sie dann gegen die Transportkosten zur Erreichung des optimalen Substitutionspunktes zu substituieren (vgl. Predöhl, Andreas, Das Standortsproblem in der Wirtschaftstheorie, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 21, 1925 I, S. 294 ff.).

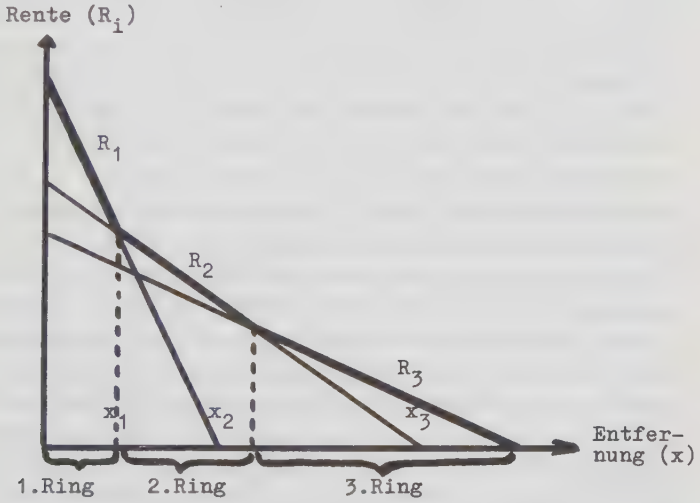
Unterstellt man für alle Anbieter gleiche Produktionskosten je Flächeneinheit ($K_i = k_i \cdot E_i$), so ergibt sich diese Rente als Differenz aus dem Umsatzerlös pro Flächeneinheit ($p_i \cdot E_i$) und der Summe aus Produktions- und Transportkosten je Flächeneinheit ($K_i + f \cdot E_i x$). Die Grundrente (R_i) je Flächeneinheit für jedes Produkt ($i = 1, 2, \ldots\ldots, n$) bestimmt sich also als abnehmende Funktion der Marktentfernung (x) nach folgender Gleichung:

$$R_i = E_i \, (p_i - k_i - fx) \qquad (i = 1, 2, \ldots\ldots, n)$$

Unmittelbar in der Stadt (Entfernung = 0) ergibt sich also eine Lagerente in Höhe der Transportkosten des Grenzanbieters. Auf dem Grenzboden (in einer Marktentfernung von x) wird dagegen die Lagerente völlig von den Transportkosten aufgezehrt. Stellt man diese Zusammenhänge in einem Koordinatensystem dar, so ergibt sich folgendes Bild:



Für jedes der im "isolierten Staat" produzierten landwirtschaftlichen Güter erhält man offenbar einen solchen Transportkostenentrichter oder - auf den Kopf gestellt - einen entsprechenden Rentenkegel über der Ebene. Insgesamt ergibt sich also ein System von konzentrischen Trichtern (Kegeln), deren Höhe und Radius von den Transportkosten pro Entfernungs- und Gewichtseinheit sowie vom Preis bestimmt ist. Ein Vertikalschnitt durch ein derartiges simultanes System von Rentenkegeln bringt folgendes Resultat:



Die Grundrenten, die bei unterschiedlichen Marktentfernungen (x) bei Anbau verschiedener Produkte erzielt werden können, sind als Ordinatenwerte abzulesen. Unter der Bedingung, daß die Grundrente pro Flächeneinheit maximiert werden soll, kann das Problem einer optimalen Bebauung nun leicht gelöst werden: Bei jeder gegebenen Entfernung (x) wird das Produkt mit der jeweils höchsten Lagerente angebaut. Projiziert man die Schnittpunkte der verschiedenen Rentenfunktionen R_i (i = 1,2 .....,n)

auf die Abszisse, so erhält man jeweils die Bebauungsgrenze für ein bestimmtes Produkt (x_1, x_2.....x_n) auf der Thünenschen Ebene.

Als Ergebnis der Thünenschen Annahmen erhält man also eine Standortverteilung, in der im Interesse einer Maximierung der Grundrente eine möglichst weitgehende Verringerung der Transportkosten erfolgt ist.[1] Füllt man diese formalen Ergebnisse mit empirischem Inhalt, so kommt man unter den Thünenschen Prämissen zu folgendem Resultat: Um den industriellen Mittelpunkt gruppiert sich die Landwirtschaft mit abnehmender Intensität der Bebauung in konzentrischen Kreisen.

Stellt man nun abschließend die Frage nach den Erkenntnissen, die aus dem Thünenschen Modell für die uns beschäftigende Fragestellung zu gewinnen sind, so ergibt sich folgendes:

Im Thünenschen Modell sinkt die Grundrente (oder der Preis der Bodennutzung) vom Zentrum zur Peripherie als lineare Funktion der Marktentfernung. Um unter diesen zunehmend ungünstiger werdenden Verhältnissen ihre Wohlstandsparität mit den marktnahen Landwirten zu wahren, werden die Bauern mit steigender Marktentfernung zu immer flächenextensiverer Nutzung des Bodens übergehen. Die Dichte der Besiedlung und damit die Tragfähigkeit des Bodens[2] werden also mit zunehmender Entfernung vom Zentrum abnehmen. Wird die Bodenrente schließlich von den Transportkosten völlig aufgezehrt, so hört die Besiedlung auf, es beginnt die ökonomische Wüste.

---

[1] Vgl. Giersch, Herbert, Probleme der regionalen Einkommensverteilung, in: Probleme des räumlichen Gleichgewichts in der Wirtschaftswissenschaft, Verhandlungen auf der Tagung des Vereins für Socialpolitik in Göttingen 1958, (Hrsg. W. G. Hoffmann), Schriften des Vereins für Socialpolitik N. F., Bd. 14, Berlin 1959, S. 91

[2] Vgl. Isenberg, Gerhard, Regionale Wohlstandsunterschiede, Finanzausgleich und Raumordnung, in: Finanzarchiv N.F., Bd. 17, 1956/57, S. 64 ff.

Da die Ausgaben für Mieten und landwirtschaftliche Erzeugnisse als Folge der durch die Transportkosten bedingten, kontinuierlich sinkenden Grundrente zur Peripherie hin ständig fallen, brauchen im isolierten Staat nicht gleiche Nominallöhne gezahlt zu werden. Regionale Wohlstandsunterschiede müssen sich allerdings in dem Maße einstellen, wie die Arbeiter unterschiedliche Reallöhne nicht durch Wanderung ausgleichen.

Bemerkenswerterweise ergeben sich also bei Bodenständigkeit der Arbeiter regionale Wohlstandsunterschiede selbst unter der Annahme einer völlig homogenen Bodenqualität. Nähert man diese unrealistische Prämisse mehr der Wirklichkeit an, nimmt man also unterschiedliche Bodenqualität, verschiedene Ausstattung mit Bodenschätzen, eine unterschiedliche verkehrsmäßige Erschließung an, so müssen sich solche Disparitäten bei bodenständiger Bevölkerung weiter verstärken.[1] Unter diesen Voraussetzungen kommt es dann bei ungenügender Wanderung sogar zu den von Isenberg analysierten kumulativen Verarmungstendenzen. "Unterschreitet nämlich die Leistungskraft, je Flächeneinheit gerechnet, ein bestimmtes Maß, dann werden die Belastungen durch öffentliche Einrichtungen für die Bevölkerung nicht mehr tragbar."[2]

Bereits auf der Basis der Thünenschen Standorttheorie gewinnt man also für die hier zu behandelnde Fragestellung wertvolle Erkenntnisse. Die zentrale Stadt wird allerdings von Thünen noch ausdrücklich vorausgesetzt. Nachfolgend wird gezeigt werden, daß hierzu keine zwingende Notwendigkeit besteht, sondern daß sich räumliche Zentren auch standorttheoretisch ableiten lassen.

---

[1] Vgl. hierzu Isenberg, Gerhard, Regionale Wohlstandsunterschiede ..... a.a.O., S. 65 ff.

[2] Vgl. Isenberg, Gerhard, Regionale Wohlstandsunterschiede ..... a.a.O., S. 66

§ 3 Regionale Disparitäten im Lösch-Christaller-System

Wie Thünen, so geht auch Lösch[1] von der Annahme einer homogenen Ebene aus, auf der sämtliche Produktionsfaktoren gleichförmig verteilt sind.[2] Um die Frage zu beantworten, wie es aus dieser Ausgangssituation zu räumlichen Unterschieden kommen kann, läßt Lösch einen der regelmäßig verteilten "selbstgenügsamen Bauernhöfe" über seinen Bedarf hinaus produzieren, wobei sich der Produzent einer von links nach rechts fallenden Preis-Absatz-Funktion gegenübersieht. Da sich die Ortspreise der Konsumenten jedoch aus Produktionskosten und Transportkosten zusammensetzen (die Transportkosten sind eine linear homogene Funktion der Entfernung), muß der Preis in einer bestimmten Entfernung vom Produktionsort so hoch werden, daß nicht mehr verkauft werden kann. Der Preis, bei dem die Absatzmenge 0 wird, ergibt sich aus der bekannten Preis-Absatz-Funktion. Subtrahiert man von ihm die ebenfalls bekannten Produktionskosten und dividiert man den Rest durch den Frachtsatz, so erhält man den äußersten Absatzradius für das Produkt des Bauernhofes. Da das stationäre Gleichgewicht der sich selbst versorgenden Bauernhöfe jedoch einmal gestört ist, werden auch die anderen Höfe anfangen, über ihren Bedarf hinaus zu produzieren. Die Ebene wird

---

1) Vgl. Lösch, August, Die räumliche Ordnung der Wirtschaft, a.a.O., S. 72

2) Wenn im Zusammenhang dieses Paragraphen auf das Werk Christallers (Christaller, Walter, Die zentralen Orte in Süddeutschland, Jena 1933) nicht weiter eingegangen wird, so nur deshalb, weil die Ergebnisse Christallers im wesentlichen mit denen Löschs übereinstimmen; obwohl, wie v. Böventer gezeigt hat, in der Grundkonstruktion der Marktsysteme zwischen beiden nicht unwesentliche Unterschiede bestehen und man keinesfalls sagen kann, Lösch habe das Christallersche System mathematisch fundiert (vgl. Böventer, Edwin von, Die Struktur der Landschaft, Versuch einer Synthese und Weiterentwicklung der Modelle J.H. von Thünens, W. Christallers und A. Löschs, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik N.F., Bd. 27, S. 85 ff.).

sich also mit Launhardtschen Trichtern anfüllen: es entsteht die Lösch'sche "Preislandschaft".

Das so entstandene Marktnetz kreisförmiger Wirtschaftsgebiete befindet sich jedoch noch nicht im Gleichgewicht: Zwischen den Kreisen bleiben unausgenützte Ecken bestehen. Die Konkurrenz wird daher die Kreise zusammendrücken, bis daraus eine Bienenwabenstruktur entstanden ist; denn "allein das Sechseck hat den Vorzug, am wenigsten von der idealen Kreisform abzuweichen".[1)]

Ein solches bienenwabenförmiges Absatznetz von unterschiedlicher "Maschengröße" läßt sich offenbar für jedes Gut ableiten. Da Lösch zunächst unterstellt, die Nachfragenden seien "in gegebener Zahl gleichmäßig und kontinuierlich über unsere Ebene verteilt",[2)] entsteht ein räumliches System, in dem jeder Ort im Absatzbereich sämtlicher Güter liegt. Für jedes Absatznetz gelten dabei simultan die folgenden von Lösch auch mathematisch formulierten Gleichgewichtsbedingungen:[3)]

1. Jeder Standort ist für den einzelnen so vorteilhaft wie möglich.

2. Die Standorte sind so zahlreich, daß der ganze Raum ausgenützt ist.

3. In sämtlichen Produktionen sind außerordentliche Gewinne verschwunden.

4. Die Bezugs- und Absatzgebiete sind so klein wie möglich; die Anzahl der selbständigen Existenzen ist also so groß wie möglich.

[1)] Vgl. Lösch, August, Die räumliche Ordnung der Wirtschaft, a.a.O., S. 76

[2)] Vgl. Lösch, August, Die räumliche Ordnung der Wirtschaft, a.a.O., S. 79

[3)] Vgl. Lösch, August, Die räumliche Ordnung der Wirtschaft, a.a.O., S. 64 ff.

5. Auf der Grenze eines jeden Wirtschaftsgebietes, der Indifferenzlinie, ist es gleichgültig, von wem die Belieferung erfolgt.

Die solcherart abgeleiteten Marktnetze werden von Lösch nun so übereinandergelegt, daß alle wenigstens einen Mittelpunkt gemeinsam haben.[1] Sodann werden die Netze um die so entstandene Metropole so gedreht, daß Sektoren mit möglichst vielen Produktionsorten entstehen, wodurch offenbar die Transportkosten minimiert werden. Auf diese Weise gelingt es Lösch, städtereiche und städtearme Sektoren abzuleiten.[2] Obwohl Lösch den Beweis dafür schuldig bleibt, daß dies alles notwendigerweise so verlaufen muß, und obwohl sein so entwickeltes System nicht ohne schwerwiegende Widersprüche

---

[1] Dieser Schritt ist nicht willkürlich, sondern er ergibt sich aus der ökonomischen Ratio. Im Extremfall umfaßt nämlich der Absatzradius eines Gutes die ganze homogene Fläche; es kann daher auch nur im Zentrum produziert werden. Die Unternehmen werden also um so mehr dahin tendieren, das Zentrum zum Produktionsstandort zu wählen, je größer der Absatzradius des Gutes ist (je kleiner die Transportkosten sind). Die Attraktionskraft des Zentrums wird weiter verstärkt durch kumulative Prozesse, wie sie im folgenden noch ausführlicher analysiert werden (vgl. insbesondere §§ 6 und 7). Die Wirkung nationaler Grenzen führt zu einer weiteren Attraktionskraft des Zentrums (vgl. § 8). Das Zentrum der Thünenschen Fläche wird also immer von mehr Unternehmen als Standort gewählt werden als jeder andere Ort.

[2] "Städtearm ist ... auf alle Fälle die unmittelbare zahnradförmige Umgebung der Großstadt; denn nur wenige lokale Güter lassen sich in ihrer Nähe schon wieder mit Gewinn erzeugen. Die weitere Umgebung ist auch innerhalb desselben Sektors nicht mehr gleichmäßig besiedelt. Manche Ortschaften haben überhaupt keine gewerbliche Eigenerzeugung, an anderen Stellen dagegen fallen die Mittelpunkte mehrerer verschieden großer Marktgebiete zusammen. Solche Häufungen von Standorten (oder "zentrale Orte", wie Christaller sie treffend nennt) sind bei näherem Zusehen wieder mit einer gewissen Regelmäßigkeit verstreut" (vgl. Lösch, August, Die räumliche Ordnung der Wirtschaft, a.a.O., S. 86 f.).

bleibt,[1] gelingt ihm doch der Nachweis, daß auf einer homogenen Fläche, d.h. ohne die Annahme irgendwelcher lokalisierter Rohmaterialien, allein aufgrund der ökonomischen Ratio bestimmte unregelmäßige räumliche Strukturen entstehen müssen. Damit kommt Lösch zu einer wesentlichen Erweiterung und Ergänzung des Thünenschen Ansatzes: Während Thünen die zentrale Stadt noch ausdrücklich als Annahme voraussetzt, leitet Lösch die Metropole allein aus den Vorteilen ab, die sich durch die Transportkosteneinsparung bei der Arbeitsteilung auf engem Raum ergeben.

---

[1] Offenbar ist es logisch nicht möglich, aus einer Zusammenfügung mit Hilfe der ceteris-paribus-Annahme partialanalytisch gewonnener Teilergebnisse ein konsistentes Totalsystem abzuleiten. So ergeben sich schwerwiegende Widersprüche aus der Tatsache, daß zunächst postuliert wird, die Bevölkerung sei "in gegebener Zahl gleichmäßig und kontinuierlich über die Ebene verteilt" (vgl. Lösch, August, Die räumliche Ordnung der Wirtschaft, a.a.O., S. 79), diese Annahme aber dann zum Zwecke der Ableitung der Entstehung einer Metropole nicht mehr aufrechterhalten werden kann (vgl. hierzu im einzelnen: Isard, Walter, Location and Space-Economy, a.a.O., S. 270 ff.). Darüber hinaus sind, wie Wolfgang F. Stolper gezeigt hat, die Zahlungsbilanzen der von Lösch abgeleiteten zentralen Orte keineswegs ausgeglichen. Die endgültige Standortverteilung bei ausgeglichenen Zahlungsbilanzen wird zweifellos das Lösch'sche Ergebnis nicht unwesentlich modifizieren (vgl. hierzu: Stolper, Wolfgang F., Standorttheorie und Theorie des Internationalen Handels, Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 112. Bd., 1956, S. 203 ff.).

§ 4 Räumliche Disparitäten und der standorttheoretische Ansatz Andreas Predöhls

Im Gegensatz zu den bisher behandelten Autoren steht Andreas Predöhl auf dem Standpunkt, "daß es der exakten Theorie nicht möglich ist, die räumliche Verteilung der Produktionsmittel zu erklären, ohne mit wirklichkeitsfremden Annahmen zu arbeiten".[1] Nachdem es Predöhl bereits im Jahre 1925 gelungen war, die sich bis dahin abseits von der ökonomischen Theorie entwickelnden partiellen standorttheoretischen Ansätze Thünens und Webers durch die Fassung des Standortproblems als spezifisches Substitutionsproblem in die allgemeine walrasianische Gleichgewichtstheorie einzugliedern,[2]

---

[1] Vgl. Predöhl, Andreas, Zur Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, in: Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik (Hrsg. Erik Boettcher), Tübingen 1964, S. 165

[2] Vgl. hierzu Predöhl, Andreas, Das Standortsproblem in der Wirtschaftstheorie, a.a.O., S. 294 ff., besonders S. 304 ff. Diese bereits in die Dogmengeschichte eingegangene Leistung Predöhls kann auch nicht dadurch geschmälert werden, daß verschiedene Autoren (unter ihnen besonders Isard) inzwischen mehrfach betont haben, daß die räumliche Gleichgewichtstheorie nicht als Spezialfall der walrasianischen Gleichgewichtstheorie abgeleitet werden könne, daß eine solche Argumentation vielmehr den Bereich der walrasianischen Gleichgewichtstheorie überschätze: Die Gleichgewichtsanalyse des walrasianischen Typs sei als Grenzfall einer allgemeinen räumlichen Gleichgewichtstheorie aufzufassen (vgl. hierzu Isard, Walter, Location and Space-Economy, a.a.O., S. 24 ff.). Wie Predöhl hiergegen u.E. völlig zutreffend einwendet, "reduziert sich die Differenz auf die rein formale Frage, ob man wie Isard von einer Theorie des räumlichen Gleichgewichts ausgehen und die unräumliche Wirtschaft als einen Grenzfall auffassen soll, oder ob man vom unräumlichen Gleichgewicht ausgehen und in dieses Gleichgewicht die räumliche Ausdehnung einführen soll, um die räumlichen Specifica darzustellen und zu erklären" (vgl. Predöhl, Andreas, Von der Standortslehre zur Raumwirtschaftslehre, a.a.O., S. 99). Darüber hinaus stehe die Casselsche Fassung des allgemeinen Gleichgewichts gegenüber der walrasianischen durch ihren Verzicht auf die Marktformenlehre noch auf einer wesentlich höheren Abstraktionsstufe. Sie enthalte nur noch die von Schumpeter als eigentlichen Inhalt der statischen Theorie bezeichneten "bare bones of economic logic" und sei deshalb weit genug, auch das räumliche Gleichgewicht der unvollkommenen Konkurrenz in sich zu begreifen (vgl. Predöhl, Andreas, Von der Standorttheorie zur Raumwirtschaftslehre, a.a.O., S. 100).

brauchte er sich - nachdem solcherart eine brauchbare Formel gefunden war, um die räumliche Ordnung der Wirtschaft zu erklären - zur Ableitung räumlicher Strukturen nur noch auf den Nachweis zu beschränken, daß sich auf der homogenen Fläche zum Zwecke der Transportkostenminimierung unter der Annahme industrieller Großbetriebe (also von economies of large scale) als optimales Verteilungsschema die Anordnung des Thünenschen Staates ergibt: ein Ergebnis, das unter Zugrundelegung der geographischen Fläche im nächsten logischen Schritt noch mehr der Wirklichkeit angenähert wird.[1)]

Nachdem ihm dies gelungen ist, verzichtet Predöhl auf eine weitere exakte Ableitung räumlicher Strukturen, wie dies bei Thünen und Lösch geschieht. Zur Erklärung vorhandener Strukturen sei das Substitutionsprinzip ausreichend. Mit ihm wird es möglich, die Standortentscheidung des Unternehmers in das allgemeine mikroökonomische Gleichgewicht einzubeziehen. Die vorhandenen räumlichen Strukturen werden also als realisierte Gleichgewichtssituationen begriffen.[2)]

Die "bare bones of economic logic" des Standortproblems seien damit ausreichend analysiert. Alle weiteren Auf-

---

[1)] Vgl. Predöhl, Andreas, Das Standortsproblem in der Wirtschaftstheorie, a.a.O., S. 308 ff.
Lösch geht in seinen späteren Ableitungen zum Nachweis der zentralen Stadt ganz analog vor. Auch er muß mit der Annahme von "economies of large scale production" den Rahmen der walrasianischen Gleichgewichtsanalyse, die nur linear homogene Produktionsfunktionen kennt, verlassen. Unter der Voraussetzung linear homogener Produktionsfunktionen käme man bei räumlicher Mobilität der Produktionsfaktoren nämlich sonst zu dem Resultat, daß sämtliche Güter überall in den gerade verlangten Mengen hergestellt werden.

[2)] "Jede örtliche Verteilung der Wirtschaft (ist) ein Ausdruck des verhältnismäßigen Aufwandes der mit Verschiebung der Produktionen veränderlichen Produktionsmittelgruppen der Gesamtwirtschaft".
"Der Standort der Produktion bzw. Produktionsstufe ist also bestimmt durch ein System von Substitutionspunkten, das derart gegliedert ist, daß die Gruppen einer übergeordneten Kombination untergeordnete Kombinationen in sich enthalten" (vgl. Predöhl, Andreas, Das Standortsproblem ... a.a.O., S. 299 bzw. S. 306/307).

gaben zur Erklärung der räumlichen Verteilung der Wirtschaft werden einer qualitativen Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung zugewiesen, die von Predöhl gleichermaßen entwickelt wird. Wie es in der Sicht dieser qualitativen Entwicklungstheorie zu räumlichen Disparitäten kommt, sei nachfolgend in groben Zügen geschildert:[1)]

Wie Predöhl im einzelnen nachweist, kommt der Eisen- und Stahlindustrie eindeutig die bestimmende raumwirtschaftliche Schlüsselposition zu. Dabei seien es stets zwei Komponenten gewesen, die für die Lokalisierung dieser Industrie von ausschlaggebender Bedeutung gewesen wären. Aufgrund des starken Gewichtsverlustes der zur Produktion benötigten Einsatzmaterialien Erz und Kohle sei die Eisen- und Stahlindustrie in starkem Maße transportkostenempfindlich; und zwar gelte diese Transportkostenempfindlichkeit sowohl für den Bezug der Rohstoffe als auch für den Absatz des Fertigproduktes. Es komme also stets darauf an, den optimalen Substitutionspunkt zwischen Antransportaufwand für die Rohstoffe und Abtransportaufwand für das Fertigprodukt zu finden. Obwohl nun die Erzquote wesentlich größer ist als die Kohlenquote, habe sich die Eisen- und Stahlindustrie - mit wenigen Ausnahmen - wegen der großen Entfernung der wichtigen Erzlager doch auf den Kohlevorkommen konzentriert, die zugleich immer eine starke Konzentration der Bevölkerung aufgewiesen hätten. Für die Absatzorientierung der Eisen- und Stahlindustrie seien wiederum die hohen Transportkosten des Fertigproduktes entscheidend, die dazu führten, daß die Eisen- und Stahlindustrie

---

1) Vgl. hierzu im einzelnen: Predöhl, Andreas, Außenwirtschaft, Weltwirtschaft, Handelspolitik und Währungspolitik (Grundriß der Sozialwissenschaft, Bd.17), Göttingen 1949, S. 46 ff.

spezifisch kurze Absatzradien aufweise.[1] Je größer die Stahlquote der Weiterverarbeitung, desto näher müßten sich daher solche Industrien in der Nähe der Eisen- und Stahlproduktion lokalisieren. Dies führe naturgemäß zu einer weiteren Verdichtung dieser Gebiete. Dazu kämen jedoch noch zahlreiche andere Industrien: Einmal handele es sich um die zahlreichen Betriebe, für welche die Kohle ein wichtiger Rohstoff sei (z.B. die gesamte Kohlechemie); darüber hinaus entstehe ein reiches Sortiment konsumorientierter Produktionen, die sich stets in Gebieten der Bevölkerungskonzentration finden ließen.

Nur wenige Industrien hätten zentrifugale Tendenzen. Wie Predöhl im einzelnen zeigt, handelt es sich hauptsächlich um Teile der weitgehend transportkostenunempfindlichen Textilindustrie, um die Zeitungspapierindustrie und Teile der landwirtschaftlichen Veredelungsindustrie.[2]

Um solche schwerindustriellen Zentren gruppiere sich die landwirtschaftliche Produktion, und zwar nach den Thünenschen Regeln. Im Kulminationspunkt der Lagerente, also im Zentrum, fänden sich hochintensive Bebauungsformen. Die Intensität der Bewirtschaftung nehme mit sinkender Lagerente also in zunehmender Entfernung vom

---

[1] Jürgensen hat in diesem Zusammenhang nachgewiesen, daß die Stahlverbrauchsquote der Eisen- und Stahlindustrie mit zunehmender Entfernung vom Produktionsort abnimmt (vgl. Jürgensen, Harald, Die westeuropäische Montanindustrie und ihr gemeinsamer Markt, Göttingen 1955, S. 174 ff.).

[2] "Nirgends aber haben zentrifugale Industrien die Kraft besessen, die raumbildende Kraft der zentripetalen in ihrer kumulativen Wirkung auch nur in bescheidenem Umfang zu paralysieren" (vgl. Predöhl, Andreas, Außenwirtschaft, a.a.O., S. 58).

Kern immer mehr ab.[1)]

Lägen derartige Kerne in größerer Zahl räumlich nahe zusammen, so könne man sie zu einem weltwirtschaftlichen Gravitationsfeld zusammenfassen. So umfasse das kontinentaleuropäische Eisenindustriegebiet einen Raum, der von Nordfrankreich über Belgien (Charleroi, Lüttich) bis in das Ruhrgebiet reiche.

In dem Maße, wie sich am Rande derartiger industrieller Gravitationsfelder stärkere Verdichtungen des Stahlverbrauchs ergeben würden und wie in solchen Gebieten Kohle und Stahl transportkostengünstig zusammengeführt werden könnten, würden sich dort unter dem Schutze der Transportkosten, der durch die Entfernung zum kostengünstiger produzierenden Kerngebiet gegeben sei, industrielle Randkerne bilden.[2)] Die Entstehung solcher Randkerne sei allerdings nur dann möglich, wenn die Transportkosten vom Kern zum Randkern zumindest der absoluten Produktionskostendifferenz entsprächen.

---

1) "Die Intensität der Bodennutzung nimmt mit zunehmender Entfernung von den Zentren ab, weil die örtlichen Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse mit zunehmenden Kosten des Transports vom Ort der Erzeugung zum Ort des Verbrauchs sinken. Damit sinkt die Bodenrente und der örtliche Aufwand von Kapital und Arbeit im Sinne einer zunehmenden Substitution von Bodenleistungen" (Predöhl, Andreas, Artikel "Weltwirtschaft", in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 11, Göttingen 1961, S. 606).

2) Zur Problematik der Randkernbildung siehe auch: Rütter, Winfried, Die Stellung Australiens im Standortsystem der Weltwirtschaft, Göttingen 1963, S. 116 ff.

§ 5 Regionale Disparitäten und räumliche Einkommensverteilung

Wie vorstehend gezeigt wurde, hat sich die ökonomische Theorie im Laufe der Zeit immer mehr der Frage nach der Entstehung unterschiedlicher regionaler Produktionsstrukturen zugewandt. Thünen hat dabei besonders die Bedeutung des Bodens im Vergleich zu den übrigen Produktionsfaktoren analysiert, Predöhl und Lösch darüber hinaus die Bedeutung der Transportkosten und der internen und externen Ersparnisse.[1)]

Es wurde bisher gezeigt, daß sich aus den verschiedenen standorttheoretischen Ansätzen ableiten läßt, daß es im Raum zur Herausbildung sehr unterschiedlicher Produktionsstrukturen kommen muß. Diese Erkenntnis allein wäre jedoch noch kein ausreichender Ansatzpunkt für wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Angleichung solcher unterschiedlicher Strukturen. Es muß vielmehr im weiteren Verlauf unserer Untersuchung die Frage gestellt werden, ob und unter welchen Bedingungen derartige unterschiedliche räumliche Strukturen dazu führen, daß es zu Differenzen in der interregionalen Einkommensverteilung kommt, und in welchem Maße dadurch von den wirtschaftspolitischen Instanzen negativ beurteilte Wohlstandsunterschiede herbeigeführt werden. Sofern die europäische Integration die Entwicklung solcher unterschiedlicher räumlicher Strukturen weiter begünstigen sollte, werden die in diesem Zusammenhang abgeleiteten Ergebnisse ihre unmittelbare Anwendung finden.

[1)] Tatsächlich kommt man durch alternative Annahme über die Bedeutung dieser drei "raumdifferenzierenden Faktoren"(E. v. Böventer) zu einer umfassenden Systematik der verschiedenen standorttheoretischen Ansätze. Dies geschah bereits durch Miksch in seinem klassischen Aufsatz: "Zur Theorie des räumlichen Gleichgewichts", in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 66, 1951 (I), S. 5 ff. In neuester Zeit wurde der Ansatz von Miksch durch E. von Böventer weiter vertieft und ausgebaut (vgl. hierzu im einzelnen: Böventer, Edwin von, Theorie des räumlichen Gleichgewichts, Tübingen 1962, S. 13 ff.).

In bezug auf die interregionale Einkommensverteilung läßt uns die herkömmliche Verteilungstheorie völlig im Stich. In Form der Grenzproduktivitätstheorie integrierender Bestandteil des raumlosen allgemeinen walrasianischen Gleichgewichtes, blieb die räumliche Dimension von der Distributionslehre bisher völlig unberücksichtigt. Auch ihre in neuerer Zeit erfolgte Verknüpfung mit der Wachstumstheorie des Harrod-Domar-Typs[1] hat diesen grundsätzlichen Mangel nicht beseitigt.[2] Nach wie vor stehen lediglich die Probleme der funktionellen Einkommensverteilung im Mittelpunkt des Interesses der Theoretiker. Für Aussagen über die möglichen Einflußfaktoren interregionaler Einkommensunterschiede erweist sich daher die Standorttheorie nach wie vor als wertvollstes Hilfsmittel.

Wie Giersch[3] gezeigt hat, lassen sich tatsächlich empirische Anhaltspunkte dafür finden, daß innerhalb kontinentaler Nodalregionen vom Zentrum zum Rand tendenzielle Einkommensgefälle vorhanden sind; und zwar bedeute dies, daß die Durchschnittseinkommen in Großbritannien vom Südosten nach Nordwesten, in Frankreich von Nordosten nach Südwesten, in der Bundesrepublik von Nordwesten nach Südosten und in Italien von Norden nach Süden tendenziell sinken.

---

1) Vgl. Solow, Robert M., A Contribution to the Theory of Economic Growth, in: The Quarterly Journal of Economics, Febr. 1956, Vol. LXX, S. 65 ff.

2) Der Wachstumstheorie war es bisher kaum möglich, die Realphänomene des wirtschaftlichen Wachstums irgendwie in den Griff zu bekommen. Auch hier hat sich also die "exakte Theorie" weitgehend als unfähig erwiesen, mehr als "bare bones of economic logic" zu liefern. Daher sucht neuerdings eine im wesentlichen qualitative Entwicklungstheorie diesem entscheidenden Mangel abzuhelfen.

3) Vgl. Giersch, Herbert, Probleme der regionalen Einkommensverteilung, a.a.O., S. 85 ff.

Diese Unterschiede in der interregionalen Einkommensverteilung begründet Giersch mit der durch die Transportkosten bedingten unterschiedlichen Höhe der Lagerente (und damit der Mieten und auch der Kosten landwirtschaftlicher Erzeugnisse), mit der eingeschänkten räumlichen Mobilität der Produktionsfaktoren (Ausgleichsprozesse können immer nur bis zu einem Punkt gehen, bei dem die höheren Transportkosten noch durch Ersparnisse an Lohn- und Zinskosten aufgewogen werden), ferner mit der Einschränkung der räumlichen Mobilität des Produktionsfaktors Arbeit durch Präferenzen[1], mit Unterschieden in den Selbstversorgungsmöglichkeiten, in den betrieblichen Sozialleistungen, in der Beschäftigungsstruktur und schließlich mit Abweichungen in den Vermögenserträgnissen.[2]

Die Frage allerdings, inwieweit solche Unterschiede in der interregionalen Einkommensverteilung tatsächliche Wohlstandsunterschiede zur Folge haben, beschäftigt Giersch nur am Rande und ist im einzelnen nicht leicht zu beantworten. Lösch hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß der Mensch gar nicht das Ziel habe, seinen Geldlohn zu maximieren, daß er vielmehr einen möglichst großen örtlichen Gesamtnutzen erzielen wolle.[3] Dem interlokalen Vergleich von Reallöhnen stellen sich deshalb fast unüberwindbare Schwierigkeiten entgegen. Die menschliche Gesamtbefriedigung hängt nämlich in starkem Maße von "preislosen Einmaligkeiten"[4] ab. Wan-

---

[1] Um die nötigen Wanderungsbewegungen von der Peripherie zum Zentrum zu induzieren, müßten die Löhne dort (unter der Voraussetzung von Vollbeschäftigung) zumindest so hoch sein, daß Wanderungskosten und Heimatverlust kompensiert werden.

[2] Vgl. hierzu im einzelnen: Giersch, Herbert, Probleme der regionalen Einkommensverteilung, a.a.O., S. 91 ff.

[3] Vgl. Lösch, August, Die räumliche Ordnung der Wirtschaft, a.a.O., S. 169 ff.

[4] Vgl. Lösch, August, Die räumliche Ordnung der Wirtschaft, a.a.O., S. 170

derungsbewegungen setzen erst ein, wenn die lokalen Nutzenunterschiede die Reisekosten überkompensieren. Deshalb wird der einzelne seinen Standort so wählen, "daß er sich nirgends um so viel wohler fühlt, daß es die Kosten der Übersiedelung und gegebenenfalls der Aufgabe vertrauter Verhältnisse aufwiegt".[1)]

Unsere bisherige Untersuchung ist damit zu folgendem vorläufigem Ergebnis gelangt: Mit den verschiedenen standorttheoretischen Ansätzen läßt sich zeigen, daß es - selbst bei zunächst unbeschränkter Mobilität der Produktionsfaktoren - zu einer Herausbildung eines regionalen Gefälles zur Peripherie und damit zu einer unterschiedlichen Produktionsstruktur im Raum kommen muß. Aufgrund des Einkommensgefälles vom Kern zum Rand ergeben sich dabei "natürliche" Prokopfeinkommensdifferenzen, die theoretisch lediglich nominaler Natur zu sein brauchten, die jedoch durch die Bodenständigkeit der Bevölkerung zu Realeinkommensdifferenzen werden.

Bei vollkommener Markttransparenz könnte der Wirtschaftspolitiker sich allerdings auf den Standpunkt stellen, daß auch solche realen Einkommensdisparitäten lediglich der Ausdruck einer Gleichgewichtssituation wären, da doch offenbar in ihnen die Bewertung regionaler Präferenzen zum Ausdruck komme. Die bloße Tatsache eines regionalen Realeinkommensgefälles wäre daher für die Wirtschaftspolitik noch kein ausreichender Grund zu irgendwelchen Eingriffen.

Es ist also nachfolgend zu untersuchen, ob und inwieweit die Herausbildung derartiger räumlicher Gleichgewichtssituationen gewährleistet ist. Diese Frage soll zunächst allgemein gestellt werden und sodann speziell auf die europäische Integration bezogen werden.

[1)] Vgl. Lösch, August, Die räumliche Ordnung der Wirtschaft, a.a.O., S. 172

K A P I T E L II

Raum und marktwirtschaftliche Selbstkoordination - Der Ansatz zu einer regionalen Entwicklungspolitik -

§ 6 Die relative Optimalität der Standortstruktur

Die raumlose walrasianische Gleichgewichtstheorie konnte als heuristisches Bezugs-Modell für konsistente wirtschaftspolitische Systeme dienen.[1)]

Erst in neuerer Zeit wurde allerdings die Frage gestellt, inwiefern die Einbeziehung des räumlichen Aspektes in die Gleichgewichtsvorstellungen zu Modifikationen des Grundprinzips der neoliberalen Wirtschaftspolitik Anlaß geben könnte, wonach die Bedingungen der Wirklichkeit mit Hilfe der Rechtsordnung den Voraussetzungen eines gedanklichen Gleichgewichtsmodells möglichst angenähert werden sollen.

Miksch[2)] stellte sich dabei die Frage, ob möglicherweise die aus dem ökonomischen Prozeß hervorgehenden

---

[1)] In der Tat liegt diese Theorie sowohl dem Ordoliberalismus als auch dem Konkurrenzsozialismus als zentrale, erkenntnisfördernde Bezugsvorstellung zugrunde. In jüngster Zeit haben allerdings Lipsey und Lancaster nachgewiesen, daß der Versuch der Annäherung der Realität an das paretianische Optimum zur Erreichung von "zweitbesten Lösungen" wirtschaftspolitisch nicht möglich ist. Ist auch nur eine paretianische Optimalbedingung nicht erfüllt, so könnte zur Erreichung von Second Best-Lösungen auch zugleich von anderen Optimalbedingungen abgewichen werden. Über das Ausmaß und die Richtung einer solchen Abweichung kann jedoch theoretisch nichts ausgesagt werden (vgl. Lipsey, R.G., Lancaster, Kelvin, The General Theory of Second Best, in: The Review of Economic Studies, Vol. XXIV, 1956/57, S. 11 ff.).

[2)] Vgl. Miksch, Leonhard, Zur Theorie des räumlichen Gleichgewichts, in: Weltwirtschaftliches Archiv, a.a.O., S. 5 ff.

Allerdings sei - so meint Miksch - die relative Optimalität des verkehrswirtschaftlichen Prozesses wenigstens in dem Sinne vollkommen, daß man etwas Besseres nicht erzielen könne. Wenn der Preismechanismus die vorhandenen produzierten Produktionsmittel nicht einzuschmelzen vermöge, so bedeute dies eben, daß es in Anbetracht der gegebenen Datenkonstellation unwirtschaftlich wäre, sie einzuschmelzen.[1)]

Aufgrund dieses Ergebnisses könnte man zu dem Schluß kommen, daß sich die Wirtschaftspolitik zur Erreichung dieser relativen Optimalität darauf beschränken könnte, für die Mobilität der räumlich gebundenen Produktionsfaktoren zu sorgen. Das erzielbare Optimum könnte sich auf diesem Wege von selbst ergeben.

Wie ist allerdings mit einer solchen These die Tatsache zu vereinbaren, daß sich trotz dieser Erkenntnis im Raum deutliche Wohlstandsdifferenzen aufweisen lassen, die weit über das Ausmaß eines "natürlichen" Gefälles zwischen Zentrum und Peripherie hinausgehen dürften, wie es aufgrund der standorttheoretischen Deduktionen im § 5 zulässig wäre. In der Tat zeigen die vorhandenen Statistiken der regionalen Einkommensverteilung, daß sich sowohl in Europa als auch in Amerika regionale Prokopfeinkommensdifferenzen von bis zu 1 : 5 nachweisen lassen.[2)] Dies läßt sich offenbar kaum mit der These von der relativen Optimalität der Standortstruktur vereinbaren. Es ergibt sich daher die Notwendigkeit, nach den Grenzen einer marktwirtschaftlichen Ordnungsstruktur in bezug auf die Realisierung eines relativen räumlichen Optimums zu fragen.

[1)] Vgl. Miksch, Leonhard, Zur Theorie des räumlichen Gleichgewichts, a.a.O., S. 23

[2)] Ohne daß hier weiter auf die schwierige Frage eingegangen werden soll, inwiefern regionale Prokopfeinkommensdifferenzen gleichzeitig auch Wohlstandsdifferenzen bedeuten (vgl. in dieser Hinsicht die Ausführungen des § 5), kann man doch wohl ohne weiteres annehmen, daß regionale Einkommensdifferenzen eines solchen Ausmaßes zwangsläufig auch regionale Wohlstandsdifferenzen nach sich ziehen müssen.

§ 7 Die Grenzen einer marktwirtschaftlichen Ordnungsstruktur in bezug auf die Realisierung eines relativen räumlichen Optimums

Aus der bisherigen Analyse hat sich ergeben, daß Prozesse der räumlichen Konzentration und damit auch der interregionalen Differenzierung eine immanente Erscheinung des industriellen Wachstumsprozesses sind. Führten derartige Prozesse trotz der besonders von Miksch so glänzend analysierten Kumulierungstendenzen zu einem - wenn auch relativen - räumlichen Optimum, so bestünde für die Wirtschaftspolitik kein Anlaß zu irgendwelchen Eingriffen. Realeinkommensdifferenzen eines gewissen Ausmaßes, wie sie sich aufgrund des Einkommengefälles vom Kern zum Rand "natürlicherweise" ergeben müßten, könnten bewußt hingenommen werden, da sie das Gerechtigkeitspostulat nicht verletzen. Bei vorhandener Markttransparenz könnte man sie als Ausdruck der Bewertung räumlicher Präferenzen auffassen.[1] Die Wirtschaftspolitik hätte lediglich dafür Sorge zu tragen, daß die aus den Marginalbedingungen des Pareto-Optimums herleitbaren Unterziele der Regionalpolitik realisiert würden.[2] Der

---

[1] Vgl. in diesem Zusammenhang die Ausführungen zu § 5

[2] Vgl. in diesem Zusammenhang besonders: Giersch, Herbert, Das ökonomische Grundproblem der Regionalpolitik, in: Gestaltungsprobleme der Weltwirtschaft, Festschrift für Andreas Predöhl (Hrsg. Harald Jürgensen), Göttingen 1964, S. 389.
Nach Giersch handelt es sich im einzelnen um
a) die Gewährleistung der Voraussetzungen für den interregionalen Freihandel,
b) die Gewährleistung von Ortspreisen der Güter, die den sozialen Grenzkosten der Produktion und der Raumüberwindung entsprechen,
c) die Gewährleistung der Voraussetzungen für die Freizügigkeit und die Mobilität der Produktionsfaktoren,
d) die Gewährleistung von Gleichgewichtspreisen der Produktionsfaktoren,
e) die Herbeiführung von interregionalen Besteuerungsunterschieden zum Ausgleich von Unterschieden in den öffentlichen Leistungen und zur Kompensation von externen Effekten.

marktwirtschaftliche Prozeß würde dann von selbst für eine optimale Allokation im Raume sorgen.

Wie Giersch allerdings in neuerer Zeit gezeigt hat, übersieht eine solche "optimistische Konzeption der Regionalpolitik", daß eine Reihe von Faktoren auf eine "Perpetuierung historischer Zufälligkeiten" im räumlichen Gleichgewichtsprozeß hinarbeiten.[1] Der einzelne Investor könne nämlich objektiv rationale Standortentscheidungen nur treffen, wenn er konkrete Vorstellungen über die künftige Raumstruktur sowie über die Lokalisierung des künftigen "social overhead capital" habe. Zur Herausbildung einer optimalen Standortstruktur sei es deshalb von besonderer Wichtigkeit, zutreffende Vorstellungen über das künftige Verhalten privater und öffentlicher Investoren zu haben.

Da eine solche Projektion der künftigen Standortstruktur jedoch fast immer fehle, komme es dazu, daß von privaten und öffentlichen Investoren nur ceteris paribus rationale Entscheidungen getroffen würden. Im Zweifel rechne man eben mit einem Fortbestehen der bisherigen Verhältnisse.

Darüber hinaus ist von Wichtigkeit - hierauf hat in neuerer Zeit besonders Myrdal[2] aufmerksam gemacht -, daß bei einer Störung des stationären Gleichgewichts zahlreiche von diesem Gleichgewicht hinwegführende Faktoren wirksam werden. Im einzelnen handelt es sich dabei um folgende Erscheinungen:

1) Wanderungsbewegungen sind immer selektiver Natur. Die jungen und aktiven Leute wandern in die Agglomerationszentren; zurück bleibt eine negative Auslese. Die Alterspyramide der Abwanderungsregionen wird unvorteilhafter.

---

[1] Vgl. Giersch, Herbert, Das ökonomische Grundproblem der Regionalpolitik, a.a.O., S. 390/391

[2] Vgl. Myrdal, Gunnar, Rich Lands and Poor, New York 1957, S. 27 ff.
Siehe auch Isenberg, der in diesem Zusammenhang von einem "Gesetz der zunehmenden Diskrepanz zwischen reichen und armen Gebieten" spricht (Isenberg, Gerhard, Regionale Wohlstandsunterschiede ..., a.a.O., S. 70).

2) Kapitalbewegungen bewirken ebenfalls eine sich kumulierende Ungleichheit, da das Bankensystem darauf hinarbeitet, daß die Ersparnisse in die Entwicklungspole fließen. Zudem ist die räumliche Mobilität des Kapitals nur in sehr beschränktem Umfang gegeben. Das große Ausmaß der Selbstfinanzierung führt zu einem systematischen Fehler im Hinblick auf Anschlußinvestitionen im gleichen Raum und im gleichen industriellen Sektor.

3) Die bereits etablierten Industrien in den Entwicklungsgebieten haben vor etwa neu entstehenden Industrien an der Peripherie den Vorteil, bereits im Bereich der Kostendegression zu arbeiten. Unter Umständen sind daher ihre Absatzradien bereits so groß, daß sich eine Neugründung gar nicht mehr lohnt.

Insgesamt läßt sich also sagen, daß die privatwirtschaftlich rationale Standortswahl in keiner Weise gleichzeitig beinhaltet, daß sich auch die Volkswirtschaft als Ganzes optimal entwickelt. Selbst die Realisierung der aus dem Pareto-Optimum ableitbaren Unterziele der Regionalpolitik erweisen sich als nicht ausreichend, um wenigstens ein relatives räumliches Optimum zu verwirklichen. Angesichts von Fehlentwicklungen der Vergangenheit ergibt sich daher die Notwendigkeit für staatliche Maßnahmen, die darauf hinzielen, daß räumliche Disparitäten - sofern sie ein tragbares Ausmaß überschreiten - beseitigt werden. Eine solche Forderung ergibt sich nicht nur aus dem Gerechtigkeitspostulat, sondern sie findet zumindest gleichermaßen aus langfristigen wachstumspolitischen Erwägungen ihre Rechtfertigung.[1)] Nach den Mitteln einer derartigen Politik wird im weiteren Verlauf der Untersuchung noch zu fragen sein.

[1)] Zur ausführlichen Diskussion der aus den verschiedenen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen ableitbaren regionalpolitischen Konzeptionen siehe Giersch, Herbert, Das ökonomische Grundproblem der Regionalpolitik, a.a.O., S. 387 ff.

§ 8 Europäische Integration und Regionalentwicklung

Wurde bisher allgemein nach der Entstehung und Entwicklung von regionalen Disparitäten gefragt und nach den Folgerungen, die sich daraus für die Wirtschaftspolitik ergeben, so muß nunmehr die Fragestellung noch einmal erweitert werden: Ziel der Überlegungen des ersten Teils dieser Untersuchung ist es, die Notwendigkeit einer regionalen Entwicklungspolitik für periphere Gebiete nachzuweisen. Nachfolgend soll untersucht werden, welche Modifikationen sich in den bisher abgeleiteten Ergebnissen dadurch ergeben, daß wir unsere Ableitungen in den Rahmen der europäischen Integration stellen.

Wir sind uns dabei darüber im klaren, daß sich unser bisheriges Arbeitsinstrumentarium - die Standorttheorie - sowohl im nationalen wie im internationalen Rahmen anwenden lassen muß. Die bisher abgeleiteten Ergebnisse werden daher nur insoweit modifiziert, als zu berücksichtigen ist, welche spezifischen Wirkungen für die Regionalentwicklung sich ceteris paribus durch den Wegfall der nationalen Grenzen ergeben.[1] Im Rahmen der nachfolgenden

[1] Tatsächlich halten denn auch maßgebende Standorttheoretiker eine gesonderte Außenhandelstheorie für entbehrlich. Wie Miksch betont, habe die berühmte Frage der klassischen Außenhandelstheorie, ob der Handel zwischen zwei Ländern vorteilhaft ist, vom Standpunkt der räumlichen Gleichgewichtstheorie keinen Sinn mehr. Bei freier Mobilität der Produktionsfaktoren gebe es nämlich keine überlegenen oder unterlegenen Regionen mehr, sondern nur noch Standorte, die aufgrund des ökonomischen Kalkuls ihre Berechtigung haben. Die sich aus einer solchen absoluten Standortverteilung ergebenden räumlichen Austauschbeziehungen seien daher als Konsequenz dieser optimalen Verteilung ebenfalls optimal. Zum Nachweis der Optimalität des räumlichen Handels werde also das Gesetz der komparativen Kosten nicht mehr benötigt (vgl. Miksch, Leonhard, Zur Theorie des räumlichen Gleichgewichts, a.a.O., S. 33 ff.). Ganz ähnlich argumentierte vor Miksch bereits Predöhl: "Grundsätzlich ist in der Tat die Standorttheorie, wenn sie einer allgemeinen Wirtschaftstheorie eingebaut wird, ausreichend, die räumliche Ordnung der Wirtschaft der Welt zu erklären, einschließlich der mit dieser Ordnung verbundenen internationalen bzw. interregionalen Arbeitsteilung." Man könne daher auf die herkömmliche Theorie des internationalen Handels ganz verzichten und sich mit der Standorttheorie begnügen. "Die Standorttheorie ist keine neue Theorie des internationalen Handels, die an die Stelle der alten zu setzen ist, sondern sie ist das letzte Stadium ihrer notwendigen Fortentwicklung und Auflösung" (Predöhl, Andreas, Außenwirtschaft, a.a.O., S. 138, 140 bzw. 159).

Analyse erscheint allerdings die Beschränkung auf den grundlegenden statischen Aspekt des Problems als ausreichend.[1] Es erweist sich in diesem Zusammenhang als zweckmäßig, die Analyse etwaiger räumlicher Effekte einer Integration als argumentum e contrario der Analyse einer Einführung von Zollgrenzen auf der homogenen Thünenschen Ebene zu entwickeln. In diesem Zusammenhang können wir daher auf die Ausführungen des § 3 zurückgreifen.

Wie dort gezeigt wurde, ergibt sich im ökonomischen Raum ein System von interdependenten, nur simultan bestimmbaren Marktnetzen mit einer Metropole als Mittelpunkt und einem hierarchisch geordneten System von zentralen Orten auf der homogenen Ebene. Führen wir in ein solches Modell Zollgrenzen ein,[2] so wirken solche Zölle wie erhöhte Transportkosten. Das kreisförmige Absatzgebiet (die Projektion des Launhardtschen Trichters) wird also je nach der Zollhöhe verkleinert. Da diese Wirkung jedoch nur in einer Richtung eintritt, wird der Launhardtsche Trichter (bzw. das Lösch'sche Hexagon) einseitig deformiert. Sofern Unternehmen dadurch betroffen sind, ist ihr vor Einführung des Zolles gewählter Standort nicht mehr optimal; der theoretisch optimale neue Standort verschiebt sich vielmehr in Richtung auf das Zentrum. Je nach der Transportkostenempfindlichkeit der betroffenen Produktion wird sich diese Tendenz mehr oder weniger realisieren. Auf jeden Fall wird das "kunstvolle Gewirre der Marktnetze"[3] durchschnitten. Die regelmäßigen Maschen werden aufgelöst, es entstehen unoptimale Gebietsformen.

Diese erstmals von Lösch analysierte "verödende Wirkung der Grenze" wirkt sich also dahingehend aus, daß die Agglomerationskraft der nationalstaatlichen Zentren

---

[1] Zur Beleuchtung der dynamischen Integrationsfaktoren siehe insbesondere: Balassa, Bela, The Theory of Economic Integration, Homewood (Illinois) 1961

[2] Vgl. zur nachfolgenden Analyse der Wirkung von Grenzen: Lösch, August, Die räumliche Ordnung der Wirtschaft, a.a.O., S. 140 ff.

[3] Lösch, August, Die räumliche Ordnung der Wirtschaft, a.a.O., S. 140

tendenziell verstärkt wird. Die europäische Integration - d.h. der Wegfall nationalstaatlicher Grenzen - wirkt sich nun offenbar ceteris paribus genau entgegengesetzt aus: Der Agglomerationskraft nationalstaatlicher Zentren wird zugunsten der Standorte an den Grenzen zwischen den Integrationsländern entgegengewirkt. Projizieren wir diese Erkenntnis auf die europäische Integration, so ist festzustellen, daß sich die industriellen Kerngebiete in Europa im 19. Jh. überwiegend auf gut verkokbaren Kohlevorkommen in Gebieten der dichtesten Bevölkerungskonzentration entwickelt haben; und zwar ist dabei ein schwerindustrielles Gravitationsfeld entstanden, das von Nordfrankreich über Belgien bis ins Ruhrgebiet reicht. Wie Predöhl[1] gezeigt hat, hat dieses Gravitationsfeld die übrige Wirtschaft nach den Thünenschen Regeln auf sich ausgerichtet. Zugleich ist nun aber die Tatsache bedeutsam, daß die desintegrierenden Staatsgrenzen in Europa mitten durch ein Gebiet gehen, das unter raumwirtschaftlichen Gesichtspunkten als eine Einheit zu betrachten ist. In einem solchen Gebiet herrscht normalerweise eine sehr intensive Arbeitsteilung mit dichtem substitutivem Austausch.[2] Die Auf-

---

[1] Vgl. Predöhl, Andreas, Außenwirtschaft, a.a.O., S. 58 ff.

[2] Wie Kantzenbach gezeigt hat, ist daher der Abschliessungseffekt von nationalen Grenzziehungen am größten, wenn Gebiete mit gleicher zueinander substitutionaler Produktionsstruktur durch politische Grenzen getrennt werden. Der Aufschließungseffekt einer wirtschaftlichen Integration, d.h. die Rückbildung der Verzerrung der Produktionsstrukturen, ist deshalb in solchen Gebieten besonders groß. Da das Verhältnis von substitutiven zu komplementären Produktionsstrukturen vom Kern zum Rand laufend abnimmt, ist eine zunehmende räumliche Ausdehnung der Integration daher mit sinkenden kumulativen Aufschließungseffekten verbunden. Auch die Abschließungseffekte (d.h. die Diskriminierung substitutiver Produktionsstrukturen durch Außenzölle) nehmen mit der räumlichen Ausdehnung der Integration laufend ab. Durch eine geeignete Wahl des Integrationsraumes kann daher die Differenz zwischen Auf- und Abschliessungseffekten maximiert werden. Ein relatives Optimum der Integration ist jeweils erreicht, wenn die politische Grenze Gebiete mit gleicher Produktionsstruktur trennt (vgl. Kantzenbach, Erhard, Möglichkeiten und Grenzen der Konjunkturpolitik in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Göttingen 1959, S. 25 ff.).

schließungseffekte einer Integration (d.h. die Rückbildung der verzerrten Produktionsstrukturen) müssen daher in einem solchen Gebiet besonders groß sein. Der Kernbinnenhandel wird sich daher zu Lasten einer früheren unökonomischen Arbeitsteilung intensivieren. Die durch künstliche Staatsgrenzen im europäischen Kerngebiet erreichte nationalstaatliche Deglomeration, die eine räumliche Diversifizierung der Produktionsstrukturen zur Folge hatte, wird sich daher ceteris paribus tendenziell zurückbilden, da den "natürlichen" Agglomerationskräften des Kerngebietes nicht mehr durch politische Grenzen entgegengewirkt wird. Dies bedeutet, daß der Wegfall der nationalstaatlichen Grenzen ceteris paribus eine Begünstigung des an der Grenze zwischen den Integrationsländern lokalisierten schwerindustriellen Kerngebietes herbeiführen wird. Dagegen werden die Standorte an den Außengrenzen der Integrationsländer benachteiligt werden. Insbesondere das Gefälle Zentrum - Peripherie wird sich also durch die europäische Integration weiter verstärken. Die an der europäischen Peripherie gelegenen Notstandsgebiete werden daher durch die Integration - das ergibt sich als Ergebnis der Analyse - weiter benachteiligt werden.[1)] Noch mehr als im nationalen Rahmen stellt sich also im Rahmen der europäischen Integration die Forderung nach einer wirksamen Politik zur Verhinderung solch unerwünschter Entwicklungen.

[1)] Zu diesem Ergebnis kommen u.a. auch Giersch, Perroux und Byé (vgl. Giersch, Herbert, Einige Probleme der kleineuropäischen Zollunion, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 113, 1957, S. 624; Perroux, François, La coexistence pacifique, Paris 1958, Bd. 2, Pôles de développement ou nations?; Byé, Maurice, Localisation de l'investissement et Communauté Economique Européenne, in: Revue Economique, Mars 1958, S. 192 - 199).

§ 9 Die Industrialisierung peripherer Gebiete als Postulat einer regionalen Entwicklungspolitik

Unsere Überlegungen sollen sich im weiteren Verlauf der Untersuchung mit einer zweckmäßigen Politik zur strukturellen Angleichung peripherer Gebiete befassen. Es erweist sich daher als nützlich, die bisherigen Ergebnisse unserer Gedankenführung noch einmal kurz zusammenzufassen:

1) Mit den verschiedenen standorttheoretischen Ansätzen läßt sich zeigen, daß es - selbst bei unbeschränkter Mobilität der Produktionsfaktoren - zu einer Herausbildung unterschiedlicher räumlicher Produktionsstrukturen kommen muß. Dabei bildet sich ein deutliches Gefälle vom Zentrum zur Peripherie.

2) Diese regionalen Disparitäten werden von gleichlaufenden Unterschieden in der räumlichen Einkommensverteilung begleitet. Die Dichte der Besiedelung und damit die Tragfähigkeit des Bodens müssen also mit zunehmender Entfernung vom Zentrum abnehmen. In dem Maße, wie dies nicht der Fall ist, kommt es zu regionalen Wohlstandsdisparitäten.

3) Die "Einschmelzbarkeit" der produzierten Produktionsmittel ist im Raume nur unvollständig gegeben. Der räumliche Gleichgewichtsprozeß führt daher nur zu einer relativen Optimalität in dem Sinne, daß etwas Besseres nicht erzielt werden kann.

4) Selbst bei einer Beachtung der aus dem Pareto-Optimum herleitbaren Unterziele der Regionalpolitik würde jedoch der marktwirtschaftliche Prozeß keinesfalls von selbst für eine optimale Allokation der Produktionsfaktoren im Raume sorgen. Zahlreiche Faktoren wirken vielmehr auf eine Konservierung der weitgehend durch historische Zufälligkeiten gewachsenen Raumstruktur hin. Darüber hinaus kommen bei einer Störung des räumlichen Gleichgewichts die immanenten Ausgleichsfak-

toren nur höchst unvollständig zum Zuge. Es besteht daher die Tendenz, daß sich Störungen des räumlichen Gleichgewichts kumulativ verstärken.

5) Aus Gerechtigkeitserwägungen sowie aus langfristigen struktur- und wachstumspolitischen Gesichtspunkten ergibt sich daher die Forderung nach wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die darauf hinzielen, regionale Ungleichgewichte zu beseitigen, sofern sie ein gewisses Ausmaß überschreiten.

6) Die europäische Integration wird tendenziell zu einer weiteren Verschärfung des regionalen Wohlstandsgefälles zwischen Zentrum und Peripherie führen. Die Forderung nach einer wirksamen Regionalpolitik für periphere Gebiete wird durch den europäischen Zusammenschluß daher unabweisbar.

Die Selbststeuerungskräfte des Marktes arbeiten also von sich aus nicht auf die Verwirklichung eines räumlichen Optimums hin. Angesichts der Tatsache, daß sich an der Peripherie des europäischen Integrationsraumes Gebiete befinden, die - wie Süditalien - bereits gegenwärtig alle Merkmale eines unterentwickelten Landes aufweisen,[1] ergibt sich (vor allem auch, nachdem man erwarten muß, daß sich die Verarmungstendenzen dieser Gebiete durch die europäische Integration verstärken werden) die Notwendigkeit zu regionalen wirtschaftspolitischen Maßnahmen.

Diese Gebiete an der europäischen Peripherie leiden hauptsächlich darunter, daß die Impulse der räumlich entfernten industriellen Zentren nicht mehr dazu ausreichen, sie in einen Thünenschen Intensitätsring einzubeziehen, der eine ausreichende Tragfähigkeit für die dichte Bevölkerung gewährleistet. Im Grunde stellt sich also im europäischen Rahmen dasselbe Problem, das heute im weltwirtschaftlichen Rahmen durch die sogenannten Entwicklungsländer gegeben ist.

---

[1] Vgl. in diesem Zusammenhang die Ausführungen zu Teil III

Wie für die Entwicklungsländer, so gilt auch für die peripheren europäischen Notstandsgebiete, daß die Aufgaben einer regionalen Entwicklungspolitik hauptsächlich durch die Errichtung räumlicher Gravitationszentren, d.h. durch Industrialisierung, zu lösen sind. Regionale Entwicklungspolitik ist daher auch im Falle der peripheren europäischen Gebiete mit Industrialisierungspolitik geradezu gleichzusetzen: Die Marktkreisläufe und damit die interregionale Arbeitsteilung müssen erweitert werden, die Produktivität der Landwirtschaft muß gehoben werden.

Die Produktivität der Landwirtschaft ist jedoch abhängig von der Stellung der jeweiligen landwirtschaftlichen Erzeugung im Thünenschen System: Zwischen Intensität der Bebauung und Entfernung zum Zentrum besteht - wie gezeigt wurde - ein funktionaler Zusammenhang.[1] Es kommt also offenbar darauf an, diese peripheren Gebiete mit Marktzentren zu versehen, die eine parallele Intensivierung der von ihnen abhängigen Gebiete überhaupt erst gestatten.

Den Möglichkeiten einer sinnvollen Industrialisierungspolitik zur Hebung des Prokopfeinkommens der europäischen Randgebiete wollen wir uns in der Folge zuwenden. Dabei sollen zunächst im zweiten Teil dieser Arbeit Überlegungen darüber angestellt werden, nach welchen Kriterien eine solche Industrialisierungspolitik sinnvoll durchgeführt werden sollte. Im dritten Teil der Untersuchung wird sodann auf den konkreten Fall Süditalien eingegangen werden.

---

[1] Vgl. hierzu die Ausführungen in § 2

Teil II

Investitionskriterien einer Politik zur Entwicklung peripherer Gebiete

Im bisherigen Verlauf der Untersuchung wurde gezeigt, daß die räumliche Entwicklung kein homogener Wachstumsprozeß ist. Vielmehr wirken entscheidende Kräfte darauf hin, diese Entwicklung auf Wachstumspole zu konzentrieren, die dann ihrerseits wieder eine Intensivierung der von ihnen abhängigen sekundären Gebiete nach sich ziehen. Es wurde weiter nachgewiesen, daß solche raumwirtschaftlichen Prozesse kumulative Tendenzen in sich bergen, d.h. daß sich bei einer Störung des stationären Gleichgewichts nur schwache immanente Korrekturkräfte entwickeln.

Als räumliche Schlüsselindustrien wurden vor allem die Eisen- und Stahlindustrie erkannt: Industrialisierung ist stets mit einem Ausbau solcher schwerindustrieller Zentren einhergegangen, deren Herausbildung es dann gestattete, die abhängigen landwirtschaftlichen Gebiete in höhere Thünensche Intensitätszonen einzubeziehen.

Unsere gesamten bisher geführten theoretischen Überlegungen laufen also auf die Empfehlung von wirtschaftspolitischen Maßnahmen heraus, die darauf hinzielen, periphere Gebiete mit den Voraussetzungen zur Bildung von Wachstumspolen auszustatten.

Es stellt sich die Frage, wie solche Erkenntnisse mit den Empfehlungen der traditionellen (raumlosen) Gleichgewichtstheorie zu vereinbaren sind und ob sie nicht sogar dazu in einem gewissen Widerspruch stehen. Es erweist sich aus diesem Grunde als notwendig, im zweiten Teil unserer Untersuchung noch einmal explizit nach den Investitionskriterien einer Politik zur Entwicklung peripherer Gebiete zu fragen.

K A P I T E L I

Die Unzulänglichkeit statischer Marginalkriterien

§ 10 Das Gesetz der komparativen Kosten als Industrialisierungskriterium

Wesentliche Erkenntnisse für die Herausbildung einer optimalen Produktionsstruktur und damit auch für die Industrialisierung peripherer Gebiete liefert das Gesetz der komparativen Kosten. In seiner von Haberler gegebenen Substitutionskostenfassung integraler Teil der allgemeinen Gleichgewichtstheorie, bietet dieses Gesetz eines der Kriterien für die optimale Produktionsstruktur. Die Produktionsstruktur ist optimal, wenn (im Gleichgewicht) das internationale Austauschverhältnis gleich dem (sozialen) Substitutionsverhältnis in beiden Ländern ist.[1)]

Es war die Leistung von Ohlin, das Gesetz der komparativen Kosten unmittelbar auf die faktisch in einer Region vorhandenen Knappheitsverhältnisse zu beziehen. Wie bereits ausgeführt, kommt Ohlin dabei zu der auch durch neuere Kontroversen[2)] nicht widerlegten Erkenntnis, daß der komparative Vorteil für jede Region in der Erzeugung von Gütern liegt, in welche die in dieser Region relativ reichlich vorhandenen (billigen) Produktionsfaktoren eingehen. Die Ausfuhr einer Region sei also aus Gütern zusammengesetzt, die große Mengen der reichlich vorhandenen und damit billigen Produk-

---

1) Vgl. im einzelnen: Haberler, Gottfried, Außenhandel (Theorie), in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 1, Göttingen 1956, S. 462/63

2) Vgl. Balassa, Bela, The Factor-Price Equalization Controversy, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 87, 1961 (II), S. 111 ff., besonders S. 120

tionsfaktoren enthielten. Dagegen richte sich die Einfuhr auf Erzeugnisse, in die viele von den in einer Region knappen und daher teuren Produktionsfaktoren eingingen. Im Wege des interregionalen Handels steigere sich also die Nachfrage nach den jeweils relativ reichlich vorhandenen, billigen Produktionsfaktoren, deren Preis tendenziell steigen müsse, während die relative Knappheit der seltenen Produktionsfaktoren sich durch den interregionalen Handel verringere. Der Handel gestatte es daher, daß sich die industrielle Aktivität örtlich an die geographische Verteilung der Produktionsfaktoren anpasse.[1)]

Fundamentale regionale Ungleichgewichte können nach dieser theoretischen Konzeption kaum entstehen. Bei einer Störung des Gleichgewichts ist vielmehr immer die Tendenz der Rückkehr zum immanenten stabilen Gleichgewicht gegeben, das durch den Zahlungsbilanzmechanismus gewährleistet ist. Nach kurzer Zeit müßten sich nämlich bei einer Gleichgewichtsstörung gegenläufige Kräfte entwickeln, insbesondere durch die Herausbildung interregionaler Lohndifferenzen, die sich in dem Maße einstellen müßten, wie die Arbeiter nicht wanderungswillig sind. Solche sich "naturgesetzlich" bildenden regionalen Lohndifferenzen hätten sodann zur Folge, daß sich in der benachteiligten Region mehr und mehr eine arbeitsintensive Industrie ansiedeln würde. Die immanente Harmonie - das Gleichgewicht - wäre also alsbald wieder erreicht.

Nach dieser theoretischen Konzeption würde es für die peripheren Gebiete genügen, daß sie sich unter Berücksichtigung der relativen Knappheitsverhältnisse ihrer vorhandenen Produktionsfaktoren auf den interregionalen Handel ausrichten, um dann nach dem Heckscher-Ohlin-Theorem die reichlich vorhandenen Faktoren gegen die relativ knappen Faktoren auszutauschen.

[1)] Vgl. die Ausführungen in § 1

Die Antwort auf die Frage, worauf sich eine Region im Industrialisierungsprozeß spezialisieren soll, könnte unter Zugrundelegung des Ohlin-Theorems leicht gelöst werden: auf Güter, die unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Produktionsfaktoren komparativ am billigsten herzustellen sind. Dabei können billige Güter selbstverständlich nur mit den in der Region reichlich vorhandenen und daher billigen Produktionsfaktoren erstellt werden. Für die peripheren Gebiete würde dies eine arbeitsintensive Industrialisierung bedeuten.

Nun kommt jedoch - wie in Teil I gezeigt wurde - die interregionale Arbeitsteilung zwischen ungleich entwickelten Gebieten oft nur in einem sehr unvollkommenen Ausmaß zustande. Periphere Regionen können sich offenbar kaum darauf verlassen, daß der interregionale Handel einen Entwicklungsprozeß in Gang bringt.

Die Antwort auf die Frage, worauf sich eine Region im Wachstumsprozeß spezialisieren soll, kann also nicht so einfach gelöst werden. Eine realistische Betrachtungsweise wird Produktionsfaktoren, technisches Wissen und Nachfragestrukturen nicht als unveränderlich gegeben ansehen und so zu dem Ergebnis kommen, daß diejenigen Produktionen geschaffen werden müssen, durch die möglichst viele Anreize zu weiterem industriellem Wachstum gegeben werden; die also die größte kumulative Entwicklung auslösen.

Ein Blick in die Wirklichkeit überzeugt davon, daß man es auch im internationalen Bereich bei Ländern unterschiedlicher Entwicklungsstufe sehr oft mit kumulativ auseinanderstrebenden Entwicklungsprozessen zu tun hat.

Die gegenwärtige Situation der Außenhandelstheorie in bezug auf Entwicklungsphänomene könnte man daher nicht besser charakterisieren als mit einem Wort von Ragnar Nurkse:[1] "Until we have developed a more adequate view of economic growth, comparative advantage as a planning principle will remain a rather empty formula."

---

1) Vgl. Nurkse, Ragnar, Diskussionsbeitrag in: Stability and Progress in the World Economy, The first Congress of the International Economic Association (Hrsg. Douglas Hague), London 1958, S. 76

§ 11 Der Grenzproduktivitätsansatz als Planungskriterium

Im statisch-stationären Modell des langfristigen walrasianischen Gleichgewichts ist die Maximierung des Sozialproduktes unter anderem dadurch gewährleistet, daß der Unternehmer sich beim Input von Produktionsfaktoren an der Gleichgewichtsbedingung Wertgrenzprodukt = Faktorpreis orientiert. Auf die Investition bezogen, bedeutet diese Regel, daß Projekte so lange realisiert werden, wie deren Grenzleistungsfähigkeit[1)] zumindest nicht unter den Marktzinssatz sinkt. Im stationären Gleichgewicht (in dem keine Nettoinvestition gegeben ist) stellt sich dabei der Marktzinssatz so ein, daß sich nur noch die Ersatzinvestition als lohnend erweist.

Der Marktzinssatz seinerseits bestimmt sich simultan im interdependenten Gleichungssystem, und zwar so, daß Angebot und Nachfrage nach Krediten gerade zum Ausgleich gebracht werden. Damit entscheidet der Zinssatz sowohl über die Kinetik des Investitionsprozesses als auch über das Ausmaß, in dem die privaten Haushalte ihr Einkommen auf Konsum und Ersparnis aufteilen (indem sie einen intertemporalen Ausgleich des Grenznutzens der Geldeinheit herbeiführen).

Da ferner unterstellt wird, daß die übrigen Produktionsfaktoren ihre produktiven Dienste solange anbieten, bis die Grenzraten der Transformation überall gleich eins sind, und da weiterhin die Konsumenten nur solange konsumieren, bis der Grenznutzen der letzten konsumierten Geldeinheit in jeder Verwendung gleich geworden ist, ergibt sich im langfristig stationären Gleichgewicht tatsächlich eine von der gegebenen Einkommensverteilung abhängige Maximierung des Gesamtnutzens.

[1)] Diese errechnet sich als der Diskontierungssatz, der den Barwert der in der Zukunft liegenden Erträge einer Investition gerade gleich dem Anschaffungspreis dieser Investition macht.

Um zu einem solchen Ergebnis zu kommen, muß man allerdings neben der Prämisse der vollständigen Konkurrenz die Abwesenheit von externen Effekten unterstellen.[1] Ferner muß man linear homogene Produktionsfunktionen sowie vollständige Teilbarkeit und Substituierbarkeit der Produktionsfaktoren voraussetzen.

Es liegt auf der Hand, daß das Investitionskriterium des langfristig-stationären walrasianischen Gleichgewichts, in dem sich soziales und privates Grenzprodukt voraussetzungsgemäß decken, nicht ohne weiteres auf die Wirklichkeit einer dynamischen Wirtschaft angewendet werden kann. Neben der Tatsache, daß sich Investitionen nur in seltenen Fällen in marginalen Schritten vornehmen lassen, ist dabei insbesondere von Wichtigkeit, daß sich die relativen Preise, sobald man eine positive Nettoinvestition voraussetzt, von Periode zu Periode ändern, da die relative Knappheit der Produktionsfaktoren nicht gleich bleibt.[2] Es erweist sich also als unmöglich, die ceteris-paribus-Klausel weiter aufrechtzuerhalten.

Die Tatsache von Unteilbarkeiten im Investitionsprozeß, die eine Erfüllung der Marginalbedingungen ausschließen, hat die Wirtschaftstheorie schon sehr früh beschäftigt.

---

1) Als kaum zu überwindendes Hindernis erweist sich dabei für die Wohlfahrtsökonomie die Tatsache einer direkten Interdependenz des Grenznutzens verschiedener sozialer Schichten (Demonstrationseffekt).

2) Es sei denn, man unterstellt wie Cassel, daß sich auch die übrigen Produktionsfaktoren im gleichen Verhältnis vermehren (vgl. Cassel, Gustav, Theoretische Sozialökonomie, 3. Auflage, Leipzig 1923, S. 27 ff.).

Dupuit[1] kam dabei zu dem Ergebnis, daß Investitionen dann noch durchgeführt werden könnten, wenn ihre soziale Effizienz, d.h. die Summe von Betriebserlösen und Konsumentenrente, zumindest nicht negativ wird.[2] Durch die Einhaltung dieser Regel ist sichergestellt, daß durch die Investition zumindest keine Verringerung des Wohlstandes erfolgt.

Wesentlich folgenschwerer erweist sich beim Verlassen des statisch-stationären Gleichgewichtsmodells allerdings die Tatsache, daß das Preissystem aufhört, zuverlässige Anhaltspunkte über den Zukunftspfad der Entwicklung zu geben. Das vorhandene Preissystem zeigt sich nämlich als höchst zweifelhafter Indikator für die soziale Effizienz von Investitionen. Diese setzen fast immer einen dynamischen Prozeß in Gang, der sich dann unter Umständen zunehmend vom stationären Ausgangsgleichgewicht entfernt, wobei die Maximierungskonstellation des statisch-stationären walrasianischen Gleichgewichts nicht mehr erreicht wird.

Die soziale Profitabilität von Investitionen kann dann nicht mehr in statischen "Gleichgewichtspreisen" beim Investor gemessen werden, vielmehr muß eine ganze Kette von dynamischen Effekten in den sozialen Investitionskalkül mit einbezogen werden. In neuerer Zeit ist es üblich geworden, diese dynamischen Effekte einer Investition auf dem Wege zum stationären Gleichgewicht (die Marshallschen Produzentenrenten) als pekuniäre externe Vorteile zu bezeichnen. Diese sind also dann

---

[1] Dupuit, Jules, On the Measurement of the Utility of Public Works, in: International Economic Papers No. 2, London-New York 1952, S. 83 ff.; Übersetzung und Wiederabdruck von: De la mesure de l'utilité des travaux publics, in: Annales des Ponts et Chaussées, Second Série, Vol. VIII, 1844

[2] Die Möglichkeit einer Quantifizierung der Konsumentenrente ergibt sich dabei im hypothetischen Falle einer vollständigen Preisdiskriminierung durch den Produzenten, d.h. einer vollständigen Umwandlung der nicht kardinal meßbaren Konsumentenrente in Betriebserlöse.

gegeben, wenn der Gewinn (G_1) eines Produzenten (P_1) nicht nur vom eigenen Output (X_1) als Funktion der eingesetzten Produktionsfaktoren (A_1, K_1), sondern darüber hinaus auch vom Output (X_n) und den Produktionsfaktoren (A_n, K_n) einer Gruppe von n (2,3 .....n) anderen Produzenten abhängt.

Die Gewinnfunktion ist in diesen Fällen wie folgt zu definieren:

$$G_1 = f \left[X_1 (A_1, K_1),\ X_2 (A_2, K_2),\ \ldots\ X_n (A_n, K_n) \right]$$

Diese Gewinnfunktion enthält jedoch neben pekuniären externen Vorteilen noch sogenannte technologische externe Vorteile.[1] Wie besonders Scitovsky gezeigt hat, sind diese technologischen externen Vorteile die einzigen externen Effekte, die im langfristigen statisch-stationären walrasianischen Gleichgewicht noch auftreten können. Sämtliche pekuniären externen Vorteile sind dagegen in dieser Situation eliminiert, d.h. vollständig in den privaten Investitionskalkül mit einbezogen.[2]

---

[1] Technologische externe Vorteile sind dann gegeben, wenn der Output (X_1) eines Produzenten (P_1) nicht nur von den eigenen Produktionsfaktoren (A_1, K_1), sondern darüber hinaus noch vom Output (X_n) und den Produktionsfaktoren (A_n, K_n) einer Gruppe von n (2,3 .....n) anderen Produzenten abhängt (vgl. hierzu im einzelnen: Scitovsky, Tibor, Two Concepts of External Economies, The Journal of Political Economy, Vol. LXII, 1954, S. 145).

[2] Vgl. Scitovsky, Tibor, Two Concepts of External Economies, a.a.O., S. 148/149
"The profits of industry B., created by the lower price of factor A. call for investment and expansion in industry B., one result of which will be an increase in industry B's demand for industry A's product. This in its turn will give rise to profits and call for further investment and expansion in industry A; and equilibrium is reached only when successive doses of investment and expansion in the two industries have led to the simultaneous elimination of profits in both. It is only at this stage, where equilibrium has been established, that the conclusions of equilibrium theory become applicable... We can conclude therefore that when an investment gives rise to pecuniary external economies, its private profitability understates its social desirability."

Wir sind nunmehr in der Lage, das statisch-stationäre Grenzproduktivitätstheorem, das außer technologischen externen Ersparnissen die Abwesenheit von externen Effekten unterstellt, auf die Bedingungen einer wachsenden Wirtschaft zu beziehen.

Wie gezeigt wurde, kommt es in einer solchen Wirtschaft entscheidend darauf an, neben dem privaten Ertrag einer Investition die Summe der externen Effekte zu berücksichtigen. Die Summe dieser externen Effekte ergibt sich als Differenz von externen Vorteilen und externen Kosten. An Stelle des Grenzproduktivitätssatzes, dessen Beachtung den sozialen Ertrag in der stationären Wirtschaft maximiert, tritt also in der wachsenden Wirtschaft die Regel, daß die soziale Grenzproduktivität einer Investition zumindest dem langfristigen Zinssatz entsprechen muß, damit das Projekt noch lohnend ist. Löst man die so gefundene Regel aus ihrem Marginalzusammenhang, so kann man sagen, daß unter mehreren Investitionsprojekten dasjenige vorzuziehen ist, bei dem die Differenz von sozialem Wert (SW) und sozialen Kosten (SK) ein Maximum wird:[1)]

$$SW - SK \longrightarrow \max.$$

Die Beachtung dieses Kriteriums gewährleistet offenbar, daß zumindest keine Investitionen verwirklicht werden,

---

[1)] Das hier entwickelte Kriterium deckt sich im wesentlichen mit der Social-Marginal-Productivity (SMP) von Chenery (vgl. Chenery, Hollis B., The Application of Investment Criteria, The Quarterly Journal of Economics, Vol. LXVII, Febr. 1953, S. 76 ff.). Chenery berücksichtigt in seinem SMP-Kriterium allerdings noch den Zahlungsbilanzeffekt.
Zur weiteren Verfeinerung dieses "Firmenkriteriums" in der Anwendung auf ganze Regionen hat insbesondere Giersch wertvolle Hinweise gegeben (vgl. Giersch, Herbert, Das ökonomische Grundproblem der Regionalpolitik, a.a.O., S. 393 ff.).

die Wohlstandseinbußen herbeiführen.[1)]

Die Anwendung dieses Investitionskriteriums setzt allerdings die Kenntnis des gesamten zukünftigen Pfades der Entwicklung voraus. Eine derartig perfekte Einsicht in die Zukunftsentwicklung ist selbstverständlich für den einzelnen Investor nicht gegeben; bestenfalls können die externen Effekte einer Investition grob abgeschätzt werden. Dabei muß in der wirtschaftspolitischen Wirklichkeit ein beträchtlicher Unsicherheitsbereich in Kauf genommen werden.[2)]

Als Ergebnis unserer Überlegungen wäre festzuhalten, daß die einfachen Kriterien der zeitlosen Statik für die Entwicklungsplanung völlig unzulänglich sind. Es ergibt sich vielmehr die Notwendigkeit, den gesamten Pfad der zukünftigen Entwicklung bei der Auswahl von Investitionen im Auge zu behalten: Die soziale Nettoeffizienz einer Investition ist unter Berücksichtigung des zeitlichen Ablaufs zu maximieren. Die Maximierungskriterien der statischen Gleichgewichtstheorie

---

1) Die Herauslösung unseres Kriteriums aus der Bedingungskonstellation des utopischen walrasianischen Optimums ermöglicht es auch, die ganze welfaretheoretische Diskussion über die Zweckmäßigkeit von Versuchen zur Annäherung an die Marginalbedingungen beiseite zu lassen. Wir sind uns dabei völlig darüber im klaren, daß das langfristige stationäre walrasianische Gleichgewicht und seine Bedingungen in der wirtschaftspolitischen Wirklichkeit nie auch nur annähernd verwirklicht werden kann.

2) Es ist daher nicht weiter verwunderlich, daß man neuerdings dazu übergegangen ist, sich in der Entwicklungsplanung des Programmierungsansatzes zu bedienen. Es wird eine Input-Output Matrix konstruiert, in der Angebot und Nachfrage eines jeden Sektors zum Ausgleich gebracht werden. Hierzu wird sodann ein konsistentes "Schattenpreissystem" errechnet, und zwar in der Weise, daß man den Preis eines jeden Gutes gleich seinen Produktionskosten setzt.
Der Programmierungsansatz gibt somit die Möglichkeit, die Ergebnisse des langfristigen walrasianischen Gleichgewichts (ni bénéfice ni perte) voraussetzungsgemäß herbeizuführen. Dementsprechend wird dann die soziale Profitabilität einer Investition unter Zugrundelegung solcher "Schattenpreise" errechnet. Im Optimum ist die Profitabilität einer jeden Aktivität gleich Null (vgl. hierzu im einzelnen: Chenery, Hollis B., Comparative Advantage and Development Policy, in: The American Economic Review, Vol. LI, März 1961, No. 1, S. 31 ff.).

müssen in der wachsenden Wirtschaft mit positiver Nettoinvestition zwangsläufig versagen, weil die ceteris-paribus-Klausel nicht mehr anwendbar ist.

Beim jetzigen Stand der Untersuchung ist auch der Augenblick gekommen, um in unseren Überlegungen wieder auf die standorttheoretischen Deduktionen des ersten Teils zu rekurrieren:

Wie dort im einzelnen gezeigt wurde, wird der Wachstumsprozeß in räumlicher Hinsicht durch die Herausbildung von Wachstumspolen gekennzeichnet, in denen die Eisen- und Stahlindustrie die Schlüsselposition einnimmt. Dabei ergeben sich irreversible räumliche Konzentrationsprozesse mit kumulativem Charakter. Vorgänge der räumlichen Konzentration sind also eine immanente Erscheinung des industriellen Wachstumsprozesses.

Die Gebiete an der europäischen Peripherie leiden nun - wie weiter gezeigt wurde - hauptsächlich darunter, daß die Impulse der räumlich entfernten Zentren nicht mehr dazu ausreichen, sie in einen Thünenschen Intensitätsring einzubeziehen, der eine ausreichende "Tragfähigkeit" für die dichte Bevölkerung gewährleistet. Für die regionale Entwicklungspolitik ergibt sich also die Aufgabe, solche stagnierenden Gebiete mit Marktzentren zu versehen, die eine parallele Intensivierung der von ihnen abhängigen Regionen überhaupt erst gestatten.

Der Konflikt zwischen den auf der traditionellen (raumlosen) Gleichgewichtstheorie und den auf der Standorttheorie basierenden wirtschaftspolitischen Empfehlungen löst sich dabei dadurch, daß es - wie im einzelnen analysiert wurde - darauf ankommt, bei den Investitionskriterien der raumlosen Gleichgewichtstheorie neben dem privaten Ertrag einer Investition die Summe der externen Effekte zu berücksichtigen. Die externen Effekte erweisen sich wiederum als eben das Phänomen, welches im entscheidenden Maße für Lokalisierungsanreize verantwortlich

ist. In den external-economies treffen wir also auf die Nahtstelle zwischen den auf standorttheoretischen Überlegungen und den auf einer erweiterten (raumlosen) Gleichgewichtstheorie basierenden wirtschaftspolitischen Empfehlungen.

Das vorstehend abgeleitete Investitionskriterium hat allerdings den Mangel, daß seine wirtschaftspolitische Anwendbarkeit außerordentlich reduziert ist. Für die Praxis ergibt sich daher immer die Notwendigkeit, nach etwas weniger abstrakten und dafür wirtschaftspolitisch handlicheren Kriterien der Entwicklungspolitik Ausschau zu halten.

Darüber hinaus ist festzuhalten, daß die Aussage der ökonomischen Statik, daß die relative Knappheit der Produktionsfaktoren berücksichtigt werden muß, mit einigen Einschränkungen nach wie vor aufrechtzuerhalten ist. Es wurde lediglich gezeigt, daß von Investitionen vielfach dynamische Auswirkungen ausgehen, die in der Entwicklungsplanung berücksichtigt werden müssen.

Die Frage, wie die aus einer Investition resultierenden dynamischen Effekte, also das Wachstum, optimiert werden können, wurde allerdings noch gar nicht gestellt. Das Kernproblem der Entwicklungspolitik ist jedoch, unterentwickelte Gebiete mit möglichst reichhaltigen dynamischen selbstinduzierenden Anreizen zu weiterem Wachstum zu versehen, denn nur so können diese Gebiete aus ihrer Stagnation gerissen werden. Bisher erkannten wir lediglich, daß sich im zeitlichen Ablauf eine ganze Kette solcher dynamischer Effekte entwickelt, die bei der Investitionsrechnung als externe Ersparnisse zu berücksichtigen sind. Der typisch wirtschaftspolitischen Fragestellung, wie solche dynamischen Wachstumseffekte maximiert werden können, wollen wir uns in der Folge zuwenden.

K A P I T E L II

Die Induktion künftigen Wachstums als Kernproblem einer regionalen Entwicklungspolitik

§ 12 Die Wohlfahrtsfunktion und ihre Bedeutung für die regionale Entwicklungspolitik

Wie vorstehend gezeigt wurde, müssen die einfachen Investitionskriterien der ökonomischen Statik bei ihrer Anwendung auf das Entwicklungsphänomen zwangsläufig versagen. Um über eine optimale Entwicklungspolitik irgendwelche Aussagen machen zu können, muß vielmehr notwendigerweise vorher immer eine Zielfunktion definiert sein. Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist es dann, diese Wohlfahrtsfunktion unter Berücksichtigung der gegebenen Randbedingungen im zeitlichen Ablauf zu maximieren.

Tatsächlich ist die Definition einer solchen sozialen Wohlfahrtsfunktion für die Entwicklungspolitik von entscheidender Bedeutung. Stellt man sich beispielsweise wie Galenson und Leibenstein auf den Standpunkt, daß die Hebung des Prokopfkonsums nur das letzte Ziel der Wirtschaftspolitik sein kann, zu dessen möglichst schneller Erreichung zunächst die Produktion pro Kopf maximiert werden müßte, so kommt man mit diesem Ziel einer vorläufigen Maximierung der Produktion pro Kopf im Interesse einer möglichst schnellen Erreichung des Endzieles zu dem Ergebnis, daß nicht eine Minimierung, sondern eine Maximierung der Kapitalintensität pro

Arbeiter angebracht ist.[1)]

[1)] Dem Galenson-Leibenstein-Theorem liegt der bekannte Lohmann-Ruchti-Effekt zugrunde (vgl. hierzu: Langen, H., Die Kapazitätsausweitung durch Reinvestition liquider Mittel aus Abschreibungen, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, Bd. 5, 1953, S. 49 ff.). Bekanntlich kommt es bei sofortiger Reinvestition der durch Abschreibungen freigesetzten liquiden Mittel bei langfristig unverändert leistungsfähigen Anlagen zu einer fortlaufenden Erweiterung der ersten Periodenkapazität. Im Lohmann-Ruchti-Modell wird der Maximaleffekt am Ende der Nutzungsdauer (n) der zuerst angeschafften Anlage erzielt. So ergibt sich beispielsweise bei einer zwanzigjährigen Lebensdauer der ersterstellten Anlage am Ende des 19. Jahres ungefähr eine dreifache Vergrößerung der ersten Periodenkapazität. Dann spielt sich der Kapazitätsverlauf mit Schwankungen auf einen Grenzwert ein, der das $\frac{2}{1 + \frac{1}{n}}$ fache der Periodenkapazität des ersten Jahres ausmacht.

Galenson und Leibenstein gehen in ihrem Modell weit über diese Annahmen hinaus. In sehr grober Vereinfachung setzen sie voraus, daß die Wertschöpfung einer Unternehmung nur aus Löhnen und reinvestierbarem Fonds besteht. Somit ergibt sich die Totalinvestition einer jeden Periode aus der Differenz zwischen Totalbruttowertschöpfung und Realentlohnung des Arbeiters. Unter der Annahme, daß diese Differenz am Ende der Periode sofort wieder reinvestiert wird (was unverzüglich zur entsprechenden Neueinstellung von Arbeitern führt) kommt es dann offenbar zu einem Zinseszinswachstum der Beschäftigung nach folgender Formel:

$$E_{t+1} = E_1 \cdot \left(1 + \frac{p - ew}{c}\right)^t$$

wobei: E_{t+1} = Endbeschäftigung im Jahre t + 1,
E_1 = Anfangsbeschäftigung,
p = Output pro Maschine,
e = Arbeiter pro Maschine,
w = Reallohnsatz,
c = Kosten pro Maschine.

Unterstellt man nun - wie Galenson und Leibenstein -, es sei (beispielsweise in der Textilindustrie) möglich, durch verschieden kapitalintensive Produktionsverfahren bei einer gegebenen Anfangsinvestition eine unterschiedlich hohe Anfangsbeschäftigung zu erzielen, so kann man dann (besonders bei der Annahme einer gleichbleibenden Entlohnung der mit verschiedener Grenzproduktivität beschäftigten Arbeiter) leicht zeigen, daß die Endbeschäftigung im Jahre t + 1 bei kapitalintensiven Produktionsmethoden (durch die höhere "Ausbeutung" des Arbeiters) erheblich gewachsen ist (im Extremfall nach der obigen Formel); während die anfänglich höhere Beschäftigung in der arbeitsintensiven Heimindustrie stagniert, da der value-added pro Arbeiter als Verdienst ausgeschüttet wird (vgl. hierzu im einzelnen: Galenson, Walter, und Leibenstein, Harvey, Investment Criteria, Productivity

Fortsetzung S. 56

Tatsächlich kann man durch unterschiedliche Investitionspolitiken und sich aus ihnen ergebenden differierenden Einkommensverteilungen die Wachstumsrate einer Volkswirtschaft in ganz verschiedenem Ausmaß beeinflussen. Im Extremfall kann sogar eine Politik angestrebt werden, durch die man die Gewinne maximiert und die Löhne minimiert. Eine solch spartanische Politik des "Gürtel-enger-schnallens" für die zukünftige Generation (wie man sie mit großem Erfolg in der Sowjetunion betrieben hat), wird man jedoch in einer marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsordnung kaum betreiben können.

In einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung wird man immer davon ausgehen müssen, daß die zu maximierende soziale Wohlfahrtsfunktion durch die individuellen Präferenzen determiniert ist. Für eine solcherart bestimmte Entwicklungspolitik kommt es dann offenbar darauf an, den Gegenwartswert des sich im weiteren Wachstum ergebenden Nettowertes an Konsumgütern zu maximieren. Zur Ermittlung dieses Nettowertes muß man vom Barwert des Stromes der Konsumgüter den zu ihrer Erzeugung notwendigen Einsatz an Gütern und Diensten subtrahieren.[1)] Aus diesem gedanklichen Ansatz kommt man unter Anwendung der Grenzanalyse zum "marginalen Wachstumsbeitrag" einer Investition. Dieser marginale Wachstumsbeitrag muß - soweit dies möglich ist - die gesamten Zukunftseffekte der durch eine Investition ausgelösten weiteren Entwicklung berücksichtigen. Daher muß er sich aus zwei Ausdrücken zusammensetzen, von denen der eine den Gegenwartswert der direkten Beiträge eines Investitionsprojektes zum Konsum mißt und der andere den Gegenwartswert der durch das sekundäre

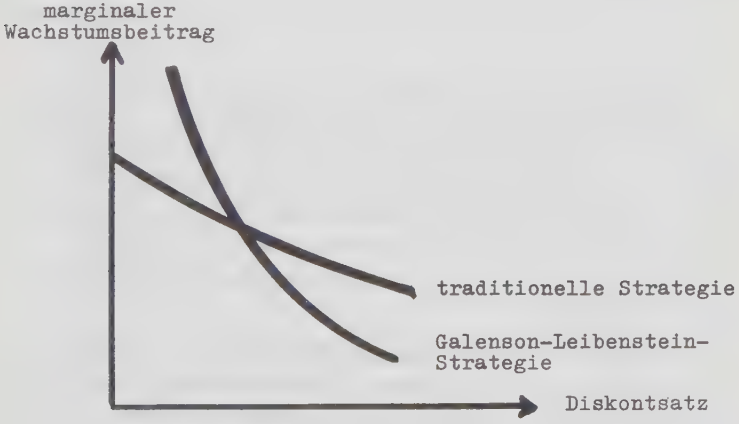
---

Fortsetzung der Fußnote S. 55
and Economic Development, in: The Quarterly Journal of Economics, Vol. LXIX, August 1955, S. 343 ff.).

1) Vgl. zum Folgenden auch Eckstein, Otto, Investment Criteria for Economic Development and the Theory of Intertemporal Welfare Economics, in: The Quarterly Journal of Economics, Vol. LXXI, 1957, S. 56 ff.

Wachstum entstehenden künftigen Konsumgüter erfaßt.[1] Ziel der Wirtschaftspolitik muß es sein, unter verschiedenen Projekten dasjenige auszuwählen, dessen marginaler Wachstumsbeitrag am größten ist.

Für die Höhe dieses marginalen Wachstumsbeitrages kommt es nun jedoch entscheidend darauf an, mit welchem Zinssatz die zukünftigen Güterströme diskontiert werden. Unterstellt man zwei Investitionsstrategien, die eine mit hoher (statischer) Grenzproduktivität und geringem zukünftigem Wachstumseffekt (traditionelle Strategie) und die andere mit geringer (statischer) Grenzproduktivität und hohem zukünftigem Wachstumseffekt (also etwa den Galenson-Leibenstein-Fall), so kann man, wie dies auch von Eckstein unternommen wird, die Beziehungen zwischen Zinssatz und marginalem Wachstumsbeitrag wie folgt darstellen:



Aus der Grafik wird deutlich, daß die Galenson-Leibenstein-Strategie zur Erzielung eines maximalen Wachstums der traditionellen, am statischen Grenzprodukti-

---

[1] Zur formelmäßigen Ableitung dieses Ausdruckes vgl. Eckstein, Otto, a.a.O., S. 67 ff.

vitätskriterium orientierten Investitionspolitik erst dann überlegen ist, wenn ein niedriger Diskontsatz angewandt werden kann.

Unter der Voraussetzung einer individualistisch determinierten Wohlfahrtsfunktion bestimmt sich der Zinssatz durch die gesellschaftliche Zeitpräferenz.[1] Während nun die durch die individuellen Investitionserwartungen bestimmte Zeitpräferenz der Investoren in einem Notstandsgebiet niedriger sein wird als in einer entwickelten Wirtschaft, wird auf der anderen Seite die Zeitpräferenz der Konsumenten in einem solchen Gebiet beträchtlich über der Zeitpräferenz der Konsumenten einer bereits entwickelten Volkswirtschaft mit hohem Prokopfeinkommen liegen. Insgesamt wird daher der zur Diskontierung der zukünftigen Konsumgüter anzuwendende Diskontsatz in sehr vielen Fällen eine Höhe erreichen, die es kaum gestatten wird, ein der Galenson-Leibenstein-Strategie entsprechendes Verfahren anzuwenden.

Wir kommen damit zu dem Ergebnis, daß sich der Galenson-Leibensteinsche Ansatz einer Maximierung des zukünftigen Wachstums bei Anwendung einer individuell determinierten Wohlfahrtsfunktion in unterentwickelten Gebieten bei der Unterstellung einer hohen gesellschaftlichen Zeitpräferenz oft als nicht gangbar erweisen wird, da er mit einer zu großen Einbuße an individueller Wohlfahrt erkauft werden muß.

Ganz anders ist der Galenson-Leibenstein-Weg allerdings zu beurteilen, wenn man eine kollektivistisch bestimmte Wohlfahrtsfunktion unterstellt. Vertritt der Staat den Standpunkt, daß eine individualistisch bestimmte Wohl-

---

[1] Diese setzt sich aus der durch die Grenzproduktivität des Kapitals bestimmten Zeitpräferenz der Investoren und aus der durch die Minderschätzung zukünftiger Bedürfnisse bestimmten Zeitpräferenz der Konsumenten zusammen.

fahrtsfunktion nicht im "wahren" Interesse seiner Bürger ist, so kann die gesellschaftliche Zeitpräferenz und damit auch der Diskontsatz auf eine Höhe festgesetzt werden, die zur Folge hat, daß der marginale Wachstumsbeitrag durch eine die relative Faktorknappheit mißachtende kapitalintensive Investitionspolitik maximiert wird.

§ 13 Die Maximierung dynamischer Induktionseffekte als Industrialisierungskriterium

Der Ansatzpunkt von Galenson und Leibenstein, das sich aus einer Investition ergebende Wachstum zu maximieren, soll in diesem Zusammenhang - freilich in etwas anderer Beleuchtung - noch weiterverfolgt werden. In den folgenden Überlegungen soll dabei immer davon ausgegangen werden, daß es in einem unterentwickelten Gebiet darauf ankommt, eine stagnierende Wirtschaft mit dynamischen, selbstinduzierenden Anreizen zu weiteren Investitionen zu versehen; denn nur so kann ein beschleunigtes Wachstum erreicht werden. Fast allgemeine Übereinstimmung herrscht heute über die Tatsache, daß die Aufgabe der Entwicklung stagnierender Volkswirtschaften nicht nur ein Kapitalproblem ist, sondern daß ein ebenso bedeutender Engpaß unterentwickelter Gebiete in dieser mangelnden Investitionsbereitschaft besteht.[1)]

Es ist jenes von Arthur Lewis besonders herausgestellte Phänomen der Entstehung einer kapitalistischen Klasse, das die Entwicklung stagnierender Agrarstaaten zu dynamischen Industriewirtschaften kennzeichnet.[2)]

Eine realistische Entwicklungspolitik in unterentwickelten Gebieten müßte sich daher besonders darauf konzentrieren, die schwachen, nicht ausreichend vorhandenen Investitionsneigungen einer sich entwickelnden Unternehmerschicht möglichst günstig zu beeinflussen.

Es wird daher zu untersuchen sein, wie eine solche Politik aussehen muß und welche Auswirkungen diese Überlegungen auf das Problem der Wahl eines geeigneten Investitionskriteriums haben.

---

1) Daher erweist sich auch der Harrod-Domarsche Ansatz in der Theorie der Unterentwicklung als völlig steril. Hier wird gerade das vorausgesetzt, was es zu wecken gilt.

2) Vgl. Lewis, W. Arthur, The Theory of Economic Growth, London 1955, S. 201 ff.

Die Theorie der Industrialisierung bedient sich schon seit längerer Zeit der Erkenntnis der Interdependenzen in der Wirtschaft, um in einem unterentwickelten Lande Investitionen auf sehr breiter Front zu fordern. Die Industrialisierung eines unterentwickelten Landes könne nur dann Erfolg haben, wenn man unter voller Beachtung der Interdependenzen dem stagnierenden unterentwickelten Sektor gleichsam einen völlig in sich geschlossenen "autonomen" Sektor aufstülpe.[1] Dabei gebe es ein Minimumniveau, mit dem ein Entwicklungsprogramm in Angriff genommen werden müsse.

Albert O. Hirschman, der diese Theorie sehr stark angreift, da sie nach seiner Meinung gerade das voraussetzt, was unterentwickelte Länder nicht haben: schöpferische, unternehmerische Fähigkeiten, rollt diese Theorie des "balanced growth" gleichsam von hinten auf.[2] Eine intelligente Entwicklungspolitik müsse diese Interdependenzen nützen; freilich in dem Sinne, daß sie Investitionen in jenen Industrien forciert, die einen hohen Grad der Abhängigkeit von Vorlieferanten besäßen. Bei solchen Industrien bestünde nämlich eine starke Tendenz, den benötigten Input, der zunächst importiert werden könne, durch Produktion im Lande zu beschaffen.

Bezeichnet man den Wert der von anderen Industrien bezogenen Vorlieferungen für die Industrie i als V_i und den Bruttoproduktionswert der Industrie i als X_i, so kann man offenbar den Interdependenzgrad der Industrie i

---

[1] Diese Theorie des "balanced growth" wurde zuerst von Paul Rosenstein-Rodan formuliert. Später wurde sie insbesondere von Ragnar Nurkse propagiert (vgl. Problems of Industrialization of Eastern and South Eastern Europe, in: The Economic Journal, June-Sept. 1943, Wiederabdruck in: A.N. Agarwala and S.P. Singh: The Economics of Underdevelopment, Oxford 1958, S. 245 ff.; vgl. Some International Aspects of the Problem of Economic Development, in: The American Economic Review, May 1952, Wiederabdruck in obigem Band, S. 256 ff.).

[2] Vgl. Hirschman, Albert O., The Strategy of Economic Development, New Haven 1958, S. 50 ff.

in bezug auf die benötigten Vorlieferungen der Industrie i mit dem Koeffizienten

$$\frac{V_i}{X_i} = r_i$$

bezeichnen.

Eine ähnliche Verhältniszahl ergibt sich, wenn man den an andere Industrien gelieferten Output (I_i) - intermediate demand - ins Verhältnis zur gesamten Endnachfrage (T_i) - total demand - dieser Industrie setzt. Bezeichnet man die sich dabei ergebende Verhältniszahl mit v_i,

$$\frac{I_i}{T_i} = v_i ,$$

so mißt diese offenbar den Interdependenzgrad der Industrie i in bezug auf die Endnachfrage.

In den so ermittelten Interdependenzkoeffizienten (r_i, v_i) besitzt man eine Kennzahl, durch welche die Rückwärtskopplung bzw. Vorwärtskopplung von Industrien gemessen werden kann. Industrien mit einem hohen r_i-Koeffizienten (Rückkopplung) benötigen also bedeutende Vorlieferungen, während Industrien mit hohen v_i-Werten (Vorwärtskopplung) wenig an die "final demand" liefern, sondern vielmehr mit ihrer Produktion anderen Unternehmen als Input dienen.

Interessanterweise läßt sich dabei die von Clark stammende Klassifizierung des primären, sekundären und tertiären Sektors auch in Rückkopplungskoeffizienten (r_i) ausdrücken. Der primäre und tertiäre Sektor in der Terminologie von Clark weisen im allgemeinen Rückkopplungskoeffizienten von unter 30 % auf, während diese beim sekundären Sektor im allgemeinen immer über 50 % liegen.[1)]

[1)] Vgl. Chenery, Hollis B., und Clark, Paul G., Interindustry Economics, New York - London 1959, S. 206

Die so ermöglichte statistische Verifizierung des Interdependenzgrades einer bestimmten Industrie kann man dazu benutzen, den systematischen Ansatz einer Entwicklungspolitik zu formulieren, die sich bewußt dieser Kopplungseffekte bedient und sie zu maximieren versucht.[1] Industrielle Aktivitäten mit hohen Rückkopplungskoeffizienten bieten offenbar starke Lokalisierungsanreize für Zulieferindustrien - und zwar um so mehr, je kürzer die Absatzradien des benötigten Inputs sind. Auf der anderen Seite wird jede Produktion, die nicht ausschließlich die Endnachfrage beliefert, sondern mit ihrem Output anderen Unternehmen als Input dient, einen Vorwärtskopplungseffekt auslösen, der ebenfalls von der Transportkostenintensität des produzierten Gutes abhängt.

Nimmt man nun mit Hirschman an, daß die Rückkopplung in der Industrialisierungsstrategie vor der Vorkopplung rangiert,[2] so kann man unter Benutzung der Ergebnisse einer Untersuchung von Chenery und Watanabe[3] den Interdependenzgrad verschiedener Industrien am Ausmaß ihrer Bezugs- und Absatzverflechtung messen. Hirschman teilt dabei die verschiedenen Industrien in vier Gruppen ein. Innerhalb jeder Gruppe rangiert die einzelne Industrie in der Reihenfolge sinkender Gesamtkopplungseffekte.[4]

---

1) Vgl. hierzu: Hirschman, Albert O., The Strategy of Economic Development, a.a.O., S. 100 ff.

2) Man kann offenbar eher unterstellen, daß sich eine Produktion lokalisiert, wenn bereits ein sicherer Absatzmarkt für deren Erzeugnisse besteht. Der umgekehrte Fall einer Induzierung von Industrien durch Vorwärtskopplung ist sehr viel seltener; eine praktische Bedeutung hat er jedoch bei der Entstehung von "Satellitenindustrien", die als wichtigsten Input einen Output der Mutterindustrie verwenden.

3) Vgl. Chenery, H.B., und Watanabe, T., International comparisons of the Structure of Production, Paper presented at the Cleveland Meeting of the Econometric Society, Dec. 1956. Die Ergebnisse dieser Untersuchung finden sich auch in Chenery, Hollis B., und Clark, Paul G., Interindustry Economics, a.a.O., S. 207.

4) Vgl. Hirschman, Albert O., The Strategy of Economic Development, a.a.O., S. 106

Tabelle 1

Durchschnittlicher Interdependenzgrad von Wirtschaftssektoren in Italien, Japan und den USA[1)]

	Käufe von anderen Sektoren (Rückkopplung) (in % des Gesamtproduktionswertes)	Verkäufe an andere Sektoren (Vorwärtskopplung) (in % der Gesamtnachfrage)
1. Zwischenprodukte (Rück- und Vorkopplung hoch)		
Eisen- u. Stahlindustrie	66	78
NE-Metall-Industrie	61	81
Zellstoff- u. Papierindustrie	57	78
Mineralölindustrie	65	68
Kohlenprodukte	63	67
Chemische Industrie	60	69
Textilindustrie	67	57
Kautschukindustrie	51	48
Druckereierzeugnisse	49	46
2. Endprodukte (Rückkopplung hoch, Vorkopplung niedrig)		
Mühlenprodukte	89	42
Lederwaren	66	37
Holz u. Holzwaren	61	38
Bekleidung	69	12
Transportmittel	60	20
Maschinenbau	51	28
Mineralien	47	30
Verarbeitete Nahrungsmittel	61	15
Schiffsbau	58	24
Sonstige Industrie	43	20
3. Primäre Zwischenprodukte (Vorkopplung hoch, Rückkopplung niedrig)		
Erzbergbau	21	93
Petroleum u. Erdgas	15	97
Kohlenbergbau	23	87
Land- u. Forstwirtschaft	31	72
Elektrizität	27	59
Nichtmetallische Mineralien	17	52
4. Primäre Endprodukte (Rück- und Vorkopplung niedrig)		
Fischerei	24	36
Verkehr	31	26
Dienstleistungen	19	34
Handel	16	17

1) Quelle: Hirschman, Albert O., The Strategy of Economic Development, a.a.O., S. 106

Der Hirschmansche Ansatz scheint in seiner Einfachheit besonders dazu geeignet zu sein, gewisse Phänomene in unterentwickelten Gebieten zu beleuchten, nämlich die mangelnden Wachstumsanreize der Landwirtschaft und der primären Rohstoffproduktion. In der Tat weist die Gruppe der primären Endprodukte in der Tabelle die geringsten Kopplungseffekte auf. Auf der anderen Seite stellt sich heraus, daß die von Predöhl in ihrer räumlichen Schlüsselfunktion besonders betonte Eisen- und Stahlindustrie die höchsten Gesamtkopplungseffekte hat.

Selbstverständlich ist der Wert von Kopplungseffekten für die Entwicklungspolitik in verschiedenen konkreten Situationen durchaus verschieden zu beurteilen. Mit großer Sicherheit werden sich bei Projekten mit hohen Vorkopplungswerten beispielsweise sogenannte Satellitenindustrien agglomerieren, die als wichtigsten Input einen Output der Mutterindustrie verwenden. Solche Satellitenindustrien erscheinen beispielsweise regelmäßig bei der Eisen- und Stahlindustrie, eine Feststellung, die durchaus plausibel erscheint, wenn man sich die spezifisch kurzen Absatzradien dieser Industrie vor Augen hält. Sehr viel problematischer ist allerdings der Rückkopplungseffekt der Eisen- und Stahlindustrie zu beurteilen. Man kann wohl kaum unterstellen, daß der hohe Rückkopplungskoeffizient dieser Industrie dazu anreizen wird, die benötigten Einsatzmaterialien (Erze und Kohlen) in der Region zu produzieren. Der Kausalzusammenhang ist vielmehr derart, daß solche Industrien gewisse Standortvoraussetzungen haben müssen, damit sie sich überhaupt lokalisieren.

So wird man den zweifellos originellen Hirschmanschen Gedanken einer Systematisierung der dynamischen Induktionswirkungen von Investitionen in alternativen Verwendungen in der Entwicklungspolitik oft nur mit großen Einschränkungen verwenden können. Im konkreten Fall wird es immer darauf ankommen, sich in den Vorüberlegungen

zur Industrialisierungspolitik primär anderer theoretischer Ansätze zu bedienen.

Insbesondere gelingt es Hirschman nicht, das Interdependenzproblem einer neu etablierten Industrie zu lösen, wie dies im theoretischen Ansatz des "balanced-growth" sehr viel überzeugender gelingt.

Eine Politik der Maximierung von Kopplungseffekten wird auch nicht gleichermaßen in unterentwickelten Gebieten verschiedener Entwicklungsstufen zum gewünschten Erfolg führen. Das entscheidende Handicap ist in solchen Gebieten meist der fehlende Absatzmarkt.

Gerade in der uns beschäftigenden Fragestellung der Industrialisierung peripherer Gebiete könnte jedoch die Anwendung derartiger Überlegungen einigen Erfolg versprechen; geht es doch in solchen Fällen darum, eine stagnierende Region innerhalb einer hochentwickelten Wirtschaft zu entwickeln.

Den Angriff gegen die balanced-growth-Theorie dehnt Hirschman auch auf die Infrastrukturpolitik aus. Auch hier kommt es nach seiner Meinung mehr darauf an, "efficient-sequences" auszulösen. Die Frage nach der Priorität von Investitionsvorhaben sollte so entschieden werden, daß man einen Vergleich darüber anstellt, mit welcher Stärke ein Prozeß in einem Gebiet einen anderen induziert.[1)] Behalte man diese Strategie im Auge, so spreche sehr viel dafür, ein "development via shortage of social-overhead-capital" anzustreben. Die reichliche Zurverfügungstellung von "social-overhead-capital" sei nämlich im wesentlichen "permissive", d.h. lediglich einladend. Bestehende Investitionsmotive würden nur verstärkt. Die gegenteilige Wirkung ginge jedoch von einer Entwicklungsstrategie "via shortage of social-

---

[1)] Vgl. Hirschman, Albert O., The Strategy of Economic Development, a.a.O., S. 79 ff.

overhead-capital" aus.[1] Dabei würden so erhebliche Pressionen auftreten, daß im folgenden Schritt der Ausbau der Infrastruktur praktisch erzwungen wird.

Die Hirschmanschen Gesichtspunkte stellen in der Tat eine sehr wichtige Ergänzung der bisher abgeleiteten Investitionskriterien dar. Bestehen zwischen verschiedenen Entwicklungsvorhaben solche nicht mehr in quantitativer ökonomischer Analyse zu erfassenden qualitativen Beziehungen der Art, daß eine Entwicklungsstrategie der anderen im Hinblick auf die Auslösung dynamischer Wachstumsanreize überlegen ist, so kommt in den ökonomischen Kalkül ein nicht zu unterschätzender Unsicherheitsbereich. Insgesamt wird man die Hirschmanschen Überlegungen als einen interessanten Versuch zur Erweiterung der quantitativen ökonomischen Analyse werten müssen, der bei der Entwicklungsplanung nicht aus dem Auge verloren werden sollte.

---

[1] Vgl. Hirschman, Albert O., The Strategy of Economic Development, a.a.O., S. 13
"... if we endow an underdeveloped country with a first-class highway network, with extensive hydroelectric and perhaps irrigation facilities, can we be certain that industrial and agricultural activity will expand in the wake of these improvements? Would it not be less risky and more economical first to make sure of such activity, even though it may have to be subsidized in view of the absence of adequate transportation and power, and then let the ensuing pressures determine the appropriate outlays for SOC and its location? As examples of this type of sequence, one may cite the development of Japan, Turkey and, to a considerable extent, of the USSR."

§ 14 Zusammenfassende Sichtung der Ergebnisse für eine regionale Entwicklungspolitik

Abschließend soll noch einmal in kurzen Zügen der Gang der bisherigen Untersuchung nachgezeichnet werden, um damit gleichzeitig die wesentlichen Ergebnisse in die Erinnerung zurückzurufen:

1) Wie im ersten Teil der Arbeit gezeigt wurde, läßt sich mit den verschiedenen standorttheoretischen Ansätzen deutlich zeigen, daß es bei der Entstehung eines räumlichen Gleichgewichtes zur Herausbildung unterschiedlicher Produktionsstrukturen mit einem deutlichen Gefälle zur Peripherie hin kommen muß. Da die zur Peripherie hin abnehmende "Tragfähigkeit" des Bodens jedoch nicht gleichermaßen von einer abnehmenden Dichte der Besiedelung begleitet wird, werden die regionalen Disparitäten von gleichlaufenden Unterschieden in der räumlichen Einkommensverteilung begleitet.

2) Dieser räumliche Gleichgewichtsprozeß kann allerdings immer nur ein relatives Optimum herbeiführen, da die Einschmelzbarkeit der produzierten Produktionsmittel im Raume nur sehr unvollständig gegeben ist. Ist der Transportkostenschutz groß genug, um etwa sich im historischen Prozeß neu ergebende Produktionskostenvorteile überzukompensieren, so setzt sich die Tendenz zur optimalen Standortstruktur nicht durch.

3) Zudem kommen bei einer Störung des räumlichen Gleichgewichtes die immanenten Korrekturkräfte nur sehr unvollständig zum Zuge. Vielfache Faktoren wirken darauf hin, daß auch die Realisierung eines relativen räumlichen Optimums nicht gewährleistet wird. Die privatwirtschaftlich orientierte Standortwahl garantiert also in keiner Weise, daß sich auch die Volkswirtschaft als Ganzes optimal entwickelt. Für die

Herausbildung einer optimalen Standortstruktur erweist sich damit die Mobilitätspolitik allein als nicht ausreichend.

4) Die europäische Integration wird tendenziell zu einer weiteren Verschärfung der bestehenden regionalen Ungleichgewichte führen. Die durch künstliche Staatsgrenzen im europäischen Kerngebiet erreichte nationalstaatliche Deglomeration, welche gleichzeitig eine räumliche Diversifizierung der Produktionsstrukturen herbeigeführt hat, wird sich im Verlaufe der europäischen Integration tendenziell wieder zurückbilden. Die schon bestehenden schwerindustriellen Zentren werden also durch die europäische Integration weiter begünstigt.

5) Aus all dem ergibt sich die Forderung nach regionalpolitischen Maßnahmen. Für den Fall der europäischen Randgebiete wurde erkannt, daß Regionalpolitik und Industrialisierung weitgehend identisch sind. Wie gezeigt wurde, kommt es darauf an, die peripheren Gebiete mit Marktzentren zu versehen, die eine parallele Intensivierung der von ihnen abhängigen Zonen überhaupt erst ermöglichen.

6) Aus der Forderung nach Industrialisierung der europäischen Peripherie ergab sich die Frage nach den Kriterien einer solchen raumwirtschaftlich orientierten Entwicklungspolitik.

   Die Wirtschaftspolitik gerät in diesem Zusammenhang in eine nicht geringe Verlegenheit. Die der statischen Gleichgewichtstheorie immanenten Optimalbedingungen erweisen sich im Zusammenhang mit entwicklungspolitischen Fragestellungen weitgehend als unzulänglich. Die "bare bones of economic logic" der ökonomischen Statik müssen im Zusammenhang einer langfristigen evolutorischen Betrachtung zwangsläufig versagen, da die ceteris-paribus-Klausel im Zusammenhang mit dem Entwicklungsphänomen nicht anwendbar ist.

7) Besonders folgenschwer erweist sich beim Verlassen des statisch-stationären Gleichgewichtsmodells die Tatsache, daß das vorhandene Preissystem aufhört, zuverlässige Anhaltspunkte über den zukünftigen Pfad der Entwicklung zu geben. Damit ist auch nicht mehr gewährleistet, daß die soziale Effizienz von Investitionen vom vorhandenen Preissystem hinreichend signalisiert wird. Das langfristige statisch-stationäre walrasianische Optimum setzt die Abwesenheit pekuniärer externer Effekte voraus; in der dynamischen Wirtschaft auf dem Wege zum Gleichgewicht kommt es darauf an, neben dem privaten Ertrag einer Investition die Summe der externen Effekte zu berücksichtigen. Während man in der Theorie keine Schwierigkeiten hat, diese externen Effekte in das statische Grenzproduktivitätskriterium einzubauen, wird ein solches Investitionskriterium für den Wirtschaftspolitiker wenig operabel: Seine Anwendung setzt die Kenntnis des gesamten zukünftigen Pfades der Entwicklung voraus. In den tatsächlichen Ermessensspielraum kommt dadurch ein beträchtlicher Unsicherheitsbereich. Nicht zuletzt dies Dilemma steht - wie wir sahen - am Ausgangspunkt nach den Forderungen eines "balanced growth".

8) Auch die Anwendung eines dynamisierten statischen Grenzproduktivitätskriteriums führt noch nicht notwendigerweise zu einer optimalen Entwicklung. Um über eine optimale Entwicklungspolitik irgendwelche Aussagen zu machen, muß vielmehr notwendigerweise vorher eine Zielfunktion definiert sein, die vom Wirtschaftspolitiker maximiert werden soll.

   Wie festgestellt wurde, ist die Definition einer solchen sozialen Wohlfahrtsfunktion für die Entwicklungspolitik von entscheidender Bedeutung. Verschieden definierte Funktionen beinhalten durchaus verschiedene Entwicklungspolitiken. Stellt man sich beispielsweise auf den Standpunkt, daß die Hebung des Prokopfkonsums nur das letzte Ziel der Wirt-

schaftspolitik ist, so kommt man zu einer ganz anderen Empfehlung wie bei der Voraussetzung einer durch individuelle Präferenzen determinierten Wohlfahrtsfunktion. Letztere würde beinhalten, daß eine Entwicklungspolitik angestrebt wird, die den Gegenwartswert des sich im weiteren Wachstum ergebenden Nettowertes an Konsumgütern maximiert.

Diese beiden grundverschiedenen entwicklungspolitischen Ansätze lassen sich allerdings zu einer Synthese führen: Die Priorität von Entwicklungsprojekten ergibt sich durch die Höhe ihres marginalen Wachstumsbeitrages, für dessen Wert es wiederum entscheidend darauf ankommt, mit welchem Zinssatz die zukünftigen Güterströme diskontiert werden.

Geht man so vor, so wird deutlich, daß die kapitalintensive Strategie zur Erzielung eines maximalen Wachstums der traditionellen an der relativen Knappheit der Produktionsfaktoren orientierten Investitionspolitik erst im Augenblick eines niedrigen Diskontsatzes für die Zukunftsgüter überlegen ist. Damit bestätigt sich die Richtigkeit des erweiterten Grenzproduktivitätskriteriums, in dem es darum ging, die Differenz von sozialem Gesamtwert und sozialen Kosten einer Investition ein Maximum werden zu lassen.

9) Die Grenzen dieses Investitionskriteriums wurden allerdings im Vorhandensein von nicht mehr in quantitativer ökonomischer Analyse zu erfassenden qualitativen Beziehungen zwischen verschiedenen Entwicklungsvorhaben erkannt. Qualitative Beziehungen der Art, daß eine Entwicklungsstrategie der anderen im Hinblick auf die Auslösung dynamischer Wachstumsanreize überlegen ist, bringen in den ökonomischen Kalkül einen nicht zu unterschätzenden Unsicherheitsbereich.

Die zusammenfassende Sichtung unserer Überlegungen läßt zu dem Schluß kommen, daß einfache Maßstäbe des "gesunden Menschenverstandes" in der Entwicklungspolitik nicht existieren. Die Kriterien der statischen Gleichgewichtstheorie müssen für eine regionale Entwicklungstheorie wesentlich erweitert werden. Wichtige Aspekte des Gesamtproblems werden übersehen, wenn man in der Entwicklungspolitik lediglich mit statischen Begriffen unter Zuhilfenahme der ceteris-paribus-Klausel arbeitet.

Unter Berücksichtigung der im ersten Teil der Untersuchung abgeleiteten standorttheoretischen Ergebnisse kommt man allerdings zu dem Resultat, daß zwischen den auf der Standorttheorie und den auf einer sinnvoll erweiterten raumlosen walrasianischen Gleichgewichtstheorie basierenden wirtschaftspolitischen Empfehlungen kein Widerspruch zu bestehen braucht. Vielmehr herrscht zwischen beiden ein Verhältnis enger Ergänzung. Die Standorttheorie muß die Ergebnisse der (raumlosen) Gleichgewichtstheorie mit heranziehen, um die Grundlage für rationale Investitionsentscheidungen zu liefern; auf der anderen Seite ist auch der Gleichgewichtstheoretiker in der praktischen Industrialisierungspolitik ohne standorttheoretische Überlegungen als Wirtschaftspolitiker zum Scheitern verurteilt.

K A P I T E L I

Entstehung, Ausmaß und Erklärungsversuch der Disparitäten zwischen Nord- und Süditalien

§ 15 Die Entstehung eines wirtschaftlichen Notstandgebietes im Mezzogiorno

Als Mezzogiorno wird der südlich von Rom beginnende Teil Italiens bezeichnet, der aus folgenden Provinzen besteht: dem südlichen Latium, Abruzzen und Molise, Kampanien, Puglien, Basilikata, Kalabrien sowie den Inseln Sizilien und Sardinien (vgl. die umstehende Karte). Damit decken sich die Grenzen des Mezzogiorno weitgehend mit denen des früheren Königreiches beider Sizilien, das im Risorgimento des Jahres 1861 mit dem nördlichen Italien vereinigt wurde.

Das gesamte Gebiet des Mezzogiorno umfaßt 12.304.000 ha, d.h. 40,9 % des italienischen Territoriums. Davon bestehen 31 % aus Bergen, 54 % aus Hügeln und 14 % aus Ebene.[1)2)]

Die landwirtschaftlich nutzbare Fläche liegt im Mezzogiorno bei 96 % und in Norditalien bei 90 %.[2)] In diesem Gebiet lebten im Jahre 1861 9,8 Mio Menschen, was 37,3 % der gesamten damaligen Bevölkerung Italiens (26,33 Mio) entsprach.[3)]

Bis zum Jahre 1964 hat sich die Wohnbevölkerung des Mezzogiorno zwar um 10 Mio, d.h. auf 19,8 Mio Einwohner erhöht, der Prozentsatz des Anteils an der gesamten italienischen Bevölkerung (52,4 Mio) ist jedoch mit 37,7 %

---

1) Die entsprechenden Zahlen für Norditalien sind 44 % (Berge), 30 % (Hügel) und 26 %(Ebene).

2) Vgl. SVIMEZ (Associazione per lo sviluppo dell'industria nel Mezzogiorno): Statistiche sul Mezzogiorno d'Italia 1861 - 1953, Roma 1954, S. 2.

3) Vgl. Tabelle I im Anhang

TRENTINO ALTO ADIGE
FRIULI VENEZIA GIULIA
VALLE D'AOSTA
LOMBARDIA
VENETO
PIEMONTE
EMILIA - ROMAGNA
LIGURIA
Centro-Nord
TOSCANA
MARCHE
UMBRIA
ALTO LAZIO
ABRUZZ E MOLISE
ROMA
LAZIO MERID.
CAMPANIA
PUGLIA
BASILICATA
Mezzogiorno
SARDEGNA
CALABRIA
SICILIA

bemerkenswert stabil geblieben.[1)]

Im Risorgimento des Jahres 1861 wurde nun der feudalistische Agrarstaat der Bourbonen, in dem eine Klasse reicher Grundbesitzer seit Jahrhunderten ein verarmtes Bauernproletariat beherrschte, mit dem modernen, westeuropäisch ausgerichteten Staatswesen des Nordens, in dem sich schon deutliche dynamische Ansätze einer beginnenden Industrialisierung herausgebildet hatten, integriert. Insbesondere hatte sich im Norden schon seit langer Zeit ein breites mittelständisches, handwerkliches und kaufmännisches Bürgertum entwickelt.[2)]

Im Augenblick des Risorgimento sind daher im Norden bereits deutliche Ansätze einer beginnenden Standortdynamik mit Kristallisationspunkten für eine Industrialisierung festzustellen, während dagegen im Süden Armut und stagnierende Wirtschaftsverhältnisse vorherrschen.[3)]

Obwohl feststeht, daß der Süden Italiens als der entschieden ärmere Partner in den gemeinsamen Nationalstaat eintrat, zeigen die verfügbaren Statistiken doch, daß der relative Abstand zwischen Nord und Süd im Jahre 1861 wesentlich geringer war als heute. Mit 1,4 Mio Beschäftigten in der Industrie war Süditalien im Jahre 1861

---

1) Vgl. Comitato dei Ministri per il Mezzogiorno, Relazione sulla attività di coordinamento, Volume Secondo, Roma 1965, S. 67.
Eine solche "Relazione sulla attività di coordinamento" wird aufgrund des Gesetzes v. 18.März 1959 Nr. 101 seit 1960 jedes Jahr herausgegeben. In diesem Dokument wird jährlich über den Stand der Industrialisierungsbemühungen für den Mezzogiorno berichtet, künftig wird dieses Dokument als Relazione 1965 bzw. 1960/64 zitiert werden.

2) Vgl. in diesem Zusammenhang die ausführlichen historischen Darstellungen von Vöchting, Friedrich, Die italienische Südfrage, Entstehung und Problematik eines Notstandsgebietes, Berlin 1951, S. 41 ff.

3) Hierauf hat Giustino Fortunato, einer der bedeutendsten Meridionalisten schon sehr früh hingewiesen, vgl. Fortunato, G., La questione meridionale e la riforma tributaria, in: B. Caizzi (Hrsg.), Antologia della questione meridionale, Milano 1955, S. 207 ff.

dem Norden (1,8 Mio) zahlenmässig nur geringfügig unterlegen. Prozentual gesehen war 1861 sogar ein größerer Anteil der Bevölkerung des Südens in der Industrie beschäftigt (24,5 %) als im Norden (18,2 %). Dies Verhältnis änderte sich jedoch sehr bald. Bis zum Jahre 1951 hatte sich der Anteil der in der Industrie Beschäftigten für den Mezzogiorno im Vergleich zum Jahre 1861 lediglich um 100 Mio erhöht, relativ war er auf 22,7 % der Gesamtbeschäftigung abgesunken. Dagegen war die Industriebeschäftigung des Nordens auf 4,8 Mio angestiegen, was fast 37 % der Gesamtbeschäftigten ausmachte (vgl. Tabelle II im Anhang).

Tatsächlich bietet die italienische Wirtschaftsgeschichte ein sehr lehrreiches Exempel dafür, was mit dem unterlegenen Partner in einer wirtschaftlichen Integration geschieht, wenn keine besonderen Gegenmaßnahmen ergriffen werden und man "natürlichen" Gleichgewichtsmechanismen vertraut.

Eine der ersten nach der Integration erfolgenden Maßnahmen war die Vereinheitlichung des Zollsystems. Ein neuer gesamtitalienischer Außenzoll wurde geschaffen. Die nicht unbedeutende Textilindustrie des Königreiches Neapel war dadurch nunmehr nicht nur der Konkurrenz des rationell arbeitenden italienischen Nordens völlig schutzlos preisgegeben, sondern zudem war der neue Außentarif für die Erzeugnisse der Textilindustrie wesentlich näher am früheren piemontesischen Tarif gelegen als am bourbonischen. Dies wird aus der nachfolgenden Tabelle deutlich.

Tabelle 2

Zolltarif für die italienische Textilindustrie nach dem Risorgimento 1861 (Lire per 100 Kg)*)

	früherer Tarif		Neuer Tarif
Produkt	Königreich Piemont	Königreich Neapel	Königreich Italien
Baumwollgarn	20	28	10
Baumwollstoff	75	90	40
Rohwolle	frei	21	frei
Wollgarn	60	193	40
Wolltuch	300	frei	140

*) Quelle: Milone, Ferdinando, Della distribuzione delle industrie in Italia, Rivista di Politica Economica, Gennaio 1953, S. 52

Hatte der gesamte Zollschutz des Südens den der Nordindustrie vor 1861 etwa um das Vierfache übertroffen[1], so war der Zolltarif für das neue Königreich Italien insgesamt sehr viel näher an den Verhältnissen des Nordens orientiert. Die neue Zollpolitik kostete daher den Süden etwa 80 % seines früheren Zollschutzes.[2]

Die Folgen solch einseitiger Maßnahmen konnten nicht ausbleiben. Beispielsweise kam es in der Baumwollindustrie Salernos zu einer ernsten Krise.[3]

Als der italienische Zentralstaat dann in den achtziger Jahren zu einer hochprotektionistischen Zollpolitik überging, konnte die Industrie des Nordens im Mezzogiorno noch besser zum Zuge kommen; dies um so mehr als inzwi-

[1] Vgl. Saraceno, Pasquale, La mancata unificazione economica a cento anni dall'unificazione politica, in: Economia e Storia, Vol. 1, Milano 1960, S. 16 ff.

[2] Vgl. Pubblicazione SVIMEZ, Nr. 36, Il riequilibrio fra il Nord e il Sud d'Italia, Roma 1957, S. 4.

[3] Vgl. zu den Folgen der Zollpolitik für den Mezzogiorno insbesondere Vöchting, Friedrich, Die italienische Südfrage ...., a.a.O., S. 203 ff.

schen die Eisenbahnverbindung zum Norden hergestellt worden war. Wie nämlich aus den Statistiken hervorgeht, gab es im Moment des Risorgimento im Königreich Neapel lediglich 184 km Eisenbahnlinie, und zwar im Raum der Hauptstadt. Dagegen bestanden im Norden 1861 bereits 2.336 km Eisenbahnlinien (93 % des Gesamtnetzes). Bis zum Jahre 1886 wurde allerdings das Eisenbahnnetz des Südens außerordentlich stark erweitert, und zwar auf 4.021 km, während sich das Netz des Nordens auf 7.180 km ungefähr verdreifachte. Der Süden verfügte damit im Jahre 1886 über ca. 36 % des italienischen Gesamtnetzes.[1)]

Dieser nicht zuletzt aus strategischen Gesichtspunkten forcierte Eisenbahnbau hatte jedoch die Folge, daß für die komparativ unterlegene Südindustrie auch noch der bisherige Transportkostenschutz entfiel. Ein wesentliches Element des Fortschritts, der Eisenbahnbau, verwandelte sich somit für den Süden in ein Krisenmoment.[2)]

Seit dem Jahre 1881 läßt sich dann auch im Mezzogiorno für Jahrzehnte tatsächlich nicht nur ein relativer, sondern auch ein fortgesetzter absoluter Rückgang der im industriellen Sektor Beschäftigten feststellen. Dagegen entfaltete der Norden eine zunehmende Dynamik. Die Beschäftigung in der Industrie erhöhte sich dort von 1,8 Mio (1861) auf 3,2 Mio im Jahre 1921.[3)]

Zudem wurde der Mezzogiorno nicht nur durch die Ausdehnung des rigorosen piemontesischen Steuersystems außerordentlich benachteiligt, sondern darüber hinaus wurden die Steuereinnahmen des Südens im wesentlichen im Norden verausgabt. Nach der Berechnung von Nitti lag der Steuerverausgabungsquotient (das Verhältnis von Steuereinnahmen und -ausgaben) in Ligurien bei 1,4, in Latium

---

1) Quelle: Il Centenario delle ferrovie italiane 1839 - 1939, Roma 1940, S. 316.

2) Vgl. hierzu Saraceno, Pasquale, La mancata unificazione economica .... a.a.O., S. 28.

3) Vgl. hierzu im einzelnen Tabelle II des Anhangs.

bei 1,2, in der Toskana bei 1,0, jedoch in Sizilien bei 0,8, in Kalabrien bei 0,6, in der Basilikata bei 0,5 und in Apulien bei 0,4.[1)]

Wie durch die Besteuerung, so wurde auch durch das Bankensystem eine Benachteiligung des Südens hervorgerufen. Mit dem Auszug der Bourbonen verlor Neapel als Bankplatz an Bedeutung. Für die ganze Zeit bis 1950 läßt sich nachweisen, daß ein ständiger Kapitaltransfer zugunsten des Nordens stattfand.[2)]

Schließlich wurde der Norden durch die Ausbeutung natürlicher Elektrizitätsquellen zunehmend begünstigt. Die im Norden zur Verfügung stehende Wasserkraft ermöglichte nach der Erfindung der Turbine eine Ausnutzung der dort vorhandenen Wasserkraft. Noch im Jahre 1960 wurden lediglich 13,7 % der Hydroelektrizität und 22,2 % der Thermoelektrizität im Mezzogiorno gewonnen. Insgesamt lag der Anteil des Mezzogiorno an der möglichen elektrischen Nutzkapazität Gesamtitaliens bei lediglich 16,2 %.[3)]

Insgesamt lassen die sich seit 1861 zu beobachtenden Erscheinungen im Mezzogiorno kaum besser resümieren als mit der Feststellung des Economic Survey of Europe in 1953: "When an economy is comparatively weak, as the southern economy was, it is more likely to be hurt than to be spurred by any kind of external shock".[4)]

Tatsächlich kam es so zwischen Nord- und Süditalien in zunehmendem Maße nicht zu "automatischen" Ausgleichspro-

---

1) Vgl. Nitti, Francesco, La ricchezza dell'Italia. Quanto è ricca l'Italia, come è distribuita la ricchezza in Italia, Torino-Roma, 1905, S. 83

2) Vgl. Molinari, Alessandro, Origine e portata del dislivello fra il Nord e il Sud dell'Italia, in: Bolletino Informazione SVIMEZ, Nov. 1956, S. 983 ff.

3) Vgl. Istituto Centrale di Statistica, Annuario Statistico Italiano 1961, Roma 1962, S. 220.

4) Vgl. United Nations Economic Bulletin for Europe 1953, darin: Economic Survey of Europe in 1953, Geneva 1954, S. 133.

zessen, sondern zu den bereits im ersten Teil beschriebenen kumulativen Bewegungen, die immer mehr vom Gleichgewicht wegführten.[1)]

Der Staat stand diesen Erscheinungen zunächst völlig passiv gegenüber. So klafften die beiden Gebiete mit der Zeit immer mehr auseinander.[2)]

Zirkuläre kumulative Prozesse setzten ein. Aufgrund der stärkeren Dynamik im Norden kam es zu einer sich beschleunigenden Entwicklung auf breiter Front. Die Industrien gerieten zunehmend in den Bereich der Kostendegression. Immer mehr bildeten sich in den Wachstumspolen des Nordens die im ersten Teil ausführlich analysierten dynamischen Prozesse heraus. Die immer mehr verfügbaren "external economies" schlugen sich in den unternehmerischen Kalkulationen nieder, die Industrie des Südens blieb auf die Dauer immer hoffnungsloser zurück.

Darüber hinaus konnte der Norden aus einem kaum versiegenden Arbeitsreservoir schöpfen, denn zu den reichlich vorhandenen Arbeitskräften kam alsbald noch eine ständige Binnenwanderung süditalienischer Arbeitskräfte. Wie überreichlich das Arbeitsangebot auch im Norden war, mag daraus hervorgehen, daß von 1871 - 1911 aus diesem Gebiet 2,375 Mio Menschen auswanderten; im Süden waren es in der gleichen Zeit 1,812 Mio.[3)] Seit 1911 ist die Emigration aus dem Norden praktisch zum Stillstand gekommen; im Süden waren es jedoch von 1911 - 1951 weitere 2,733 Mio Menschen, die ihre Heimat verließen.[4)]

Über lange Zeiten hinweg können daher auch die Löhne im Norden kaum gestiegen sein. Die dynamischen Standort- und Agglomerationsvorteile eines sich entwickelnden Industriegebietes mußten sich unter solchen Umständen als

---

1) Vgl. in diesem Zusammenhang die Ausführungen in § 7

2) Vgl. hierzu die Entwicklung der Beschäftigung nach Sektoren in Tabelle II des Anhangs

3) Vgl. Tabelle III des Anhangs

4) Vgl. Tabelle III des Anhangs

sehr viel stärker erweisen, als daß sich eine etwaige Lohndifferenzierung zugunsten des Südens als Gegenkraft hätte bemerkbar machen können. Auch arbeitsintensive Produktionen brauchten daher nicht in den Süden zu wandern.

Der sich vertiefende Nord-Süd-Gegensatz wurde in Italien selbst schon relativ früh erkannt. Bereits um 1900 erschien die erste Literatur zum Mezzogiornoproblem.[1)]

Interessanterweise begann bereits unmittelbar nach 1861 eine Spezialgesetzgebung zugunsten des Südens; bereits im Jahre 1904 wurde ein Gesetz über die Errichtung einer Industriezone in Neapel erlassen.[2)]

Der praktische Nutzen all dieser Maßnahmen war jedoch überaus gering. Nachdem in der faschistischen Ära das Mezzogiorno-Problem im Zeichen der Autarkiepolitik, in deren Rahmen man den Süden als "Kornkammer" brauchte, geflissentlich übersehen wurde, stellte sich die Südfrage nach dem Kriege in verstärktem Ausmaß, nicht zuletzt auch deshalb, weil der Krieg vor allem den Mezzogiorno in Mitleidenschaft gezogen hatte.[3)]

Vor allem angesichts der immer deutlicher werdenden politischen Radikalisierung der Südgebiete wurde eine planvolle Entwicklungspolitik für den Mezzogiorno dann ab 1950 mit der Gründung der Cassa per il Mezzogiorno in Angriff genommen.

---

1) Zu nennen wäre in diesem Zusammenhang insbesondere das Werk von Giustino, Fortunato, Il Mezzogiorno e lo Stato Italiano, Discorsi politici (1880 - 1910), Firenze 1926, sowie Cicotti, Ettore, Sulla questione meridionale, Scritti e discorsi, Milano 1904.

2) Es handelt sich um das Gesetz Nr. 351 vom 8. Juli 1904, vgl. hierzu Legislazione per il Mezzogiorno, 1861 - 1957, Roma 1957; Vol. I: 1861 - 1925, Vol. II: 1925 - 1957.

3) Der Economic Survey of Europe in 1953 beziffert die Kriegszerstörungen der industriellen Kapazität des Nordens auf 18 %, die des Südens auf 28 %. (Vgl. Economic Survey of Europe in 1953, Geneva 1954, S. 135.)

§ 16 Das Wohlstandsgefälle zwischen Nord- und Süditalien

Der Mezzogiorno umfaßt ca. 41 % des gesamten italienischen Territoriums. In diesem Gebiet lebten im Jahre 1951 17,7 Mio Einwohner, d.h. 37,5 % der gesamten italienischen Bevölkerung.[1)]

Bis zum Jahre 1964 hat sich die Wohnbevölkerung des italienischen Südens auf 19,8 Mio Einwohner, d.h. auf 37,7 % der Gesamtbevölkerung erhöht.

Wie die nachstehende Tabelle zeigt, entfallen auf diese 38 % der Gesamtbevölkerung jedoch nur ca. 24 % des Nettoinlandproduktes.[2)]

Tabelle 3

Nettoinlandprodukt nach Erzeugungsbereichen 1951/1964 in Mrd. Lire*)

	I Land- u. Forstwirtsch.		II Industrie		III Sonstige Aktivitäten (IV./.I+II)		IV Nettoinl.-produkt zu Faktorkosten	
	Mrd. Lire	%	Mrd. Lire	%	Mrd. Lire	%	Mrd. Lire	%
	1951							
Mezzogiorno	765	35,4	478	14,9	594	26,6	1837	24,2
Centro-Nord	1393	64,6	2735	85,1	1636	73,4	5764	75,8
Gesamtital.	2158	100,0	3213	100,0	2230	100,0	7601	100,0
	1964							
Mezzogiorno	1422	38,7	1569	15,2	2465	27,8	5456	23,9
Centro-Nord	2246	61,3	8761	84,8	6406	72,2	17413	76,1
Gesamtital.	3668	100,0	10330	100,0	8871	100,0	22869	100,0

*) Quelle: Relazione 1965/II, S. 56.

1) Vgl. Relazione 1960, S. 90

2) Nettosozialprodukt zu Marktpreisen ./. indirekte Steuern ./. Außenhandelsüberschuß

Bemerkenswerterweise hat sich dieser relative Anteil des Südens am gesamten italienischen Volkseinkommen seit 1951 trotz vierzehnjähriger Industrialisierungsanstrengungen, die in der Folge noch näher behandelt werden, kaum verändert.

Berechnet man das Prokopfeinkommen im Süden Italiens zu konstanten Preisen von 1954, so hat sich dies von 1951 - 1964 von 126.000 Lire auf 211.000 Lire erhöht (+ 67,3 %); im Norden stieg es von 244.000 Lire auf 465.000 Lire (+ 90,6 %).[1)]

Faßt man das Prokopfeinkommen als Wohlstandsindex auf und setzt man das gesamtitalienische Prokopfeinkommen = 100 %, so bleibt festzustellen, daß sich das Wohlstandsgefälle zwischen Nord- und Süditalien innerhalb von 14 Jahren absolut kaum verändert hat. Lag das südliche Durchschnittseinkommen im Jahre 1951 bei 59,5 % des italienischen Durchschnittes, so war es bis zum Jahre 1964 auf 60,1 % angestiegen.[2)] Trotzdem dürfte sich der aus dem Einkommenswachstum resultierende Nutzenzuwachs für den Mezzogiorno wesentlich höher stellen als für den Norden, da der Grenznutzen der Geldeinheit aufgrund des niedrigeren Ausgangsniveaus im Süden wesentlich höher anzusetzen ist. Diese Feststellung gewinnt ihre besondere Akzentuierung, wenn man sich zudem vor Augen hält, daß die Einkommensverteilung des Mezzogiorno wesentlich ungleicher ist als die des Nordens. Der süditalienische Durchschnitt kann daher mit dem norditalienischen kaum verglichen werden.[3)]

Man muß sich ferner darüber im klaren sein, daß sich hinter der Angabe eines durchschnittlichen Prokopfein-

---

1) Vgl. Tabelle IV im Anhang

2) Vgl. Tabelle IV im Anhang

3) Leider sind die Statistiken in dieser Hinsicht besonders spärlich. Zur Verfügung steht lediglich eine Untersuchung aus dem Jahre 1948. Aus ihr geht hervor, daß 54 % der Familien des Südens auf die unterste Einkommenskategorie (bis zu 390 000 Lire pro Jahr) entfielen. Der entsprechende Prozentsatz für den Norden lag bei 34,8 %. (Vgl. SVIMEZ, Statistiche sul Mezzogiorno d'Italia, a.a.O., S. 684)

kommens für Nord- bzw. Süditalien eine sehr heterogene Wirklichkeit verbirgt. Tagliacarne hat in einer umfangreichen Untersuchung in Auswertung der Unterlagen des italienischen statistischen Amtes unter Zuhilfenahme sekundärer Wohlstandskriterien das Prokopfeinkommen der italienischen Provinzen für das Jahr 1962 berechnet.[1)]

Wie im einzelnen aus der im Anhang beigefügten Tabelle V hervorgeht, verhalten sich die Unterschiede im italienischen Prokopfeinkommen nach Provinzen berechnet wie 1 : 4,4. Setzt man das mittlere Prokopfeinkommen Gesamtitaliens gleich 100 %, so lag der Index der ärmsten Provinz (Cosenza) bei 44,2, der Index der reichsten Provinz (Milano) dagegen bei 194,9. Allein innerhalb des Mezzogiorno bestehen Unterschiede im Prokopfeinkommen von mehr als 1 : 2. Das Einkommen der reichsten Provinz des Mezzogiorno (Siracus) liegt mit 93,9 % nahe am italienischen Durchschnitt.[2)]

Betrachtet man schließlich einige verfügbare sekundäre Wohlstandskriterien, so bestätigt sich das aus der Analyse des Prokopfeinkommens gewonnene Urteil über die bestehenden erheblichen regionalen Wohlstandsdifferenzen innerhalb Gesamtitaliens.[3)] Im Jahre 1958 verhielt

---

1) Vgl. Tagliacarne, Guglielmo, Calcolo del reddito prodotto dal settore privato e dalla pubblica amministrazione nelle provincie e regioni d'Italia nel 1962 e confronto col 1961. Indici di alcuni consumi e del risparmio bancario, Moneta e Credito, Settembre 1963, S. 360 - 439.

2) Es liegt auf der Hand, daß derartige Berechnungen ein nicht unerhebliches Willkürmoment beinhalten, da Provinzen als Berechnungseinheit für das Prokopfeinkommen selbstverständlich keine homogene Bezugseinheit darstellen. Im Idealfall müßte man das Staatsgebiet Italiens in Planquadrate unterteilen, um tatsächlich signifikante Aussagen über die räumlichen Unterschiede im Prokopfeinkommen zu erhalten. Leider läßt sich ein solches Verfahren aus Mangel an Statistiken nicht durchführen. Immerhin geben auch die hier vorgelegten Zahlen einen Hinweis auf das erhebliche Nord-Südgefälle.

3) Vgl. Relazione 1960, S. 150 ff.

sich der Fleischverbrauch pro Kopf zwischen Nord- und Süditalien wie 1,9 : 1; die vorhandenen Telefonanschlüsse wie 4,1 : 1; die gemeldeten Radiogeräte wie 1,9 : 1; die Ausgaben für Kinobesuche wie 1,9 : 1; die neu zugelassenen Wagen wie 2,3 : 1; und schließlich der Energiekonsum für Haushaltszwecke wie 2,5 : 1.

Die produktivitätsmäßige Unterlegenheit der Landwirtschaft[1] mag durch folgende Zahlen belegt werden[2]: Der Verbrauch von Stickstoffdünger je Hektar verhielt sich im Jahre 1958 zwischen Nord und Süd wie 1,4 : 1; der Verbrauch von Phosphordünger je ha wie 1,8 : 1[3]; das Verhältnis der verfügbaren Traktoren verhielt sich wie 3,3 : 1.

Die Unterlegenheit des Mezzogiorno bestätigt sich besonders auch bei einer Untersuchung der Statistiken über das Analphabetentum.[4] Im Jahre 1961 lag der Prozentsatz der Analphabeten im Süden noch bei 16,1 %, im Norden waren es nur noch 4,1 %. Obwohl die Analphabeten des Südens innerhalb von 100 Jahren seit 1861 von 87,1 % der Bevölkerung auf 16,1 % abgesunken sind, hat sich das Verhältnis zwischen den Analphabeten in Nord und Süd seit 1861 laufend verschlechtert.

---

1) Wie aus Tabelle II des Anhangs hervorgeht, waren im Jahre 1960 noch 44,3 % der erwerbstätigen Wohnbevölkerung des Mezzogiorno im Agrarsektor beschäftigt gegen 27,1 % der erwerbstätigen Wohnbevölkerung des Nordens.

2) Vgl. Relazione 1960, S. 153 f.

3) Hier hat sich allerdings gegenüber dem Jahre 1950 schon eine beträchtliche Verbesserung der Relationen ergeben. Damals lagen die entsprechenden Werte für Stickstoffdünger bei 2,2 : 1, und für Phosphordünger sogar bei 2,4 : 1.

4) Vgl. Tabelle VI im Anhang

Tabelle 4

Entwicklung des Verhältnisses zwischen den Analphabeten von Nord- und Süditalien[1)]

1861	1871	1901	1911	1921	1931	1951	1961
1,3	1,4	2,0	1,9	2,2	2,5	3,8	3,9

Tatsächlich hatte Süditalien auch noch im Jahre 1959 die typische Struktur einer unterentwickelten Volkswirtschaft. Um dies zu beweisen, hat Chenery eine interessante Untersuchung durchgeführt.[2)] Mit Hilfe der Regressionsanalyse destillierte er aus den verfügbaren statistischen Angaben von 50 unterentwickelten Ländern die "typische Produktionsstruktur" einer solchen Volkswirtschaft heraus. Ein Vergleich zwischen den tatsächlichen Prokopfwertschöpfungsziffern des Mezzogiorno und den "normalen" Werten des solcherart errechneten "typisch" unterentwickelten Landes zeigt für den primären Sektor Süditaliens ein Verhältnis von 1,13 zwischen "tatsächlich" und "normal"; dagegen lag die entsprechende Relation im Industriesektor bei 0,92 und im Dienstleistungssektor bei 0,70.[3)]

Auch hinsichtlich der Bevölkerungsdynamik ist der Mezzogiorno als "typisch" unterentwickeltes Gebiet anzusehen. Während die Sterblichkeitsziffern durch den medizinischen Fortschritt seit 1871 um fast zwei Drittel sanken, ermäßigte sich die Geburtenhäufigkeit, die noch im Jahre 1871 in Nord und Süd fast auf dem gleichen Stand von ungefähr 36 ‰ gelegen hatte, im Süden bis zum Jahre 1951 auf 24,6 ‰, im Norden dagegen auf 14,8 ‰. Das Bevölkerungswachstum des Südens war daher im Jahre 1951 mit 14,3 ‰ mehr als dreimal so hoch wie das des Südens (4,5 ‰).[4)]

1) Vgl. auch Tabelle VI im Anhang

2) Vgl. Chenery, Hollis B., Politiche di sviluppo per l'Italia Meridionale, Roma 1962, SVIMEZ (Associazione per lo sviluppo dell'industria nel Mezzogiorno), Serie "Monografie" 6.

3) Vgl. im einzelnen Tabelle VII des Anhangs

4) Vgl. Tabelle VIII des Anhangs

§ 17 Die Hypothese mangelnder regionaler Lohndifferenzierung als Erklärungsversuch für die Entstehung des Mezzogiornoproblems

Nachfolgend soll untersucht werden, inwieweit sich eine mangelhafte Lohndifferenzierung zwischen Nord- und Süditalien ungünstig auf die Industrialisierung des Südens ausgewirkt hat. Eine "natürliche" Arbeitsteilung zwischen Nord und Süd im Wege einer Ansiedelung von vorwiegend arbeitsintensiver Industrie im Süden könnte auf diese Weise verhindert worden sein.

Tatsächlich zeigen die verfügbaren Statistiken, daß der Anteil arbeitsintensiver Industrien im Mezzogiorno ungewöhnlich gering ist. Wie aus der bereits zitierten Untersuchung von Chenery hervorgeht, befanden sich im Jahre 1959 im Mezzogiorno nur 13 % der normalerweise in einem unterentwickelten Lande vorhandenen (arbeitsintensiven) Textilindustrie und nur 71 % der normalerweise vorhandenen (arbeitsintensiven) Bekleidungs- und Lederindustrie.[1)]

Bekanntlich weist gerade die arbeitsintensive Bekleidungs-, Leder- und Textilindustrie eine außerordentlich hohe Standortmobilität auf. In neuester Zeit ist dies wiederum durch Untersuchungen der Standortverlagerungsprozesse in der Bundesrepublik bestätigt worden.[2)]

Wie aus der erwähnten Studie des Bundesarbeitsministeriums hervorgeht, haben die arbeitsintensiven Industrien einen sehr hohen Anteil an den Standortverlagerungen und Neugründungen des Zeitraumes 1955 - 1960. Notwendigerweise sind nämlich solche arbeitsintensiven Fertigungen in die Rolle von Pionierindustrien gedrängt, die Standorte aufsuchen müssen, an denen sie wenig Konkurrenz anderer Industrien zu befürchten haben.[3)]

---

1) Vgl. Tabelle VII im Anhang

2) Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Die Standortwahl in der Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum von 1955 bis 1960, Bonn 1961.

3) Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Die Standortwahl ... a.a.O., S. 14.

Ein solcher Prozess setzt allerdings voraus, daß im Abwanderungsgebiet Vollbeschäftigung herrscht und daß die Löhne dort aus diesem Grunde auf breiter Front zu steigen beginnen. Bis zum Ende der fünfziger Jahre gab es allerdings im Norden immer noch eine jährliche Arbeitslosigkeit, die zwischen 1,4 und 1,0 Mio schwankte.[1] Die Situation einer annähernden Vollbeschäftigung wurde im Norden erst Anfang der sechziger Jahre erreicht.

Die Binnenwanderung zwischen Süd und Nord setzte sich jedoch weiterhin in erheblichem Ausmaß fort. Allein zwischen 1960 und 1964 hatte der Norden einen Wanderungsgewinn von fast 1 Mio Einwohnern.[2]

Aus all dem kann man folgern, daß auch im Norden bis zum Anfang der sechziger Jahre nie eine Marktsituation gegeben war, die tatsächlich zu einer erheblichen Knappheit der Arbeitskraft führte. Auch in den "klassischen" arbeitsintensiven Industrien bestand also offenbar für die Unternehmer wenig Anreiz, in den Süden auszuweichen. Die Löhne im Norden stiegen in arbeitsintensiven Fertigungen nie so hoch, als daß die sich dadurch ergebende Differenz einen zwingenden Anreiz zur Südwanderung hätte ergeben können. Offenbar sind die sich ergebenden Lohndifferenzen kaum dazu in der Lage gewesen, die im Süden fehlenden dynamischen Standortvorteile der "external economies" und der Infrastruktur sowie der fehlenden Absatzmärkte auch nur annähernd auszugleichen.

Trotzdem könnte diese sich "natürlicherweise" ergebende Tendenz nicht ausreichender "Reäquilibrierungskräfte" zwischen Nord und Süd von der gewerkschaftlichen Lohnpolitik verstärkt worden sein, wenn es dieser tatsächlich gelungen sein sollte, die regionale Lohndifferenzierung zwischen Nord und Süd ausgleichend zu beeinflussen.

---

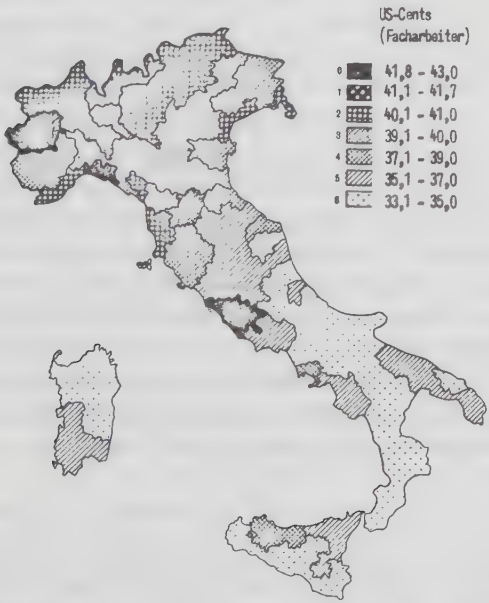
[1] Vgl. Relazione 1960, S. 94

[2] Vgl. Relazione 1965 II, S. 78, sowie Tabelle III a des Anhangs.

Die auf den ersten Blick verfügbaren statistischen Fakten scheinen diese These zu bestätigen. Seit mehr als 20 Jahren werden in Italien die Löhne aufgrund kollektiver nationaler Tarifverträge für das gesamte Staatsgebiet zentral festgesetzt. Dieser nationale Tarifvertrag unterteilt das gesamte Staatsgebiet in 7 Zonen, für die jeweils eine Minimalentlohnung festgesetzt wird.[1)]

Die regionale Minimal-Lohndifferenzierungsskala zwischen der am höchsten eingestuften Zone (Milano, Torino) und dem am niedrigsten eingestuften Gebiet (größter Teil des Mezzogiorno) liegt - wenn man den italienischen Durchschnitt gleich 100 % setzt - zwischen 107,8 % und 86,3 % (vgl. im einzelnen nachstehende Karte).

Gewerkschaftlich vereinbarte regionale Lohndifferenzierung in Italien



[1)] Vgl. zum Folgenden: Istituto Mobiliare Italiano, Setting up a Business in Italy, Rome 1964, S. 34 ff.

Nun wäre es tatsächlich erstaunlich, wenn es den Gewerkschaften angesichts der im vorigen Paragraphen geschilderten regionalen Wohlstandsdifferenzen, die sich in einem Gefälle der Prokopfeinkommen zwischen Nord und Süd von 4,4 : 1 äußern, gelungen sein sollte, die regionale Lohndifferenzierung effektiv in einem solch bescheidenen Ausmaß zu halten. Damit wäre zweifellos ein ernstliches Handicap für die Industrialisierung des Mezzogiorno gegeben.

Über das tatsächliche Lohngefälle zwischen Nord- und Süditalien ist neuerdings eine eingehende Studie unternommen worden.[1)]

Es kann kaum überraschen, daß diese Untersuchung, die auf einer im März 1961 unternommenen Befragung von 2072 italienischen Unternehmungen aufbaut, zu dem Resultat kommt, daß die tatsächliche regionale Lohndifferenzierung in Italien erheblich größer ist, als man dies aufgrund der gewerkschaftlichen Minimalfestsetzung zunächst vermuten könnte. Über die gewerkschaftlich festgelegten Miniamllöhne stülpt sich nämlich ein äußerst differenziertes System der übertariflichen Gehaltszuschläge. Die tatsächliche Entlohnung hat sich daher weitgehend den bestehenden relativen Knappheitsverhältnissen angepaßt. Wie aus der Tabelle 5 hervorgeht, liegen die Zuschläge zum gewerkschaftlich festgesetzten Mindestlohn je nach dem Produktionssektor und je nach dem Grad der Spezialisierung der Arbeitskraft zwischen 5 und 71 %. Am höchsten ist der Zuschlag beim hochspezialisierten Chemiefacharbeiter, am geringsten ist er bei unqualifizierten Arbeitskräften der 3. Kategorie in der Textilindustrie (vgl. Tabelle 5).

---

1) Vgl. Ammassari, Giuseppe, I salari di fatto in Italia, Inchiesta sugli slittamenti salariali, Milano 1963.

Tabelle 5

Zuschläge zum gewerkschaftlich festgelegten Minimalgehalt nach Sektoren in v.H. des Mindestlohnes

Qualifizierung	Chemische Industrie	Metallmech. Industrie	Bauindustrie	Textilindustrie
Facharbeiter:				
a) spezialis.	71,15	48,05	41,32	27,24
b) qualifiz.	52,92	43,43	26,70	21,35
Hilfsarb.:				
a) spezialis.	34,82	27,14	19,72	16,58
b) sonstige	23,63	20,37	13,36	10,83
weibl.Arb.:				
a) 1.Kateg.	21,23	19,76	14,80	12,09
b) 2. Kateg.	15,79	17,30	10,98	8,46
c(3. Kateg.	10,33	12,92	7,17	5,25
Durchschnittl. Zuschlag	37,66	33,51	20,98	13,33

Quelle: Ammassari, Giuseppe, a.a.O., S. 158

Dieser Zuschlag zum gewerkschaftlich festgesetzten Minimallohn ist jedoch nicht nur nach dem Produktionssektor und dem Grade der Spezialisierung, sondern darüber hinaus auch noch regional differenziert. Zwischen der reichsten und der ärmsten Provinz Italiens (Piemont und Kalabrien) liegt beispielsweise das Verhältnis des prozentualen Zuschlags zum Mindestgehalt in der chemischen Industrie bei 40,7 : 15,2 %; in der metallmechanischen Industrie bei 41,2 : 8,6 % in der Bauindustrie bei 31,1 : 6 % und in der Textilindustrie bei 21,3 : 2 % (vgl. die nachfolgende Tabelle 6).

Tabelle 6

Zuschläge zum gewerkschaftlich festgelegten Mindestgehalt nach Sektoren und Regionen Italiens in v.H. des Mindestlohnes

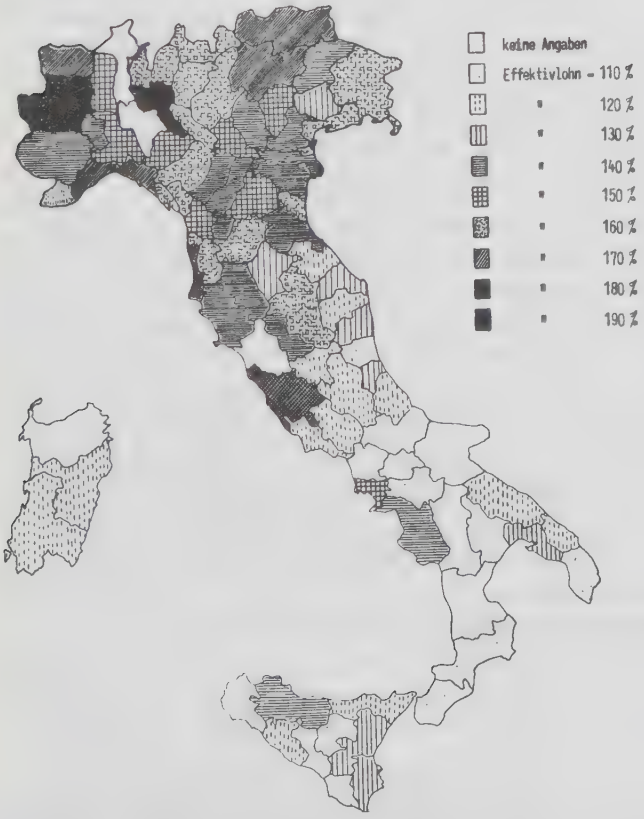
Region	Chemische Industrie	Metallmech. Industrie	Bau-Industrie	Textil-Industrie
Piemont	40,71	41,22	31,14	21,33
Lombardia	43,68	39,63	27,75	12,53
Trentino Alto Adige	48,42	44,73	27,68	18,52
Veneto	29,01	20,67	16,89	5,50
Friuli Venezia Giulia	36,99	28,96	16,52	8,20
Liguria	47,33	37,08	26,38	15,38
Emilia Romagna	34,34	23,66	19,70	10,11
Toscana	29,65	26,05	17,43	9,83
Umbria	26,71	33,30	35,10	31,86
Marche	20,41	14,94	12,57	1,37
Lazio	39,08	27,09	29,98	7,97
Abruzzi Molise	18,63	11,23	10,88	2,19
Campania	32,95	30,13	14,35	5,60
Puglie	20,53	12,43	13,95	11,76
Calabria u. Basilicata	15,17	8,57	6,04	2,01
Sicilia	27,81	18,04	16,06	4,88
Sardegna	18,48	9,42	9,43	-
Italia	37,66	33,51	20,98	13,33

Quelle: Ammassari, Giuseppe, a.a.O., S. 162

Diese regionale und sektorale Lohndifferenzierung hat zur Folge, dass das durchschnittliche Effektivgehalt in Turin (Provinz Piemont) das durchschnittliche Effektivgehalt in Reggio Calabria um 85 % übertrifft (vgl. Tabelle IX im Anhang).

Die tatsächliche regionale Lohndifferenzierung in Italien ergibt daher das folgende Bild:

Tatsächliche regionale Lohndifferenzierung in Italien[1)]



[1)] Vgl. auch Tabelle IX im Anhang

Aus der Untersuchung von Ammassari wird deutlich, daß es den Gewerkschaften nicht gelungen ist, die Effektivlöhne in Italien entgegen den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten nachhaltig zu beeinflussen.

Es liegt nahe festzustellen, inwieweit zwischen der tatsächlich festgestellten regionalen Lohndifferenzierung und den von Tagliacarne berechneten regionalen Prokopfeinkommen (vgl. Tabelle V des Anhangs) ein Zusammenhang besteht. Hierzu bietet sich der Versuch einer Rangkorrelation zwischen den beiden Reihen der regionalen Löhne und der regionalen Prokopfeinkommen an. Der vom Verfasser errechnete Koeffizient von 0,8264 zeigt tatsächlich einen engen Zusammenhang zwischen den regionalen Prokopfeinkommen und der regionalen Lohndifferenzierung.[1)]

Aus all dem läßt sich der Schluß ziehen, daß die gewerkschaftliche Lohnpolitik in Italien heute kaum als ein ernstliches Hindernis für die Industrialisierung des Südens gewertet werden kann. Die Tatsache, daß die Effektivlöhne in sämtlichen Provinzen über den Minimallöhnen liegen, zeigt vielmehr, daß sich auch in Italien das ökonomische Gesetz stärker erwies als die Macht.[2)]

Nun ist jedoch die alte These einer Benachteiligung arbeitsintensiver Fertigungen im Mezzogiorno doch nicht völlig unbegründet. Dies zwar nicht infolge einer künstlich verhinderten Lohndifferenzierung, sondern durch das

---

1) Zur Berechnung wurde der Spermansche Rangkorrelations-Koeffizient verwendet

$$= 1 - \frac{6 \sum_{i=1}^{N} D_i^2}{N (N^2 - 1)} = 1 - \frac{122358}{704880} = 0{,}8264$$

2) Auch hier zeigen sich wiederum die bereits von Böhm-Bawerk klar erkannten Grenzen einer gewerkschaftlichen Lohnpolitik. Siehe Böhm-Bawerk, Eugen v., Macht oder ökonomisches Gesetz, Zeitschrift f. Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, Wien, Bd. 23 (1914), S. 205 ff.

heute in Italien herrschende Familienentlohnungssystem. Dieses System ist nach dem Kriege zu einem bedeutenden sozialpolitischen Instrument ausgebaut worden. Die Gewerkschaften konnten damit wenigstens zu einem kleinen Teil das erreichen, was ihnen durch ihre ungünstige Marktposition nicht möglich war: eine größere Angleichung der effektiven, den Arbeiterhaushalten zur Verfügung stehenden Kaufkraftsumme. Zum Verständnis dieses Phänomens sei daran erinnert, daß sich der Bevölkerungsüberschuß Gesamtitaliens zum überwiegenden Teil aus dem Mezzogiorno rekrutiert. Wie im einzelnen aus Tabelle VIII des Anhangs hervorgeht, liegen die Geburtenziffern des Südens beträchtlich über denen des Nordens; der Süden ist offenbar wesentlich kinderreicher. Die Beiträge zur Familienentlohnung werden vom einzelnen Betrieb an eine Familienausgleichskasse abgeführt[1], und zwar machen die monatlichen Beiträge 33,3 % des Nettolohnes aus; dies jedoch nur bis zur Erreichung eines Maximalbetrages, der bei Männern 26.000 Lire, bei Frauen dagegen nur 20.800 Lire beträgt.

Beispielsweise lag aber die tatsächliche Belastung der Industrie im Januar 1960 lediglich bei 22,221 % der gezahlten Nettolöhne. Die Industrie ist also in ihrer monatlichen Entlohnung über die oben erwähnten Maximalbeträge hinausgegangen mit der Wirkung, daß sich ihre Effektivbelastung von 33,3 % auf 22,2 % verringerte, da für die 26.000 bzw. 20.800 Lire überschießenden Verdienstbeträge keine sozialen Beiträge an die Familienkasse abzuführen sind. Je höher also der Verdienst des einzelnen Arbeiters, desto geringer die prozentuale Belastung des Betriebes durch den Familienlohn.

---

[1] Die folgenden Angaben wurden der Rassegna di Statistiche del Lavoro, Roma 1960, Heft 1, (Hrg. Ministero del Lavoro e della Previdenza Sociale), S. 79, entnommen.

Dieses System muss sich für den einzelnen Betrieb so auswirken, dass dieser daran interessiert ist, verhältnismäßig gut verdienende Arbeiter zu beschäftigen, da dadurch seine relative Belastung durch soziale Beiträge geringer wird. Offenbar werden durch die regressive Wirkung des Familienentlohnungssystems niedrig bezahlte (arbeitsintensive) Fertigungen diskriminiert.[1] Es zeigt sich also, daß das italienische Entlohnungssystem zwar gewisse, lohnintensive Fertigungen diskriminierende Elemente enthält (die allerdings erst nach dem Kriege entstanden sind); im ganzen wird man solche Auswirkungen jedoch als Erklärungshypothese als sekundär ansehen müssen.

Aus all dem mag deutlich geworden sein, daß eine den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten zuwiderlaufende mangelhafte regionale Lohndifferenzierung kaum als ein entscheidender Erklärungsfaktor für das Mezzogiornoproblem angesehen werden kann.

Aufgrund der bis zum Ende der fünfziger Jahre andauernden Arbeitslosigkeit in Norditalien, die ständig durch eine beträchtliche Binnenwanderung von Süd nach Nord gespeist wurde,[2] können die Löhne auch im Norden nie so hoch gestiegen sein, als daß die sich dadurch ergebende Differenz als zwingender Anreiz für eine Südwanderung arbeitsintensiver Fertigungen hätte angesehen werden können. Bis in die zwanziger Jahre war zudem die Alternative nicht etwa hoher Lohn im Norden und geringer Lohn

---

1) Die Familienausgleichskasse hat für Süditalien die Wirkung eines interregionalen Finanzausgleichs. Wie aus der Relazione 1960 (S. 301) hervorgeht, erhielten 15,1 % der 1951 in Gesamtitalien eingeschriebenen Arbeiter im Mezzogiorno 27,1 % des Aufkommens an "assegni familiari". Noch interessanter wäre die Feststellung, wie hoch die Leistungen des Südens an die Familienausgleichskasse in dieser Zeit gewesen sind. Da Bevölkerungsanteil und Anteil am Sozialprodukt im Süden stark voneinander abweichen (38 % der Bevölkerung erhielten 1964 23,9 % des Nettoinlandproduktes) ist zu vermuten, daß das System der Familienentlohnung den Mezzogiorno sehr begünstigt. Eine ähnliche Wirkung hat übrigens auch die Arbeitslosenversicherung. Hier leistete der Süden im Jahre 1951 14,9 % der Arbeitslosenversicherungsbeiträge und empfing jedoch 33,2 % des gesamten Aufkommens (vgl. Relazione 1960, S. 301).

2) Vgl. hierzu Tabelle III und III a im Anhang.

im Süden, sondern etwas über dem Existenzminimum liegende Entlohnung im Norden und durch das absolute Existenzminimum begrenzte Entlohnung im Mezzogiorno.

Wie schließlich aus Tabelle 6 deutlich hervorgeht, ist die gegenwärtig feststellbare regionale Lohndifferenzierung in Italien durchaus nach dem Grad der Spezialisierung des Arbeiters differenziert. Während beispielsweise in der Lombardei der durchschnittliche Lohn der Chemiearbeiter um 44 % über dem Minimumniveau liegt, übertrifft er dort in der Textilindustrie das Mindestgehalt lediglich um 12,5 %. Daraus kann man schließen, dass die relative Knappheit bei verhältnismäßig unspezialisierter Arbeit im (weitgehend vollbeschäftigten) Norden auch gegenwärtig noch nicht sehr groß ist. Das in der Textilindustrie zwischen der Lombardei und Kalabrien bestehende "Zuschlagsgefälle" von ca. 10,5 % des gewerkschaftlich vereinbarten Mindestlohnes dürfte wohl kaum dazu ausreichen, arbeitsintensive Fertigungen des Nordens tatsächlich zur Südwanderung zu bewegen.

Ganz anders ist das Bild bei der (kapitalintensiven) chemischen Industrie. Hier übertrifft die durchschnittliche Entlohnung der Lombardei die der Provinz Kalabrien um ca. 25 %. Allerdings spielen die Lohnkosten in der chemischen Industrie keine wesentliche Rolle.

Das Problem einer unzureichenden regionalen Lohndifferenzierung erweist sich daher als Erklärungsversuch für die Entstehung der italienischen Südfrage kaum als relevant. Die von der klassischen Theorie so betonten natürlichen "Reäquilibrierungskräfte" haben sich unter den seit 1861 in Italien herrschenden Bedingungen als völlig unzulänglich erwiesen.

K A P I T E L II

Der Vanoni-Plan als Versuch der strukturellen Angleichung eines peripheren Randgebietes

§ 18 Vorstellungen und Ziele des Planes

Es wurde bereits erwähnt, daß das Jahr 1950 einen bedeutsamen Einschnitt in der Geschichte der Industrialisierung des Mezzogiorno darstellt. Mit dem Gesetz Nr. 646 vom 10. August 1950 wurde die Errichtung einer "Cassa per opere straordinarie di pubblico interesse nell'Italia Meridionale" (Cassa per il Mezzogiorno) beschlossen.[1)]

Die Cassa wurde mit der Aufgabenstellung gegründet, Ausführungsorgan der im Zehnjahresplan des Ministerrates vorgesehenen öffentlichen Arbeiten zu sein. Zu diesem Zwecke wurde sie mit einem Kapital von 1.000 Mrd. Lire ausgestattet, von denen jährlich 100 Mrd. verausgabt werden sollten. Mit Gesetz Nr. 949 v. 12. Juli 1952 wurde die Amtsdauer der Cassa auf 12 Jahre erweitert und das Kapital erhöht, nachdem man schon vorher der Cassa das Emissionsrecht für Auslandsanleihen zuerkannt hatte.[2)]

Die der Cassa zugewiesenen Mittel sollten ursprünglich mit 910 Mrd. (71 %) für Verbesserungen in der Landwirtschaft, mit 150 Mrd. (11,7 %) für Wasserregulierungsarbeiten, mit 190 Mrd. (14,8 %) für den Eisenbahn- und

---

[1)] In § 1 dieses Gesetzes heißt es wörtlich: "Die Minister für Landwirtschaft und Forsten, Finanzen, Industrie und Handel, öffentliche Arbeiten und Soziales erstellen unter dem Vorsitz des Ministerrates oder eines von ihm besonders bestimmten Ministers einen Zehnjahresplan im Zeitraum von 1950 - 1960, um außerordentliche Arbeiten durchzuführen, die dazu bestimmt sind, dem wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt Süditaliens zu dienen; und zwar soll dieser Plan mit den Vorhaben der öffentlichen Verwaltungen koordiniert werden".

[2)] Durch Gesetz Nr. 634 v. 29. Juli 1957 wurde die Amtsdauer der Cassa um weitere drei Jahre, d.h. bis 1965 verlängert; auch die der Cassa zugewiesenen Mittel wurden noch mehrere Male erhöht.

Straßenbau sowie schließlich mit 30 Mrd. (2,5 %) für den Tourismus verausgabt werden.[1)]

Allerdings erwies sich schon sehr bald die Unzulänglichkeit dieser Bemühungen für eine Lösung des Mezzogiornoproblems. Im Jahre 1954 wurde daher unter der Aegide des damaligen Wirtschaftsministers Ezio Vanoni ein Zehnjahresplan aufgestellt, in dem versucht wurde, das Mezzogiornoproblem in den Rahmen einer gesamtitalienischen Entwicklungspolitik zu stellen.[2)]

Dieser Plan und seine nachfolgende Änderungsgesetzgebung wird seither als Vanoni-Plan bezeichnet. Im Rahmen dieser gesamtitalienischen Entwicklungspolitik, so heißt es in dem Dokument, gelte es, bis zum Jahre 1964 zusätzliche Arbeitsplätze für 3,2 Mio Beschäftigte zu schaffen. Der Plan geht dabei von einer Zunahme des Gesamtangebotes an Arbeitskräften um 4 Mio aus, wovon nach den Schätzungen der Planer allerdings 800.000 in das Ausland abwandern werden.[3)]

Um diese 3,2 Mio zusätzlichen Arbeitsplätze zu schaffen, müsse eine großzügige öffentliche Investitionspolitik in den "Propulsivsektoren" einer Industrialisierung unternommen werden. Als "Propulsivsektoren" werden die Landwirtschaft, Public-Utilities, öffentliche Infrastrukturprojekte (Fluß- und Bergsystematisierung, Straßen-, Schul-, Krankenhaus-, Hafen- und Flugplatzbau) sowie der Wohnungsbau aufgefaßt. In diesen "Antriebssektoren" der Industrialisierung sollten bis zum Jahre 1964 15.737 Mrd. Lire investiert werden; und zwar mit folgender Aufteilung:

---

1) Vgl. Relazione 1960, S. 219; vgl. die tatsächlichen Ausgaben der Cassa in Tabelle X im Anhang.

2) Vgl. zu den folgenden Angaben: Presidenza del Consiglio dei Ministri: Documenti sul Programma di Sviluppo Economico, sec. Edizione Roma 1957, darin: Schema di Sviluppo dell'Occupazione e del Reddito in Italia nel Decennio 1955 - 64, S. 39 ff. künftig zitiert: Vanoni-Plan.

3) Vgl. Vanoni-Plan, S. 51

Tabelle 7

Im Vanoni-Plan vorgesehene Investitionen in den "Antriebssektoren" der Industrialisierung (Mrd. Lire)[1]

Sektor	Centro Nord.	Mezzogiorno	Italien	Nord %	Mezz %
1) Landwirtschaft	1.502	1.785	3.287	45,7	54,3
2) Public-Utilities					
a) Elektrizität	1.900	1.150	3.050	62,3	37,7
b) Naturgas	249	36	285	87,5	12,5
c) Eisenbahn	399	266	665	60,0	40,0
d) Telefon	190	95	285	66,7	33,3
e) Wasserleitg.	261	154	415	63,0	37,0
Gesamt	2.999	1.701	4.700	63,8	36,2
3) Infrastruktur					
a) Fluß-u.Berg-systematisierg.	374	366	740	50,6	49,4
b) Straßenbau	597	493	1.090	54,8	45,2
c) Schulbau	86	124	210	40,9	59,1
d) Sonstiges	253	357	610	41,5	58,5
Gesamt	1.310	1.340	2.650	49,4	50,6
Gesamte Antriebssekt.	5.811	4.826	10.637	54,6	45,4
4) Wohnungsbau	2.400	2.700	5.100	47,1	52,9
Gesamtinvestitionen	8.211	7.526	15.737	52,2	47,8

[1] Quelle: Vanoni-Plan S. 118

Von den gesamten geplanten Investitionsausgaben waren also 52,2 % in Norditalien und 47,8 % in Süditalien vorgesehen, wobei im einzelnen von den jeweiligen Gesamtinvestitionen auf die Landwirtschaft des Mezzogiorno 54,3 %, auf die Public-Utilities 36,2 %, auf die Infrastrukturprojekte 40,6 % und auf den Wohnungsbau 52,9 % entfallen sollten.[1] Pro Einwohner sollten damit im Mezzogiorno 410.000 Lire und in Norditalien 270.000 Lire investiert werden. Setzt man die gesamten Investitionsausgaben in Nord- bzw. Süditalien jeweils gleich 100, so ergeben sich für die verschiedenen Sektoren folgende Anteilssätze:

[1] Über die tatsächlichen Investitionen unterrichtet Tab. XII im Anhang.

Tabelle 8

Prozentuale Aufteilung der im Vanoni-Plan vorgesehenen Investitionen nach Sektoren

Sektor	Norditalien (Centro-Nord)	Süditalien (Mezzogiorno)
1) Landwirtschaft	18,3 %	23,7 %
2) Public-Utilities	36,6 %	22,6 %
3) Infrastruktur	15,9 %	17,8 %
4) Wohnungsbau	29,2 %	35,9 %
Gesamtinvestitionen	100,0 %	100,0 %
z.Vgl. in Mrd. Lire	8.211	7.526

Wie aus der Tabelle 8 hervorgeht, lag der Schwerpunkt der im Vanoni-Plan vorgesehenen Investitionen in Norditalien bei den Public-Utilities, in Süditalien beim Wohnungsbau.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Multiplikatoreffekte von Investitionsvorhaben im Mezzogiorno sich nur zu 60 % im Süden niedergelassen und daß nur 50 % der Investitionsnachfrage des Mezzogiorno durch südliche Produktion gedeckt werden kann,[1] kommt der Vanoni-Plan unter Zugrundelegung eines marginalen Kapitalkoeffizienten nicht unter 3[2] zu der Voraussage, daß sich das nördliche Volkseinkommen von 8.250 Mrd. im Jahre 1954 auf 12.200 Mrd. im Jahre 1964 erhöhen werde (+ 48 %), während das Volkseinkommen des Mezzogiorno von 2.200 Mrd. auf 4.800 Mrd. ansteigen soll (+ 118 %). Diese Steigerung des Sozialproduktes in Nord und Süd entspreche einer gesamtitalienischen jährlichen Wachstumsrate von 5 %.[3]

[1] Vgl. Vanoni-Plan S. 119
[2] Vgl. Vanoni-Plan S. 46
[3] Vgl. Vanoni-Plan S. 120

Unter dieser Hypothese würde das Sozialprodukt des Mezzogiorno im Jahre 1964 28 % des gesamtitalienischen Volkseinkommens ausmachen, während der Bevölkerungsanteil des Südens bei 38 % liegen würde. Dabei würde sich - nach den Annahmen der Planer - der relative Anteil der einzelnen Sektoren in Nord und Süd wie folgt verändert haben:

Tabelle 9

Im Vanoni-Plan vorgesehene Veränderung des relativen Anteils der Sektoren am Volkseinkommen von Nord- bzw. Süditalien*)

	1954				1964			
Region	Landwirt.	Ind.	Dienste	Insges.	Landwirt.	Ind.	Dienste	Insges.
Centro-Nord	66	82	86	79	65	72	75	72
Süd	34	18	14	21	35	28	25	28
Italien	100	100	100	100	100	100	100	100
Centro-Nord	22	41	37	100	18	45	37	100
Süd	43	34	23	100	24	43	33	100
Italien	26	40	34	100	20	44	36	100
z.Vgl.in Mrd.Lire	2.775	4.150	3.525	10.450	3.320	7.560	6.120	17.000

*) Quelle: Vanoni-Plan S. 122

Wie aus Tabelle 9 hervorgeht, sollte nach den Vorstellungen des Planes der Anteil der Landwirtschaft in Süditalien ungefähr gleich bleiben; der Anteil der Industrie am gesamtitalienischen Volkseinkommen sollte sich dagegen von 18 % auf 28 % und der des Dienstleistungssektors von 14 % auf 25 % erhöhen. Damit würde sich die Struktur des südlichen Sozialproduktes grundsätzlich ändern. Der Anteil der Landwirtschaft würde von 43 % im Jahre 1954 auf 24 % im Jahre 1964 absinken, der der Industrie sich von 34 % auf 43 % und der des Dienstleistungssektors von 23 % auf 33 % erhöhen.

Im ganzen setzt also der Plan das Ziel, im Süden von der Struktur eines unterentwickelten Landes fortzukommen und sich mehr der Struktur einer entwickelten Volkswirtschaft anzunähern. Wie allerdings dieses Vorhaben im einzelnen erreicht werden soll, insbesondere wo die Investitionen in den "Antriebssektoren" räumlich lokalisiert werden sollen, darüber finden sich in dem Dokument keine Angaben.

Das Vanoni-Schema begnügt sich damit, ein konsistentes System makroökonomischer Beziehungen aufzustellen, deren Anvisierung den Planern geeignet erschien, das Mezzogiornoproblem im Rahmen eines gesamtitalienischen Entwicklungsprogramms zu lösen.

Nach den Vorstellungen der Planer sollte sich der Mezzogiorno im Jahre 1964 im Stadium des "self-sustained growth" befinden. Die reichhaltige Ausstattung des Südens mit Infrastrukturkapital, die Hebung der Produktivität der Landwirtschaft sowie ein großzügiges System der Kredit- und Steuererleichterungen sollte das Problem des Südens im Wege der Industrialisierung lösen.[1)] Man vertraute also in einer liberalen Rahmenplanung darauf, daß sich die Standortbedingungen des Mezzogiorno soweit bessern würden, daß dieser für die Industrie attraktiv werden würde.

[1)] Die wichtigsten Begünstigungen des Mezzogiorno sind im Anhang S. 134 f. wiedergegeben.

§ 19 Bisherige Ergebnisse in der süditalienischen Entwicklungspolitik

Es gehörte tatsächlich ein recht erheblicher Optimismus dazu anzunehmen, daß solch ein globaler "Approach" dazu geeignet sein würde, den Süden aus seiner schon über Jahrhunderte andauernden Lethargie zu reißen. Wenn man auch den Vanoni-Plan sicherlich primär als ein essentiell politisches Dokument betrachten muss, das letztlich nicht mit strengen wissenschaftlichen Maßstäben gemessen werden kann, so muss man doch angesichts der Ergebnisse einer nunmehr abgelaufenen zehnjährigen Industrialisierungsperiode die nüchterne Feststellung machen, daß die Vorstellungen der Planer überwiegend nicht verwirklicht worden sind. Das gilt nicht nur, wie aus der nachstehenden Tabelle 10 deutlich wird, für die strukturellen Zielsetzungen, sondern insbesondere auch für die in Tabelle 7 aufgeführten vorgesehenen Investitionen in den "Antriebssektoren" der Industrialisierung. Wie aus Tabelle XII des Anhangs hervorgeht, sind seit 1955 nicht 7.500 Mrd. Lire, sondern 2.700 Mrd. in Infrastrukturvorhaben des Mezzogiorno investiert worden. Die gesamtitalienischen Infrastrukturinvestitionen dieser Periode belaufen sich statt auf 15.700 Mrd. (Vanoni-Plan) auf 6.600 Mrd. Lire. Allerdings muss man bei der Würdigung dieses Ergebnisses berücksichtigen, daß unter dem Eindruck des Mißerfolgs der "Infrastrukturpolitik" nach Ablauf der Hälfte der Planungsperiode in der Entwicklungspolitik für Süditalien ein entscheidender Umschwung erfolgt ist, von dem nachfolgend noch die Rede sein wird: Seit 1960 konzentrierte sich die staatliche Entwicklungspolitik - wie aus Tabelle XI des Anhangs hervorgeht - in zunehmendem Maße auf Direktinvestitionen in räumlichen Schlüsselindustrien. Allein in der Eisen- und Stahlindustrie sind seit diesem Jahre ca. 500 Mrd. Lire investiert worden.[1)]

[1)] Quelle: Relazione 1965 I, S. 142/43, s. auch Tab. XI

Tabelle 10

Die für den Mezzogiorno aufgestellten Ziele des Vanoni-Planes und die Wirklichkeit *)

	Landwirtsch. I	Industrie II	Sonstige Aktivitäten (I+II./.IV) III	Insgesamt IV	Mrd. Lire
A. Prozentualer Anteil der einzelnen Wirtschaftssektoren des Mezzogiorno am gesamtitalienischen Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten					
Situation 1951	35,4	14,9	26,6	24,0	1837
Situation 1954	36,4	17,5	25,1	25,0	2335
Planziel 1964	35,0	28,0	25,0	28,0	4800
Realität 1964	38,7	15,2	27,8	23,9	5456
B. Strukturierung des Nettoinlandsproduktes zu Faktorkosten im Mezzogiorno in v.H. der Gesamtheit					
Situation 1951	41,7	26,0	32,3	100,0	1837
Situation 1954	38,3	27,6	34,1	100,0	2335
Planziel 1964	24,0	43,0	33,0	100,0	4800
Realität 1964	26,1	28,8	44,1	100,0	5456

*) Quelle für die Ziffern des Vanoni-Planes: Vanoni-Plan S. 122. Quelle für die Situation im Jahre 1951/1964: Relazione 1965, II, S. 56 f. Die Abweichungen der in der obigen Tabelle angegebenen Werte über die Situation im Jahre 1954 von denen der Tabelle 9 rühren offenbar daher, daß die Genauigkeit der Berechnungen inzwischen wesentlich verbessert worden ist

Im einzelnen zeigt die Tabelle 10, daß sich der Anteil des Südens am gesamtitalienischen Volkseinkommen seit dem Jahre 1951 konstant bei ca. 24 % gehalten hat. Das Planziel von 28 % ist nicht erreicht worden; gegenüber dem Jahre 1954 hat sich die Position des Mezzogiorno sogar um 1,1 Punkte verschlechtert. Dabei hat auch der rela-

tive Anteil der einzelnen Sektoren am gesamtitalienischen Volkseinkommen verglichen mit dem Jahre 1951 eine erstaunliche Konstanz bewiesen. Gegenüber dem Jahre 1954 ist bei der Landwirtschaft eine Verbesserung von 2,3 Punkten, bei der Industrie noch eine Verschlechterung um 2,3 Pkt. und bei den "sonstigen Aktivitäten" eine Verbesserung von 2,7 Pkt. festzustellen. Auffällig ist insbesondere, daß das ambitiöse Vorhaben der Planer, den Anteil der Industrie am gesamtitalienischen Volkseinkommen auf 28 % auszuweiten, als gescheitert anzusehen ist. Die relative Position der Industrie hat sich vielmehr nicht unerheblich verschlechtert.

Betrachtet man den Teil B der Tabelle 10, so fällt auf, daß die Strukturierung des Nettoinlandproduktes im Mezzogiorno gegenüber dem Jahre 1954 einige Veränderungen aufweist. Der Anteil der Landwirtschaft ist von 38,3 % auf 26,1 % gesunken, was in etwa den Intentionen des Vanoni-Planes entsprach. Allerdings gelang dies nicht etwa dadurch, daß - wie vorgesehen - der relative Anteil der Industrie von 27,5 % auf 43 % gesteigert wurde (der Prozentsatz des Anteils des sekundären Sektors ist mit 28 % gegenüber 1954 weitgehend gleich geblieben), dafür erhöhten die "sonstigen Aktivitäten" ihren Anteil von 34,1 % auf 44,1 %. Zur Interpretation dieses auf den ersten Blick erstaunlichen Faktums muss man allerdings wissen, daß das Nettoinlandprodukt der "sonstigen Aktivitäten" als Differenzrechnung ermittelt worden ist. Im "tertiären Sektor" schlägt sich somit auch das gesamte einkommenmäßige Äquivalent der öffentlichen Infrastrukturvorhaben nieder, das in der italienischen Volkseinkommensrechnung einer gesondert geführten Rubrik "öffentliche Verwaltung" zugerechnet wird. Die Aufblähung des "tertiären Sektors" ist daher auf besonders bedingte Entwicklungen zurückzuführen.[1)]

[1)] Tatsächlich hat sich das Nettoinlandprodukt der öffentlichen Verwaltung im Mezzogiorno von 351 Mrd. Lire im Jahre 1954 auf 1088 Mrd. im Jahre 1964 erhöht. Vgl. Relazione 1965 II, S. 57

Insgesamt wird aus diesen Zahlen deutlich, daß es nicht erreicht wurde, eine Umstrukturierung der süditalienischen Wirtschaft innerhalb der Planungsperiode des Vanoni-Schemas herbeizuführen. Die Strukturen des Mezzogiorno haben sich vielmehr als ungewöhnlich stabil erwiesen. Wenn es aber immerhin gelungen ist, den circulus vitiosus einer weiteren fortgesetzt divergierenden Entwicklung zwischen Nord und Süd zu brechen (die relative Position des Mezzogiorno hat sich seit 1951 nicht mehr verschlechtert), so ist dies wohl nicht zuletzt auf die Tatsache zurückzuführen, daß Milliardenbeträge öffentlicher Mittel zusätzlich im Süden verausgabt worden sind. Dadurch ist erreicht worden, daß das Prokopfeinkommen des Südens seit dem Jahre 1951 bei 60 % des italienischen Durchschnitts gehalten werden konnte.[1)]

Das einzige Ziel, das realisiert wurde, ist die Herbeiführung einer nicht unbeträchtlichen Steigerung des Volkseinkommens (zu lfd. Preisen: 1954 = 2335 Mrd. Lire; 1964 = 5456 Mrd. Lire). Während der Plan für 1964 ein südliches Sozialprodukt von 4800 Mrd. Lire anvisierte, belief sich das tatsächliche Nettovolkseinkommen zu Faktorkosten (konstante Preise von 1954) auf 3989 Mrd. Lire.[2)] Man kann daher feststellen, daß gut zwei Drittel der vorgesehenen Sozialproduktsteigerung in Süditalien realisiert worden sind.

Bei der Durchführung des Planes lassen sich sehr deutlich zwei Fünfjahresphasen unterscheiden. Hatte man in den ersten Jahren nach 1954 wohl noch geglaubt, ein gutes

---

[1)] Vgl. in diesem Zusammenhang die Ausführungen des § 16 insbesondere auch die Tabelle IV des Anhangs.

[2)] Vgl. Relazione 1965 II, S. 47. Das Nettosozialprodukt zu Faktorkosten differiert mit dem Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten im Ausmaße des Außenhandelsüberschusses.

Teil der aufgestellten Ziele tatsächlich erreichen zu können, so wurde es doch in der Folge immer deutlicher, daß eine Hauptvoraussetzung der Planer kaum in Erfüllung gehen würde: trotz aller Anstrengungen machte die Industrie wenig Anstalten dazu, Produktionen in den Süden zu verlagern. Immer deutlicher trat zutage, dass die im Plan vorgesehene Infrastrukturpolitik das Problem der Industrialisierung des Südens kaum lösen würde. Auch die immer mehr ausgebauten Steuer- und Krediterleichterungen sowie die Zuschüsse zu den Infrastrukturprogrammen hatten keineswegs die gewünschte Wirkung.[1] Tatsächlich kommt denn auch Chenery in seiner bereits zitierten Untersuchung[2] zu dem Ergebnis, daß sich die Produktionsstruktur des Mezzogiorno nach einer achtjährigen Entwicklungspolitik bis zum Jahre 1959 nur wenig geändert hatte. Immer noch wies der Mezzogiorno die Struktur eines typischen unterentwickelten Gebietes auf. Der Anteil des sekundären Sektors hatte sich lediglich von 84 % des "normalen" Standes im Jahre 1951 auf 92 % im Jahre 1959 verbessert.[3] Erst 1957 zog der Gesetzgeber aus dieser Entwicklung Konsequenzen. Mit dem Gesetz vom 29. Juli 1957 Nr. 634 wurde in Artikel 21 die Errichtung von Industrialisierungszonen im Mezzogiorno empfohlen. Dieser Gedanke wurde dann in der nachfolgenden Änderungsgesetzgebung bis Ende 1959 so ausgebaut, daß mit dem Rundschreiben Nr. 21354 vom 7. Oktober 1959 ein Katalog von Minimumerfordernissen zur Errichtung solcher Entwicklungszonen herausgegeben werden konnte.[4]

---

1) Eine Zusammenfassung der gegenwärtigen umfangreichen Erleichterungen gibt das Istituto Mobiliare Italiano in seiner instruktiven Schrift: Setting up a Business in Italy, Rome 1964, S. 25 ff.
die wichtigsten dort aufgeführten Begünstigungen des Mezzogiorno sind im Anhang wiedergegeben worden (vgl. S. 134 f.).

2) Chenery, Hollis B., Politiche di sviluppo per l'Italia Meridionale ... a.a.O., S. 11

3) Siehe im einzelnen Tabelle VII im Anhang.

4) Vgl. zum Folgenden: Comitato dei Ministri per il Mezzogiorno, Condizioni e requisiti minimi per istituire "Aree di Sviluppo Industriale" nel Mezzogiorno, al sensi della legge 29 Luglio 1957, Nr. 634 e successive modificazioni, Roma 1960, S. 5 ff.

Das neue Gesetz Nr. 634 vom 29. Juli 1957 ging von einer dualistischen Konzeption aus. Auf der einen Seite wurde die anfängliche Vorstellung einer möglichst räumlich gestreuten Industrialisierung durch die Ansiedlung kleiner und mittlerer Unternehmen[1] aufrechterhalten (allerdings wurde die Einwohnergrenze der zu fördernden Gemeinden von 75.000 auf 200.000 heraufgesetzt); andererseits wurde klar erkannt, daß sich die Industrialisierung im Wege der räumlichen Konzentration und Agglomeration in wenigen Gravitationszentren (aree di sviluppo industriale) vollzieht. Solche Zentren der industriellen Gravitation würden "alle jene Veränderungen des Klimas hervorrufen, die dazu geeignet seien, die Attraktionskraft von Regionen zu entwickeln und zu potenzieren, wobei dann räumliche Gravitationszentren der industriellen Entwicklung" entstünden.[2]

Innerhalb solcher Entwicklungsgebiete würden sich im allgemeinen mehrere räumliche Entwicklungspole (nuclei industriali)[3] herausbilden. In der Tat sei es unbezweifelbar, daß der räumliche Industrialisierungsprozeß

---

1) Die Förderungsmaßnahmen der Cassa beschränkten sich zunächst auf die kleine und mittlere Industrie, die sich in Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von weniger als 75.000 lokalisieren sollte. Mit Artikel 3 des Gesetzes Nr. 955 v. 18. Juli 1959 wurde diese Begrenzung auf 200.000 Ew. heraufgesetzt. Außerdem wurden die Zuschüsse nunmehr von der Cassa auch an Großunternehmen geleistet, vorausgesetzt, daß diese sich in ausdrücklich festgelegten Entwicklungsgebieten oder -polen lokalisieren. Über das Ausmaß der Zuschüsse der Cassa siehe Anhang S. 134 f.

2) Vgl. Comitato dei Ministri per il Mezzogiorno, Condizioni e requisiti minimi, a.a.O., S. 6.

3) Zu den Bestimmungen über die Errichtung solcher Entwicklungspole siehe: Comitato dei Ministri per il Mezzogiorno, Istituzione di "Nuclei di Industrializzazione" nel Mezzogiorno, Roma 1960.

meist dahin tendiere, besondere Verdichtungszonen zu schaffen, die dann als Attraktionspole der industriellen Entwicklung fungierten. Das Comitato dei Ministri per il Mezzogiorno muss denn auch in seiner Sitzung v. 16. Dezember 1958 ausdrücklich feststellen, daß diese Tendenz ihren objektiven Rechtfertigungsgrund in den Produktionserfordernissen der Unternehmer habe und daß sie somit auch ökonomisch gerechtfertigt sei. Notwendigerweise unterlägen nämlich die Unternehmer dem Attraktionsanreiz solcher Gebiete, in denen sich die Agglomerations- und Standortfaktoren in ungleich reichhaltigerem Maße böten.[1)]

Damit wurde die anfängliche Vorstellung einer räumlich gestreuten Industrialisierung durch die Ansiedlung kleiner und mittlerer Unternehmungen praktisch aufgegeben. Wenn sie auch im Wege der "dualistischen Konzeption" weiterhin explizit aufrechterhalten wurde, so richteten sich doch seit dem Jahre 1960 alle Anstrengungen darauf, solche genügend großen und homogenen Entwicklungszonen im Mezzogiorno herauszukristallisieren. Da alle Vergünstigungen, die früher nur an kleine und mittlere Unternehmungen gewährt wurden, nunmehr im wesentlichen auch an Großunternehmungen in den Entwicklungsgebieten geleistet werden konnten, war die Konzeption der räumlichen Streuung damit stillschweigend beiseitegelegt worden. Die angeblich "dualistische Konzeption" erweist sich daher bei näherem Hinsehen als geschickter Schachzug, der den Planern einen eleganten Rückzug aus einer unhaltbaren Position ermöglichte.

Noch in anderer Hinsicht sollte sich das Gesetz Nr. 634 v. 29. Juli 1957 in seiner weiteren Ausgestaltung als

---

1) Vgl. Comitato dei Ministri per il Mezzogiorno, Condizioni e requisiti minimi, a.a.O., S. 6.
"Il Comitato dei Ministri per il Mezzogiorno, nella seduta del 16 dicembre u.s., osservava che "questa tendenza ha una sua obiettiva ragion d'essere nelle esigenze produttive - e perciò economicamente fondate - degli imprenditori, i quali, come è noto, subiscono necessariamente lo stimolo e l'attrazione delle aree dove si offre un più vasto ed assortito complesso di fattori agglomerativi ed ubicazionali".

sehr bedeutsam erweisen: War der Vanoni-Plan in seiner anfänglichen Konzeption ganz im Sinne einer möglichst arbeitsintensiven Industrialisierung ausgestaltet worden[1] (in diesem Zusammenhang muß man auch die Förderungsmaßnahmen für kleine und mittlere Unternehmungen sehen), so hatte man im Jahre 1960 dann klar erkannt, daß eine autonome Entwicklung einer verhältnismäßig arbeitsintensiven Kleinindustrie nicht möglich ist.[2]

Maßgebende Impulse für das industrielle Wachstum würden vielmehr nur von einigen "Schlüsselsektoren" und von Unternehmungen großer Dimension ausgehen, die sich der neuesten Resultate der modernen Wissenschaft und Technik bedienen könnten. Eine arbeitsintensive Kleinindustrie entwickelte sich sodann sekundär nach Maßgabe vorhandener Mittel- und Großindustrie. In der Entwicklung dieser Kleinindustrie könne man drei Sektoren unterscheiden:

1) einen Satellitensektor,
2) einen Konkurrenzsektor zur modernen Industrie,
3) einen Nichtkonkurrenzsektor (handwerkliche Unternehmen).

Der Sektor 2) habe keine weiteren Chancen und befinde sich in großen Schwierigkeiten. Der Nichtkonkurrenzsektor kleiner, handwerklicher Betriebe sei in seiner Bedeutung sehr begrenzt. Entscheidende Impulse für ein industrielles Wachstum könnten daher nur vom Satellitensektor ausgehen.

Die bisher verfolgte Politik der Industrialisierungsanreize über Kreditverbilligungen, Steuerbegünstigungen und durch Schaffung von Infrastrukturkapital - so wurde erkannt - setze die Existenz einer Unternehmerschicht voraus. Dieses Erfordernis - das müsse man frei-

---

[1] Aus dem Dokument geht hervor, daß man pro Kopf der bis zum Jahre 1964 zusätzlich Beschäftigten 3.200.000 eine Investition von 1,5 Mill. Lire vorgesehen hatte, was als ungewöhnlich niedrig bezeichnet werden muß.

[2] Vgl. zum Folgenden Relazione 1960, S. 184 ff.

mütig zugeben - existiere jedoch im Hinblick auf die Lokalisierung von "Antriebsindustrien" der Industrialisierung bis heute nicht. Auch die großen Unternehmungen des Nordens seien nur wenig daran interessiert, im Mezzogiorno zu investieren, da die ihnen dort zur Verfügung stehenden "external-economies" unzureichend seien. Die externen Ersparnisse würden nämlich nicht nur von der bestehenden Infrastruktur und dem "social-overhead-capital" abhängen, sondern hauptsächlich von der Existenz eines interdependenten Systems zusammenarbeitender Unternehmungen.

Es sei in letzter Zeit wiederholt auf die Gefahr hingewiesen worden, daß die neuen Investitionen in der Mittel- und Kleinindustrie sich weiterhin lediglich auf die traditionellen Sektoren konzentrierten. Auf diese Weise würden jedoch unnötigerweise bereits vorhandene Produktionslinien lediglich verdoppelt. Bei der Entscheidung über eine vorzunehmende Investition komme es gegenwärtig darauf an, Sektoren vorzuziehen, die meist mit denen hoher Produktivität zu identifizieren seien. In solchen Sektoren schüfe man letztlich gesehen stabilere Arbeitsplätze, auch wenn in ihnen - verglichen mit den traditionellen Sektoren - die Investition pro Arbeitsplatz zunächst größer sei.

Ganz im Sinne dieser neuen "dynamischen" Sicht der Industrialisierung wurde dann in Ausführung des Gesetzes Nr. 634 v. 29. Juli 1957 in den Beratungen des Comitato dei Ministri per il Mezzogiorno für die Kreditbegünstigung von Investitionen eine Vorzugsskala aufgestellt. Dabei rangierte man die Industrien nach dem Gesichtspunkt der Höhe der direkten oder indirekten (induzierten) Beschäftigung, d.h. unter Berücksichtigung

der Kopplungseffekte.[1]

Außerdem wurde durch das Gesetz v. 29. Juli 1957 Nr. 634 festgesetzt, daß Unternehmen im Staatsbesitz in Zukunft 40 % ihrer Investitionen im Mezzogiorno vorzunehmen hätten. Allerdings wurde vom Gesetzgeber nichts darüber gesagt, nach welchen Gesichtspunkten diese Investitionen durchgeführt werden sollten. Wie Tabelle XI des Anhangs zeigt, ist der vorgeschriebene Prozentsatz erst seit dem Jahre 1960 in etwa erreicht worden. Lag der Anteil des Mezzogiorno an den Investitionen der Staatsunternehmen im Jahre 1957 noch bei 19,5 % der Gesamtinvestitionen, so erhöhte er sich bis zum Jahre 1963 auf 46,8 %. Wie aus Tabelle XI (Anhang) weiter hervorgeht, lag der Schwerpunkt der Investitionen von Staatsunternehmungen noch bis zum Jahre 1962 eindeutig bei der elektrischen und nuklearen Energiegewinnung (ca. 33 %), d.h. bei Infrastrukturprojekten; im Jahre 1963 wurden die Investitionen auf diesem Sektor allerdings völlig eingestellt, dafür wird seitdem zwischen 40 und 50 % der gesamten Mittel in der Eisen- und Metallindustrie investiert.

Aus all dem wird deutlich, daß seit dem Jahre 1957 in Süditalien ein deutlicher Wandel in der Industrialisierungspolitik für den Mezzogiorno festzustellen ist, der sich dann seit 1960 auch in zunehmendem Maße in den Statistiken niederschlägt. Die gesamten Maßnahmen wurden in den Rahmen einer räumlichen Konzeption gestellt, wobei sich die staatlichen Förderungsmaßnahmen nunmehr vor allem auf die Entwicklungszonen konzentrieren sollten. Der

---

[1] Im einzelnen unterschied man zwischen drei großen Gruppen, und zwar in absinkender Priorität:
Gruppe I
Maschinenbau, chemische Industrie, Metallindustrie, Bergbau, hochspezialisierte landwirtschaftliche Veredelungsindustrie
Gruppe II
Textil- und Bekleidungsindustrie, Zuckerindustrie, Gefrierindustrie, Baumaterialien, Papier- und Holzindustrie
Gruppe III
Lederindustrie, Glas und Keramik, Landwirtschaft
(vgl. Relazione 1960, S. 184).

Staat selbst wurde über seine Unternehmungen in steigendem Maße in den "Antriebsindustrien" der Industrialisierung tätig und bemüht sich, den privaten Unternehmungen vor allem durch die Errichtung räumlicher Schlüsselindustrien effektive Agglomerationsanreize zur Verfügung zu stellen.

Auch die staatliche Infrastrukturpolitik wurde nicht mehr über das ganze Gebiet verstreut, sondern konzentrierte sich nunmehr im wesentlichen auf die Förderung der Entwicklungsgebiete.[1)]

Nach welchen Gesichtspunkten werden solche Entwicklungszonen gebildet?

Wie aus dem Artikel 21 des "testo coordinato" des Gesetzes vom 29. Juli 1957 Nr. 634 hervorgeht[2)], können die örtlichen Behörden (Gemeinden, Provinzen, Industrie-, Handels- und Landwirtschaftskammern und alle anderen interessierten Stellen) ein Konsortium mit dem Zwecke gründen, Infrastrukturvorhaben (Straßen- und Eisenbahnbau, Wasser- und Energieversorgung für industrielle Zwecke, Beleuchtung und Bewässerung) durchführen. Außerdem kann das Konsortium jede andere Initiative ergreifen, die dazu geeignet ist, die industrielle Entwicklung des betreffenden Gebietes voranzutreiben. Wie aus dem Gesetzestext weiter hervorgeht, kann die Cassa per il Mezzogiorno solchen Entwicklungskonsortien bis zu 50 % (ab 1961 bis zu 85 %[3)]) der laufenden Ausgaben für

---

1) Trotzdem gelten alle Förderungsmaßnahmen nach wie vor für den gesamten Mezzogiorno.

2) Vgl. Comitato dei Ministri per il Mezzogiorno, Condizioni e requisti minimi, a.a.O., S. 18.

3) Vgl. Relazione 1961, S. 92.

solche Infrastrukturvorhaben finanzieren.[1] Das Ausmaß des Beitrags der Cassa wird auf Vorschlag der Cassa vom Comitato dei Ministri per il Mezzogiorno nach Anhörung des Industrie- und Handelsministeriums festgesetzt.[1]

Anhand welcher Kriterien und Minimalerfordernisse bei der Bildung solcher Entwicklungsgebiete vorzugehen ist, wurde in Auslegung von Artikel 21 des Gesetzes 634 vom 29. Juli 1957 vom Comitato dei Ministri per il Mezzogiorno allerdings erst in seiner Sitzung vom 30. Juli 1959 nach Anhörung einer interministeriellen Kommission im einzelnen festgesetzt.[2]

---

1) Vgl. Comitato dei Ministri per il Mezzogiorno, Condizioni e requisiti minimi, a.a.O., S. 19.
Mit Gesetz v. 29. Sept. 1962 Nr. 1462 sind die Aufgaben der Cassa erweitert worden. Sie kann nunmehr in Entwicklungsgebieten oder -polen wie folgt intervenieren:
1) Übernahme der Kosten der Abfassung des Entwicklungsplanes,
2) Übernahme von 85 % der Kosten von Infrastrukturvorhaben,
3) Beiträge bis zu 50 % für im Bau befindliche Fabriken,
4) Beiträge von 35-40 % für den Arbeitnehmerwohnungsbau industrieller Unternehmungen,
5) Übernahme von bis zu 40 % der Wasser- und ähnlicher Anschlußkosten für einzelne Unternehmungen,
6) Beteiligung am Ausbau von Häfen und Flughäfen,
7) Finanzierung der Enteignungskosten von Gelände zur Ansiedelung von Industrieunternehmungen und zur Konstruktion von im Bau befindlicher Fabriken,
(vgl. Relazione 1964, II, S. 60 f.).

2) Vgl. hierzu Comitato dei Ministri per il Mezzogiorno, Condizioni e requisiti minimi ... a.a.O., S. 8 ff.
Die wichtigsten Kriterien sollen nachfolgend kurz aufgeführt werden:
I. Quantitative Kriterien
a) Unerläßlich ist es, daß sich in einer geplanten Entwicklungszone bereits Ansätze einer Standortdynamik zeigen. Daher sollten die in "statu nascendi" befindlichen Unternehmungen mindestens 5 % der Industriebeschäftigten des Zensus von 1951 zusätzlich mit Arbeitsplätzen versehen.
b) Die den Hauptort des Entwicklungsgebietes umwohnende Bevölkerung sollte mindestens 100.000 Ew. betragen. Insgesamt sollte die Bevölkerung des Entwicklungsgebietes mindestens 200.000 Ew. betragen.
c) Die Hauptgemeinde (oder der Hauptentwicklungspol) sollte höchstens eine Bevölkerung von 33,33 % der gesamten Einwohnerzahl des Entwicklungsgebietes haben.

Fortsetzung S.116

Unter Beachtung der Richtlinien des Rundschreibens vom 9. März 1961[1] wird sodann anhand der vom Comitato dei Ministri festgelegten Kriterien ein vorläufiger Entwicklungsplan aufgestellt. Dieser vorläufige Plan wird dem Comitato dei Ministri per il Mezzogiorno eingereicht. Dort prüft die mit Dekret vom 12. Juli 1961 errichtete "Commissione Interministeriale" das Projekt. Mit dem Vo-

Fortsetzung der Fußnote S. 115

II. Qualitative Kriterien
a) Es muß sich um vorwiegend ebene und sichere Territorien handeln.
b) Mindestens in der Hauptgemeinde muß die wichtigste Infrastruktur (Eisenbahn, Straßenverbindungen und Seeverbindung) vorhanden sein.

III. Sekundärkriterien
a) Ausreichendes gegenwärtiges oder zukünftiges Vorhandensein von Energie.
b) Wenigstens ein hauptsächlicher Entwicklungspol mit einem Industrialisierungsminimum muß vorhanden sein.
c) Die Wirtschaftsstruktur des Hauptentwicklungspols oder der Hauptgemeinde muß zu den Strukturen der sie umgebenden sekundären Pole oder Gemeinden in komplementärem Verhältnis stehen.
d) Andere unerläßliche Charakteristika eines industriellen Entwicklungsklimas und eventuelle Naturalressourcen (Erdöl, Methan, Mineralien, veredelungsfähige Agrarprodukte) sollten vorhanden sein.

IV. Ergänzende Kriterien
1) Demografisch-ökonomisch-soziale Indikatoren
   a) Arbeitslosigkeit,
   b) Beschäftigte in der Industrie,
   c) Historische Entwicklung der Bedeutung des industriellen Sektors,
   d) Vorhandene Kreditinstitute,
   e) Volksschulen, Mittelschulen, Oberschulen, Berufsschulen, Fachschulen,
   f) Sonstiges.
2) Infrastrukturindikatoren
   a) Vorhandene Straßen (Staats-, Provinz-, Kommunalstraße sowie Straßen zweiter Ordnung) im Verhältnis zur Bevölkerung und/oder zur Oberfläche.
   b) Bedeutung und Dichte der Straßenbahnen, Eisenbahnen, des Telefonnetzes und der Postdienste.
   c) Bahnhöfe, Hafenausrüstungen (mit Angabe des Warenumschlags).
   d) Bestehende Liniendienste und andere Verkehrsverbindungen zwischen den verschiedenen Zentren des Entwicklungsgebietes.
   e) Dichte und Art des bestehenden Elektroversorgungsnetzes.
   f) Wasserleitungen und Bewässerungsanlagen.
   g) Sonstiges.

[1] Vgl. Comitato dei Ministri per il Mezzogiorno, Criteri e direttive per la redazione dei piani regolatori delle "Aree di Sviluppo Industriale" e dei "Nuclei di Industrializzione", Roma 1961

tum dieser Kommission versehen wird der Entwurf an das Comitato dei Ministri zurückgereicht, das seinerseits das Konsortium von dem Ergebnis der Prüfung unterrichtet.[1)]

Unter Berücksichtigung der Vorschläge und Anregungen der Kommission wird sodann ein regulärer Definitivplan aufgestellt, der erneut bei der Kommission eingereicht wird. Nach dem endgültigen Votum der Kommission billigt alsdann

Geographische Verteilung von staatlich geförderten Entwicklungszonen bzw. -polen

1) Vgl. hierzu im einzelnen Relazione 1965 I, S. 80 f.

das "Comitato dei Ministri per il Mezzogiorno" den endgültigen Entwicklungsplan und leitet ihn dem Ministerium für öffentliche Arbeiten zu. Auf Vorschlag dieses Ministeriums wird der endgültige Plan vom Ministerpräsidenten abschließend im Staatsanzeiger veröffentlicht. Nach diesem Verfahren sind bis Ende 1964 bisher 12 Entwicklungsgebiete und 25 Entwicklungspole festgelegt worden.[1] Die geographische Verteilung dieser Entwicklungsgebiete wird aus der vorstehenden Karte deutlich.

Danach entfallen von der gesamten Fläche des Mezzogiorno (137.203 km^2) 20,8 % (28.512 km^2) auf Entwicklungsgebiete bzw. Entwicklungspole. Belief sich die gesamte Wohnbevölkerung des Mezzogiorno im Jahre 1961 auf 20,4 Mio, so lebten davon in den Entwicklungsgebieten bzw. - polen 8,9 Mio. (43,7 %).[2] Die Beschäftigungsstruktur dieser Entwicklungsgebiete ist wesentlich günstiger, als dies im übrigen Mezzogiorno der Fall ist.

Tabelle 11

Beschäftigungsstruktur der süditalienischen Entwicklungsgebiete bzw.-pole im Vergleich zum sonstigen Mezzogiorno bzw. zum nördlichen Italien in v.H.*)

	1961			
	I Landwirtsch.	II Industrie	III sonst. Aktivit.	Insgesamt
Entwicklungsgebiete bzw. -pole	27,5	35,1	37,4	100
sonstiger Mezzogiorno	52,4	28,4	19,2	100
Mezzogiorno insges.	42,7	31,0	26,3	100
Norditalien (Centro-Nord)	20,4	43,6	36,0	100
Gesamtitalien	28,2	39,2	32,6	100

*) Quelle: Relazione 1965 I, S. 68

[1] Vgl. Relazione 1965 I S. 66 f.

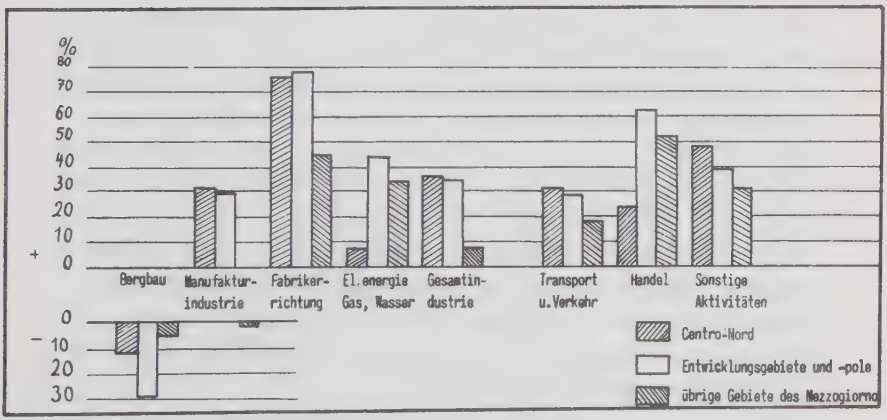
[2] Vgl. Relazione 1965 I S. 66/67

In der Standortdynamik des industriellen Sektors können es die Entwicklungsgebiete bzw. - pole durchaus mit dem nördlichen Durchschnitt aufnehmen. Beispielsweise erhöhten sich die Beschäftigten des Industriesektors der Fortschrittsgebiete des Mezzogiorno von 1951 - 1961 um 33,8 %; in den übrigen Südgebieten lag die entsprechende Wachstumsrate lediglich bei 7 %. Der Norden erhöhte in der gleichen Zeit seine Industriebeschäftigung um 32,5 %.[1)]

In der Manufakturindustrie des Südens stand einer Wachstumsrate der Beschäftigten in den Fortschrittszonen von ca. 30 % sogar eine negative Rate (- 1,2 %) in den übrigen Gebieten gegenüber.[2)]

Stellt man die einzelnen Wachstumsraten sämtlicher Sektoren (außer der Landwirtschaft) im Zeitraum 1951/61 einander gegenüber, so ergibt sich das folgende Bild:

Prozentuale Veränderung der Beschäftigten (außer Landwirtschaft) im Zeitraum zwischen 1951 und 1961*)



*) Quelle: Relazione 1965 I, S. 77

1) Quelle Relazione 1965 I, S. 70/71
2) Quelle Relazione 1965 I, S. 74/75

Wie aus der Grafik im einzelnen hervorgeht, übertrifft die Dynamik der Entwicklungszonen die der übrigen Gebiete des Mezzogiorno besonders im sekundären Sektor ganz erheblich. Im einzelnen liegt die Wachstumsrate fast immer geringfügig unter dem norditalienischen Durchschnitt, lediglich im Sektor "elektrische Energie und Wasser" werden die Wachstumsraten des Nordens um ein Vielfaches übertroffen.

Beträchtlich besser Schritt hielten die Zonen außerhalb der Entwicklungsgebiete allerdings im tertiären Sektor, in dem sich gewöhnlich in den unterentwickelten Gebieten ein beträchtliches "disguised unemployment" verbirgt. Interessant ist auch die starke Verminderung der Beschäftigung, die in den Entwicklungszonen im Bergbau eingetreten ist. In diesen Gebieten scheint man aufgrund der geänderten Arbeitsmarktsituation nicht unerheblich rationalisiert zu haben.

Wie die Karte über die Verteilung der Entwicklungszonen bzw. -pole im Mezzogiorno auf Seite 117 im einzelnen zeigt, konzentrieren sich diese Zonen immer in Gebieten nahe der Küste, wo man über den beträchtlichen standortmäßigen Vorteil natürlicher (in den meisten Fällen bereits vorhandener) Häfen verfügt. Fast immer ist in diesen Gebieten eine Grundindustrie mit standortbildender Kraft vorhanden oder im "statu nascendi".

Es ist kaum möglich, innerhalb dieses kurzen Aufrisses des Mezzogiornoproblems eine erschöpfende Analyse und Beschreibung der einzelnen Entwicklungsvorhaben zu geben. Zwei besonders repräsentative Beispiele sollen in diesem Zusammenhang genügen:

In der Zone Syrakus-Catania wurde unter Ausnützung des bei Gela-Ragusa geförderten Erdöls von der zum Mailänder Edison-Konzern gehörenden Società Industriale Catanese (Sincat) in Priolo eine der größten chemischen Fabriken Europas errichtet, die gegenwärtig jährlich 500.000 t Düngemittel sowie weitere 500.000 t anorganisch-chemische

und petrochemische Produkte erzeugt. Das Werk beschäftigt gegenwärtig 3.300 Menschen, von denen über 90 % Sizilianer sind.[1)]

Dicht neben der Sincat liegen die Anlagen der Raffinerie Siciliane Olii Minerali (RASTOM), die durch eine Rohrleitung mit den von der ENI ausgebeuteten Erdöllagern von Ragusa verbunden ist. Mit einem gegenwärtigen Jahresdurchsatz von 5,4 Mill. t (der durch einen bereits in Gang befindlichen Ausbau auf 8,5 Mill. t gesteigert werden soll) ist die RASTOM bereits heute eine der größten Raffinerien des Mittelmeerraums.[2)] Diese Raffinerie diente ihrerseits der Augusta Petrolchimica (Priolo), einer Tochtergesellschaft der Montecatini Gruppe, als Basis für ihre im Jahre 1960 noch im Stadium der Planung befindliche inzwischen fertiggestellte petrochemische Fabrik[3)], deren Kernstück eine Crackanlage zur Herstellung von Olefinen ist. Man gewinnt dort Aethylen und Popylen. Das Aethylen wird zu Polyaethylen (Plastikmaterial) weiterverarbeitet. Die Produktion von Plastikmaterial bietet ihrerseits wiederum den Ansatzpunkt zu Agglomerationen weiterverarbeitender Betriebe. In Siracusa sind also die Voraussetzungen für ein großes industrielles Zentrum auf der Basis von Chemie und Petrochemie weitgehend schon erfüllt.

---

1) Vgl. Gerlach, Rick, Insel der Raffinerien und der Petrochemie, Handelsblatt v. 21.4.65.
Für die Gründung dieses Werkes waren folgende Gesichtspunkte maßgebend:
a) Der sich im Zuge der Intensivierung der süditalienischen Landwirtschaft immer mehr ausweitende Kunstdüngerbedarf;
b) wichtige Rohstoffe (Schwefel, Kali- und Steinsalze, Erdöl) kommen in Sizilien selbst vor;
c) das Werk ist im ehemaligen Kriegshafen Augusta standortmäßig sehr günstig gelegen.

2) Vgl. zu den Zahlenangaben: Gerlach, Rick, Insel der Raffinerien, a.a.O.

3) Die folgenden Angaben wurden den Notizen über ein Gespräch mit Direktor Dr. Vaudano von der Sincat (Priolo), das am 14. März 1960 stattfand, sowie einer mir dabei übergebenen Druckschrift der Sincat entnommen.

Ein industrieller Komplex von ähnlicher Bedeutung ist in der Entwicklungszone von Taranto im Entstehen begriffen. Innerhalb von vier Jahren ist auf einem Arreal von 500 ha der Hafenzone von Taranto das vierte vollintegrierte Eisen- und Stahlproduktionszentrum der Italsider aus dem Boden gestampft worden. Für das Jahr 1965 ist eine Kapazität von 2 Mio t Stahl und 1,8 Mio t Gußeisen vorgesehen.[1] Mit diesem neuen Zentrum würde der Mezzogiorno im Jahre 1965 über 45 % der nationalen Gußeisenkapazität und über 29 % der nationalen Stahlkapazität verfügen. Das neue Eisen- und Stahlzentrum in Taranto gehört zu den größten Werken Europas. Unter den sich an dieses Zentrum angliedernden weiterverarbeitenden Industrien ist insbesondere eine Röhrenfabrikation von Bedeutung. Für die kleine und mittlere weiterverarbeitende Industrie sind in der Industriezone von Taranto 55 ha vorgesehen. Für die Infrastrukturausrüstung der Zone sind Gesamtausgaben von 20,7 Mrd. eingeplant, wovon 13,5 Mrd. vom Entwicklungs-Konsortium übernommen wurden. Der Entwicklungsplan der Zone sieht vor, daß die Industrie-Beschäftigtenzahl sich von 9.897 im Jahre 1961 auf 83.200 im Jahre 1981 Beschäftigte erhöht.[2]

Als Prinzip der neueren italienischen Entwicklungspolitik ist anzusehen, daß man in jeder Entwicklungszone die notwendige Basis für die Entstehung von Agglomerationsindustrien schafft. Soweit solche Grundindustrien nicht vorhanden sind, werden sie durch staatliche Initiative ins Leben gerufen. Für diese Politik ist die Struktur der italienischen Grundindustrie, in denen die Staatskonzerne IRI und ENI beherrschend sind, hervorragend geeignet. Immer handelt es sich also darum, Zonen zu schaffen, die ausreichend mit Agglomerationsfaktoren und externen Ersparnissen versehen werden, damit sich in ihnen ein kumulativer Industrialisierungsprozeß entwickelt.[3]

---

1) Vgl. Relazione 1961, S. 109, Relazione 1964 II S. 66

2) Vgl. zu sämtlichen Zahlenangaben: Relazione 1964 II, S. 66, sowie Relazione 1965 I, S. 88

3) Vgl. Relazione 1960, S. 181

§ 20 Bisherige Erfolge und Zukunftsperspektiven der Bemühungen zur Angleichung regionaler Disparitäten im Mezzogiorno

Wie in § 19 im einzelnen ausführlich dargestellt, ist von der anfänglichen Konzeption des Vanoni-Planes kaum noch etwas übriggeblieben. Fast sämtliche Zielsetzungen der Planer konnten nicht realisiert werden: Die Verausgabung der öffentlichen Mittel liegt erheblich unter den Planungsansätzen. Der Anteil des Südens am gesamtitalienischen Sozialprodukt stagniert weiterhin. Die Strukturen des Mezzogiorno erweisen eine unerwartete Konstanz. Immerhin wurde ein weiteres Auseinanderklaffen der Entwicklung in Süd und Nord verhindert; das südliche Prokopfeinkommen konnte innerhalb von 13 Jahren (1951 - 1964) konstant bei 60 % des gesamtitalienischen Durchschnittes gehalten werden.[1)]

Es stellt sich die Frage, wie die Bemühungen um eine Angleichung regionaler Disparitäten im Mezzogiorno im Lichte der eingangs abgeleiteten theoretischen Ergebnisse zu werten sind. In Teil I dieser Arbeit wurde gezeigt, daß der räumliche Wachstumsprozess vor allem durch die Herausbildung starker regionaler Ungleichgewichte charakterisiert ist. Die Industrialisierung - so wurde herausgearbeitet - vollzieht sich in Wachstumspolen; und zwar in der Form von irreversiblen räumlichen Konzentrationsprozessen mit kumulativem Charakter. Durch die von diesen Entwicklungspolen ausgehenden Impulse werden sodann die von diesen Gebieten abhängigen (sekundären) Gebiete in höhere Thünensche Intensitätszonen einbezogen. Regionale Entwicklungspolitik bedeutet also immer, daß stagnierende Gebiete mit (industriellen) Gravitationszentren versehen werden, die eine parallele Intensivierung der von ihnen abhängigen Regionen überhaupt erst ermöglichen.

[1)] Vgl. hierzu im einzelnen die Ausführungen in §§ 17 und 19.

Angesichts dieser Charakteristik des räumlichen Wachstumprozesses kann es in der Tat kaum überraschen, daß die italienische Entwicklungspolitik in der ersten Fünfjahresphase wenig erfolgreich verlaufen ist. Tatsächlich konnte man in Italien der besonders auch von Hirschman gegeißelten Versuchung nicht widerstehen, die Industrialisierungsanstrengungen unkonzentriert ohne Orientierung an einer räumlichen Konzeption vorantreiben zu wollen.[1] Die Vorstellung, daß Infrastrukturprojekte auf breiter Front zusammen mit einer Begünstigung der kleinen und mittleren Industrie das Problem der Industrialisierung lösen würden, muß jedoch - das zeigen die italienischen Ergebnisse - als weitgehend gescheitert angesehen werden. Während es sich in der ersten Hälfte der Planperiode äußerst ungünstig bemerkbar machte, daß die Planer in ihrem globalen "Approach" jegliche räumliche Konkretisierung ihrer Vorstellungen vermieden hatten - (in völliger Verkennung raumwirtschaftlicher Gesetzmäßigkeiten versuchte man zunächst sogar auf eine möglichst große räumliche Streuung der industriellen Aktivitäten hinzuarbeiten) - versuchte man allerdings seit 1960 diesem Mangel grundsätzlich abzu-

---

[1] Vgl. Hirschman, Albert O., a.a.O., S. 190 f.
"In contrast to widespread impressions, the most pervasive tendency of governments of underdeveloped countries in making their investment-decisions is not so much the obsession with one showpiece as the dispersal of funds among a large number of small projects scattered widely over the national territory. ... As all governments regardless of their democratic character desire and need support from all sections of the country, the temptation is strong to scatter the investment effort far and wide. Disconected roads are built at many points; small Diesel power plants and aqueducts are installed in many towns; even low-cost housing programs which should obviously concentrate on relieving critical shortages and on slum clearance in the big cities are often similarly dispersed ... the tendency toward wide dispersal of investment funds may be due to ... the group-focused image of change, i.e., to the fact that economic progress is conceived as a force which ought to affect equally all members and sections of the community. Wherever this idea prevails, governments are unprepared and unwilling to make the choices about priorities and sequences that are the essence of development programs."

helfen. Die Konzeption der Entwicklung räumlicher Gravitationszentren (aree e nuclei di sviluppo industriale) muss grundsätzlich als ein sehr viel erfolgversprechender Ansatz zu einer Lösung der italienischen Südfrage gewertet werden.

Wie ist nun dieser neue Ansatz zur Angleichung der regionalen Disparitäten innerhalb Italiens im Lichte der im Teil II dieser Arbeit abgeleiteten Investitionskriterien zu werten?

Dort wurde erkannt, daß man das Gesetz der komparativen Kosten und damit auch den Grenzproduktivitätsansatz als Investitionskriterium des langfristig stationären walrasianischen Gleichgewichts nicht ohne weiteres auf die Wirklichkeit einer dynamischen Wirtschaft übertragen kann: Strukturverändernde Investitionen können nie in marginalen Schritten unternommen werden; daher kann die soziale Profitabilität von Investitionen nicht mehr in statischen "Gleichgewichtspreisen" beim Investor gemessen werden. Vielmehr muß eine ganze Kette von dynamischen Effekten in das soziale Investitionskalkül mit einbezogen werden. Neben dem privaten Ertrag einer Investition kommt es darauf an, die Summe der externen Effekte zu berücksichtigen. In diesen externen Effekten wurde das entscheidende Phänomen erkannt, welches für Lokalisierungsanreize verantwortlich ist. Damit wurde gleichzeitig die Nahtstelle zwischen den Empfehlungen der Standorttheorie und denen einer sinnvoll erweiterten (raumlosen) Gleichgewichtstheorie aufgezeigt. Allerdings war selbst bei einer dynamischen Erweiterung des statischen Effizienzkriteriums noch nicht notwendigerweise eine optimale Entwicklungspolitik gewährleistet. Um über eine solche Politik irgendwelche Aussagen machen zu können, muss vielmehr - so wurde herausgearbeitet - notwendigerweise vorher eine Zielfunktion definiert werden, die vom Wirtschaftspolitiker unter Berücksichtigung der gegebenen Randbedingungen im zeitlichen Ablauf zu maximieren ist. Da in einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung davon auszugehen ist, daß diese zu maximierende

soziale Wohlfahrtsfunktion durch individuelle Präferenzen determiniert ist, muss die Wirtschaftspolitik daher bestrebt sein, den Gegenwartswert des sich im weiteren Wachstum ergebenden Nettowertes an Konsumgütern zu maximieren. Ein möglichst hoher "marginaler Wachstumsbeitrag" von Investitionsprojekten wurde damit als Ziel einer individuell determinierten Entwicklungspolitik abgeleitet.

Gleichzeitig wurde allerdings erkannt, daß zwischen verschiedenen Entwicklungsvorhaben nicht mehr in quantitativer Analyse zu erfassende qualitative Beziehungen der Art bestehen können, dass eine Entwicklungsstrategie der anderen im Hinblick auf die Auslösung dynamischer Wachstumsanreize überlegen ist. In dieser Hinsicht muss eine intelligente Entwicklungspolitik Investitionen in Industrien mit hohem Interdependenzgrad forcieren, da solche Vorhaben mit reichhaltigen "Kopplungseffekten" verbunden sind, die starke Lokalisierungsanreize unter anderem auch zur Agglomeration von Satelliten-Industrien ausüben. Zugleich wurde darauf hingewiesen, daß ein "development via shortage of social-overhead-capital" wegen der dabei auftretenden starken Pressionen im Sinne einer Maximierung dynamischer Induktionseffekte unter Umständen vorzuziehen ist.

Genausowenig, wie die in der ersten Fünfjahresperiode des Vanoni-Planes verfolgte Entwicklungspolitik den in Teil I abgeleiteten standorttheoretischen Überlegungen entspricht, genausowenig hält sie allerdings - das mag deutlich geworden sein - den in Teil II der Arbeit abgeleiteten Investitionskriterien stand. Tatsächlich wurden die Investitionsentschlüsse der ersten Planperiode weitgehend am Konzept des "development via surplus of social-overhead-capital" sowie an statischen Effizienzkriterien ausgerichtet. Für letzteres spricht die anfängliche Konzeption einer möglichst arbeitsintensiven Industrialisierung durch die Ansiedlung von Klein- und Mittelbetrieben.

Die in der zweiten Phase des Vanoni-Planes erfolgte Schwenkung im Sinne der Forcierung (kapitalintensiver) räumlicher Schlüsselindustrien zeigt allerdings, daß die Planer aus ihren anfänglichen Mißerfolgen gelernt haben. In der Tat entspricht die gegenwärtig verfolgte süditalienische Industrialisierungspolitik weitgehend den in Teil I und II dieser Untersuchung gemachten theoretischen Überlegungen. Bewußt werden neuerdings die Anstrengungen zur Angleichung der räumlichen Disparitäten in einen weitgespannten Rahmen gestellt. Man enthält sich aller kurzfristigen Prognosen und betont, daß die Lösung des Mezzogiornoproblems weiterhin unter sehr langfristigen Aspekten betrieben werden müsse.

Da die Koordinierungsgesetze zur Entwicklung des Mezzogiorno am 30.6.1965 ausgelaufen sind, hat die Regierung dem Parlament am 28. Januar 1965 den Entwurf eines neuen Entwicklungsgesetzes vorgelegt. Dieses Gesetz sieht eine Koordinierung der öffentlichen Interventionen mittels eines erneuten mehrjährigen Planes vor; und zwar soll die Mezzogiornofrage nunmehr in eine nationale Entwicklungsprogrammierung einbezogen werden. Zukünftig werden dem Parlament daher jährlich zwei Dokumente präsentiert werden: einmal die übliche "Relazione" über die Koordinierungsaktivitäten, zum anderen aber ein Dokument, in dem die Realität an den programmierten Vorausschätzungen gemessen werden soll.[1)]

Allerdings zeigen Prognoserechnungen kompetenter Ökonomen, daß es zur Lösung der italienischen Südfrage noch ungewöhnlicher Anstrengungen bedürfen wird.

So hat Alberto Campolongo aufgrund der Ergebnisse der ersten Zehnjahresphase der italienischen Entwicklungspolitik festgestellt, daß zur Verdopplung des Sozialproduktes

---

1) Vgl. hierzu das Vorwort der Relazione 1965 I.

des Jahres 1960 (ein sicherlich nicht zu hoch gestecktes Ziel) Investitionen von insgesamt 21.000 Mrd. Lire erforderlich sein werden. Damit würde der Mezzogiorno etwa das gegenwärtige Prokopfeinkommen Norditaliens erreicht haben; gleichzeitig wäre eine höhere Wachstumsrate des Prokopfeinkommens als im Norden gewährleistet. Trotzdem wird sich allerdings das mittlere Prokopfeinkommen des Mezzogiorno lediglich von 52 % des gesamtitalienischen Mittelwertes (1960) auf 58 % im Jahre 1972 erhöht haben. Der Mezzogiorno wird also immer noch wesentlich weniger entwickelt sein als der Norden. Allerdings werden sich bis zum Jahre 1972 beachtliche strukturelle Änderungen in der Wirtschaft des Südens ergeben haben. Während noch im Jahre 1960 die Ansprüche an das regionale Sozialprodukt nur mit Hilfe eines regionalen Importüberschusses von 1.222 Mrd. gedeckt werden konnten (der Konsum übertraf das Bruttosozialprodukt um 70 Mrd. Lire), wird bis zum Jahre 1972 das Sozialprodukt den Konsum um ca. 1.100 Mrd. Lire übertreffen. Der mittlere Kapitalkoeffizient wird sich von 6,05 (1960) auf 4,59 (1972) ermäßigen, zwei Fünftel der Investitionen des Südens werden dann aus eigenem Sparaufkommen bestritten werden können; das Bruttosozialprodukt des Mezzogiorno wird im Jahre 1972 schneller als der Verbrauch wachsen, womit die Voraussetzung für den "take-off" gegeben wäre.[1)]

[1)] Vgl. Campolongo, Alberto, Le dimensioni globali del problema economico del Mezzogiorno, in: Economia Internazionale, Vol. XV, N. 1, Febbraio 1962, S. 55 ff.

Bei seiner Prognoserechnung geht Campolongo wie folgt vor: Aus den Ergebnissen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Mezzogiornos der Jahre 1951 - 1960 errechnet er die mittleren Wachstumsraten für sämtliche makroökonomischen Aggregate. Sodann fixiert er das Entwicklungsziel: Erhöhung des gegenwärtigen süditalienischen Prokopfeinkommens um 85 % (womit für den Süden im Jahre 1972 die gegenwärtige Situation des Nordens erreicht wäre). Unter der Voraussetzung, daß der mittlere Kapitalkoeffizient bis zum Jahre 1972

Fortsetzung S. 129

Fortsetzung der Fußnote S. 128

zwei Drittel des Abstandes, der ihn vom gegenwärtigen mittleren gesamtitalienischen Kapitalkoeffizient trennt, eingeholt haben wird, daß die jährliche Wachstumsrate des Konsums bis zum Jahre 1972 der für den Zeitraum von 1951 - 1960 festgestellten mittleren Wachstumsrate von 4,7 % entspricht, sowie daß sich schließlich die mittlere Wachstumsrate des Importüberschusses, die in der Zeit von 1951 - 1960 bei 10,8 % gelegen hatte, auf Null ermäßigt (somit der Anteil der Importe des Südens am Volkseinkommen von 32 % auf 20 % sinken würde), ist das Modell aufgrund der Bilanzidentitäten bestimmbar.

Die Ergebnisse werden von Campolongo sodann auf ihre Übereinstimmung mit einem gesamtitalienischen Entwicklungsmodell überprüft. Aufgrund einer Schätzung der Abweichung der verschiedenen Parameter seines Modelles von den vorgesehenen Werten kommt er zu dem Resultat, daß das projizierte Ergebnis nur unwesentlich betroffen wird.

§ 21 Zusammenfassende Sichtung der Ergebnisse

Es erweist sich als zweckmäßig, am Ende unserer Untersuchung die wesentlichen Resultate des empirischen dritten Teils der Arbeit noch einmal zusammenzufassen:

1) Der kurze Aufriß der Entstehung, des Ausmaßes und des Erklärungsversuches der italienischen Südfrage zeigte im Einklang mit den im Teil I angestellten standorttheoretischen Überlegungen, daß in Süditalien die Selbststeuerungskräfte des Marktes nicht auf eine Realisierung des räumlichen Optimums hingearbeitet haben. Vielmehr lässt sich im Mezzogiorno deutlich eine zunehmende Divergenz der Entwicklung zwischen Süd und Nord erkennen, die sich in einer wachsenden relativen Verarmung des Südens äußert.

2) Die Hypothese mangelnder regionaler Lohndifferenzierung erwies sich als Erklärungsversuch für die Entstehung der italienischen Südfrage kaum als relevant. Im Gegensatz zu manchen Behauptungen lässt sich vielmehr im Mezzogiorno eine deutliche regionale Lohndifferenzierung nachweisen, die der regionalen Wohlstandsdifferenzierung zwischen Nord und Süd ungefähr entspricht. Die gewerkschaftliche Lohnpolitik kann man also kaum als ernstliches Hindernis für die Industrialisierung des Südens werten.

3) Ursache des Mezzogiornoproblems ist, daß die vorhandenen räumlichen Impulse nicht dazu ausreichen, den Süden in eine Thünensche Intensitätszone einzubeziehen, der eine ausreichende Tragfähigkeit für die dichte Bevölkerung gewährleistet.

4) Zur Lösung der italienischen Südfrage wurden daher folgerichtig vom italienischen Zentralstaat umfangreiche Industrialisierungsanstrengungen unternommen.

Als wesentlicher Mangel der ersten Phase der italienischen Regionalpolitik ist allerdings zu werten, daß die Entwicklungsplaner zunächst nur sehr globale Zielsetzungen ins Auge faßten und sich damit begnügten, ein konsistentes System makroökonomischer Beziehungen aufzustellen. Dabei glaubte man, daß die Anvisierung dieser Ziele dazu geeignet wäre, das Mezzogiornoproblem im Rahmen einer gesamtitalienischen "Infrastrukturpolitik" zu lösen. Bald stellte sich allerdings heraus, daß weder die vorgesehene Infrastrukturpolitik noch die Förderung der Ansiedlung arbeitsintensiver kleiner und mittlerer Industrieunternehmen ein erfolgversprechender Ansatz war.

5) Das Ergebnis der 1965 abgelaufenen ersten zehnjährigen Planungsperiode ist enttäuschend. Fast keines der ambitiösen Ziele des Vanoni-Planes wurde erreicht. Die Strukturen des Mezzogiorno waren vielmehr ungewöhnlich resistent. Als besonders ungünstig erwies es sich allerdings, daß die Planer in ihrem globalen "Approach" zunächst jegliche räumliche Konkretisierung ihrer Vorstellungen vermieden; die Industrialisierungsanstrengungen wurden daher zunächst sogar mit der Konzeption möglichst großer räumlicher Streuung durchgeführt.

6) Alle diese Mängel wurden jedoch in einer zweiten Phase der Süditalienpolitik erkannt, und man versuchte sie abzustellen. Die anfängliche Vorstellung einer räumlich gestreuten Industrialisierung durch die Ansiedlung kleiner und mittlerer Unternehmungen wurde aufgegeben. Seit dem Jahre 1960 richten sich vielmehr alle Anstrengungen darauf, genügend große und homogene Entwicklungszonen im Mezzogiorno herauszukristallisieren, um in ihnen Infrastruktur- und Industrialisierungsvorhaben konzentriert durchzuführen.

7) Schließlich mußte man einsehen, daß es darauf ankommt, in diesen Entwicklungszonen die notwendigen Basisindustrien für die Entstehung von räumlichen Gravitationszentren zu schaffen. Hierzu - so wurde erkannt - eignet sich aufgrund ihrer raumbildenden Kraft besonders die Eisen- und Stahlindustrie. Zudem werden umfangreiche petrochemische Industrialisierungsvorhaben durchgeführt.

8) Zur Lösung der italienischen Südfrage wird es noch auf Jahrzehnte hinaus ungewöhnlicher Anstrengungen bedürfen. Prognoserechnungen auf Grundlage der bisherigen Erfahrungen zeigen, daß erst im Jahre 1972 damit gerechnet werden kann, daß dem Mezzogiorno der "take off into self-sustained growth"[1] gelungen sein wird.

---

[1] Rostow, W.W., The Stages of Economic Growth, Cambridge 1961, S. 17 ff.

A n h a n g *)

*) Soweit in den Tabellen des Anhangs vom "Mezzogiorno" die Rede ist, handelt es sich um die Provinzen: Frosinone und Latina (Lazio meridionale), um Abruzzi und Molise, Campania, Puglie, Basilicata, Calabria, Sicilia und Sardegna.

Die Bezeichnung "Centro-Nord" bezieht sich auf die übrigen (nördlichen) Provinzen Italiens.

Die wichtigsten Begünstigungen zur Förderung der Industrialisierung des Mezzogiorno

A) Steuer- und Zollbegünstigungen

1) Zollfreier Import von Maschinen und Ausrüstungsinvestitionsgütern zur Errichtung neuer oder zur Erweiterung bestehender Anlagen. Darüber hinaus wird die Hälfte der allgemeinen Einfuhrsteuer (I.G.E.) erlassen (Reduzierung auf 1,65 %).

2) Befreiung für alle Ausgleichssteuern für importierte Güter, die zu den unter 1) angegebenen Zwecken eingeführt werden.

3) Zehnjahresbefreiung von der Einkommensteuer (ricchezza mobile) Kategorie B. (Die Steuer differiert je nach der Höhe der ausgewiesenen Gewinne zwischen 28,79 und 36,02 %).

4) Jede Kommune hat die Möglichkeit zur Reduzierung oder Abschaffung von Distriktsteuern.

5) Bis zu 50 % der deklarierten Gewinne, die eine Gesellschaft im Süden reinvestiert, können von der Einkommensteuer freigestellt werden; allerdings darf der Freistellungsbetrag 50 % der Gesamtkosten der Investition nicht überschreiten.

B) Regierungszuschüsse

Die Cassa per il Mezzogiorno gibt bei Neuerrichtung oder Erweiterung von industriellen Anlagen, sofern es sich um Unternehmen kleiner und mittlerer Größe handelt (Anlage-Kapital nicht über 6 Mrd. Lire oder 9,6 Mill $) umfangreiche Zuschüsse. Dieselben Zuschüsse werden an Großunternehmungen geleistet, vorausgesetzt, daß diese die neu zu gründenden Betriebe in ausdrücklich festgelegten Entwicklungsgebieten oder Entwicklungspolen vornehmen. Im einzelnen handelt es sich um

1) bis zu 25 % der Kosten für Bauten, Straßen-, Wasser-, Energie- und Abwässeranschlüsse, Anschlüsse an Gas- oder Öl-Pipelines sowie Eisenbahnanschlußgleise oder ähnliche Projekte;

2) bis zu 10 % der Kosten für den Erwerb von Anlagevermögen (Maschinen und Ausrüstungsinvestitionen), wenn diese nicht zollbefreit sind; wenn es sich um Projekte im Mezzogiorno handelt, kann dieses Limit auf 20 % erhöht werden;

3) bis zu 40 % der Kosten der Errichtung von Wasserwerken, falls diese Projekte für die Industrialisierung notwendig sind.

Alle diese Zuschüsse können als mittelfristige Kredite geleistet werden, vorausgesetzt daß der Gesamtzuschuß 85 % des Investitionsbetrages für das Anlagevermögen nicht überschreitet.

C) Krediterleichterungen

In Süditalien befindliche Industrieunternehmen können von bestimmten Spezialinstituten mittel- oder langfristige Anleihen erhalten; und zwar zu Vorzugszinssätzen, da die Regierung die Differenz zum Marktzinssatz vergütet. Im einzelnen handelt es sich um folgendes:

1) Kredite für kleine und mittlere Industrieunternehmen zum Zwecke der Errichtung, Erweiterung, Umwandlung oder Verlagerung von industriellen Fertigungen. Zinssatz 4 % p.a., Laufzeit nicht über 15 Jahre, Anleihebetrag nicht über 60 - 70 % der Gesamtkosten des Projektes. Gesamtanleihebetrag nicht über 85 % der Gesamtkosten. Sicherheitsleistung im allgemeinen durch Eintragung einer erststelligen Hypothek.

2) Kredite an kleine oder mittlere Industrieunternehmen (gem. Gesetz Nr. 623) als weiterer zeitweiliger Investitionsanreiz. Zinssatz 3 %, längste Laufzeit 15 Jahre, Anleihebetrag nicht über 70 % der Projektkosten einschließlich nicht über 30 % der Gesamtkosten des benötigten Warenlagers. Maximalbetrag der Anleihe 1 Mrd. Lire (in besonderen Fällen 1,5 Mrd. Lire) bei neuen Betrieben; 500 Mio Lire bei Erweiterung bestehender Betriebe.

3) Kredite für größere Industrieunternehmen zu begünstigten Zinssätzen, wie sie vormals nur bei kleinen und mittleren Unternehmungen gewährt werden konnten. Die näheren Bedingungen werden von den zuständigen Behörden festgesetzt.

4) Kredite zu unterschiedlichen Bedingungen können an kleine und mittlere Unternehmungen zum Zwecke der Lagerhaltung, der Ausnützung lokaler Ressourcen, für interne Rationalisierungsprogramme usw. gegeben werden.

D) Weitere Erleichterungen

1) 20 % der gesamten Regierungsaufträge müssen an Unternehmen des Mezzogiorno gehen.

2) Jede Kommune kann eigene Grundstücke und Gebäude verkaufen oder ggf. auch verschenken.

3) Es können für Eisenbahntransporte besondere Vorzugstarife eingeräumt werden, dasselbe kann bei Seetransporten nach Sizilien oder Sardinien geschehen.

4) In besonderen Fällen können Staatsbeteiligungen vorgenommen werden.

5) Besondere Begünstigungen der Touristik und des Hotelgewerbes.

Quelle: Istituto Mobiliare Italiano, Setting up a Business in Italy, Rome 1964, S. 25 ff.

Tabelle I

Entwicklung der Wohnbevölkerung Italiens

Zensus	Erwerbstätige			Nichterwerbstätige		
	Mezzogiorno (000)	Centro-Nord (000)	Italia (000)	Mezzogiorno (000)	Centro-Nord (000)	Italia (000)
1861	5.763	9.902	15.665	4.059	6.604	10.663
1871	5.812	10.281	16.093	4.495	7.462	12.058
1881	5.844	10.461	16.305	5.254	8.232	13.486
1901	5.871	10.899	16.770	6.702	10.306	17.008
1911	5.909	11.703	17.612	7.479	11.830	19.309
1921	5.895	11.855	17.750	7.768	12.338	20.106
1931	5.961	12.590	18.551	8.722	13.770	22.492
1936	6.039	12.998	19.037	9.239	14.123	23.362
1951	6.893	13.779	20.672	10.793	16.051	26.844
			in v.H.			
1861	58,7	60,0	59,5	41,3	40,0	40,5
1871	55,8	57,9	57,2	44,2	42,1	42,8
1881	52,7	56,0	54,7	47,3	44,0	45,3
1901	46,7	51,4	49,6	53,3	48,6	50,4
1911	44,1	49,7	47,7	55,9	50,3	52,3
1921	43,1	49,0	46,9	56,9	51,0	53,1
1931	40,6	47,8	45,2	59,4	52,2	54,8
1936	39,5	47,9	44,9	60,5	52,1	55,1
1951	39,0	46,2	43,5	61,0	53,8	56,5

Quelle: Relazione 1960, S. 90

Tabelle II

Entwicklung der erwerbstätigen Wohnbevölkerung nach Sektoren

Zensus	Landwirtschaft			Industrie			andere Aktivitäten		
	Mezzogiorno (000)	Centro-Nord (000)	Italia (000)	Mezzogiorno (000)	Centro-Nord (000)	Italia (000)	Mezzogiorno (000)	Centro-Nord (000)	Italia (000)
1861	3.547	6.650	10.197	1.395	1.786	3.181	753	1.356	2.109
1871	3.498	6.646	10.144	1.368	2.089	3.457	871	1.413	2.284
1881	3.502	6.455	9.957	1.363	2.349	3.712	881	1.520	2.041
1901	3.508	6.471	9.979	1.355	2.620	3.975	921	1.777	2.699
1911	3.536	6.243	9.779	1.262	3.333	4.595	1.051	2.059	3.110
1921	3.505	6.281	9.783	1.062	3.200	4.262	970	2.433	3.403
1931	3.455	5.921	9.337	1.189	3.704	4.893	1.221	2.850	4.071
1936	3.417	5.631	9.048	1.233	3.914	5.147	1.260	3.169	4.429
1951	3.627	4.634	8.261	1.493	4.797	6.290	1.443	3.583	5.026
1960	2.865	3.702	6.567	1.795	5.593	7.388	1.813	4.368	6.181
1964	2.260	2.707	4.967	1.862	6.134	7.996	1.916	4.702	6.618
	in v.H.								
1861	62,3	67,9	65,9	24,5	18,2	20,5	13,2	13,9	13,6
1871	61,0	65,5	63,8	23,8	20,6	21,8	15,2	13,9	14,4
1881	61,0	62,5	62,0	23,7	22,8	23,1	15,3	14,7	14,9
1901	60,7	59,5	59,9	23,4	24,1	23,9	15,9	16,4	16,2
1911	60,4	53,7	55,9	21,6	28,6	26,3	18,0	17,7	17,8
1921	63,3	52,7	56,1	19,2	26,9	24,4	17,5	20,4	19,5
1931	58,9	47,5	51,1	20,3	29,7	26,7	20,8	22,8	22,2
1936	57,8	44,3	48,6	20,9	30,8	27,6	21,3	24,9	23,8
1951	55,3	35,6	42,2	22,7	36,9	32,1	22,0	27,5	25,7
1960	44,3	27,1	32,6	27,7	40,9	36,7	28,0	32,0	30,7
1964	37,5	20,0	25,4	30,8	45,3	40,8	31,7	34,7	33,8

Quelle: Für die Daten bis 1951 (hier handelt es sich um Zensusergebnisse) Relazione 1960, S.91; für die Daten von 1960 und 1964 (hier handelt es sich um das arithmetische Mittel aus den Monaten Januar, April, Juli, Oktober) Relazione 1965 II, S. 102 - 105.

Tabelle III

Netto-Emigration (-) bzw. -Imigration (+) zwischen den Bevölkerungszensen von 1871 und 1961*)

Jahr	Mezzogiorno		Centro-Nord	
	(000)	Jahres-mittel	(000)	Jahres-mittel
1871	-	-	-	-
1881	- 23	- 2,3	- 338	- 33,8
1901	- 930	- 46,5	- 1.250	- 62,5
1911	- 859	- 85,9	- 787	- 78,7
1921	- 920	- 92,0	+ 516	+ 51,6
1931	- 433	- 43,3	- 544	- 54,4
1936	- 363	- 72,6	+ 44	+ 8,8
1951	- 1.017	- 67,7	+ 7	+ 0,5
1961	- 1.883	- 188,3	+ 645	+ 64,5

Tabelle III a

Jährliche Binnenwanderung zwischen Süd- und Norditalien**)

	Süd	Nord
1960	- 137.720	+ 146.649
1961	- 259.159	+ 218.817
1962	- 200.247	+ 221.127
1963	- 149.355	+ 262.277
1964	- 108.256	+ 145.953

*) Quelle: Werte bis 1951: Relazione 1960, S. 85
Werte für 1961: Relazione 1962, S. 281

**) Quelle: Relazione 1965 II, S. 78

abelle IV

Entwicklung des Prokopfeinkommens (Nettovolkseinkommen zu Marktpreisen) im Zeitraum 1951 - 1964

ahre	Wohnbevölkerung	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen				Index des Prokopfeinkommens			
		Zu laufenden Preisen		Zu Preisen von 1954		Laufende Preise		Preise von 1954	
	(000)	(Mrd. Lire)	Pro Kopf (000)	(Mrd. Lire)	Pro Kopf (000)	(1951 = 100)	(Italien =100)	(1951 =100)	(Italien =100)
				Mezzogiorno					
951	17.651	1.958,2	110,9	2.229,9	126,3	100,0	59,5	100,0	63,1
952	17.749	2.015,6	113,6	2.165,3	122,0	102,7	58,2	96,6	60,2
953	17.866	2.356,4	131,9	2.419,6	135,4	118,9	62,1	107,2	62,7
954	18.000	2.458,7	136,6	2.458,7	136,6	123,2	60,8	108,2	60,8
955	18.128	2.593,4	143,1	2.503,4	138,1	129,0	58,6	109,3	58,0
956	18.224	2.826,9	155,2	2.627,9	144,2	139,9	59,4	114,2	58,5
957	18.287	3.076,7	168,3	2.844,0	155,5	151,8	60,3	123,1	59,5
958	18.353	3.220,6	175,5	2.929,8	159,6	158,3	59,0	126,4	59,0
959	18.441	3.347,2	181,5	3.006,6	163,0	163,7	57,3	129,1	56,1
960	18.512	3.587,0	193,8	3.098,5	167,4	174,8	56,6	132,5	54,2
961	18.567	4.124,5	222,1	3.513,6	189,2	200,3	59,5	149,8	56,8
962	18.633	4.618,4	247,9	3.677,0	197,3	223,5	58,9	156,2	55,9
963	18.722	5.440,5	290,6	3.967,5	211,9	262,0	61,2	167,8	57,8
964	18.880	5.829,5	308,8	3.988,8	211,3	278,4	60,1	167,3	56,6
				Centro-Nord					
951	29.760	6.877,8	231,1	7.255,1	243,8	100,0	124,0	100,0	121,8
952	29.917	7.287,4	243,6	7.492,7	250,4	105,4	124,8	102,7	123,6
953	30.091	7.836,6	260,4	7.940,4	263,9	112,7	122,5	108,2	122,2
954	30.299	8.389,3	276,9	8.389,3	276,9	119,8	123,3	113,6	123,3
955	30.505	9.277,6	304,1	9.084,6	297,8	131,6	124,6	122,1	125,0
956	30.697	9.952,1	324,2	9.428,1	307,1	140,3	124,1	126,0	124,6
957	30.895	10.651,3	344,8	10.003,0	323,8	149,2	123,5	132,8	124,0
958	31.123	11.497,4	369,4	10.459,2	336,1	159,8	124,2	137,9	124,2
959	31.391	12.429,8	396,0	11.471,4	365,4	171,3	125,1	150,0	125,8
960	31.686	13.610,0	429,5	12.402,5	391,4	185,9	125,4	160,5	126,7
961	31.967	14.886,5	465,7	13.330,4	417,0	201,5	123,8	171,0	125,1
962	32.313	16.833,6	521,0	14.310,0	442,9	225,4	123,7	181,7	125,4
963	32.781	19.028,5	580,5	14.902,5	454,6	251,2	122,2	186,5	124,1
964	33.250	20.938,5	629,7	15.456,2	464,8	272,5	122,6	190,6	124,6

Jahre	Wohnbevölkerung	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen				Index des Prokopfeinkommens			
		Zu laufenden Preisen		Zu Preisen von 1954		Laufende Preise		Preise von 1954	
	(000)	(Mrd. Lire)	Pro Kopf (000)	(Mrd. Lire	Pro Kopf (000)	(1951 =100)	(Italien =100)	(1951 =100)	(Italien =100)
					Italien				
1951	47.411	8.836	186,4	9.485	200,1	100,0	100,0	100,0	100,0
1952	47.666	9.303	195,2	9.658	202,6	104,7	100,0	101,2	100,0
1953	47.957	10.193	212,5	10.360	216,0	114,0	100,0	107,9	100,0
1954	48.299	10.848	224,6	10.848	224,6	120,5	100,0	112,2	100,0
1955	48.633	11.871	244,1	11.588	238,3	131,0	100,0	119,1	100,0
1956	48.921	12.779	261,2	12.056	246,4	140,1	100,0	123,1	100,0
1957	49.182	13.728	279,1	12,847	261,2	149,7	100,0	130,5	100,0
1958	49.476	14.718	297,5	13.389	270.6	159,6	100,0	135,2	100,0
1959	49.832	15.777	316,6	14.478	290,5	169,8	100,0	145,2	100,0
1960	50.198	17.197	342,6	15.501	308,8	183,8	100,0	154,3	100,0
1961	50.534	19.011	376,2	16.844	333,3	201,8	100,0	166,6	100,0
1962	50.946	21.452	421,1	17.987	353,1	225,9	100,0	176,5	100,0
1963	51.503	24.469	475,1	18.870	366,4	254,9	100,0	183,1	100,0
1964	52.130	26,768	513,5	19.445	373,0	275,5	100,0	186,4	100,0

Quelle: Relazione 1965 II, S. 47

Tabelle V

Rangordnung der italienischen Provinzen nach der Höhe ihres Prokopfeinkommens (Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten) im Jahre 1962

Rangziffer	Provinz	absolute Höhe des Prokopfeinkommens (Lire)	Index (Mittel für Gesamtitalien = 100)
1	Milano	694.828	194,9
2	Torino	604.525	169,6
3	Genova	539.237	151,3
4	Trieste	510.677	143,3
5	Vercelli	496.174	139,2
6	Valle d'Aosta	494.774	138,8
7	Imperia	494.299	138,7
8	Ravenna	487.471	136,7
9	Varese	487.446	136,7
10	Ferrara	478.535	134,2
11	Roma	476.244	133,6
12	Savona	469.172	131,6
13	Bologna	461.293	129,4
14	Novara	450.393	126,3
15	Firenze	447.789	125,6
16	Piacenza	442.777	124,2
17	Livorno	432.197	121,2
18	Como	424.736	119,1
19	Venezia	423.827	118,9
20	Parma	419.589	117,7
21	Pavia	406.445	114,0
22	Alessandria	399.473	112,1
23	Modena	393.962	110,5
24	Mantova	393,493	110,4
25	Verona	380.954	106,9
26	La Spezia	379.331	106,4
27	Reggio Emilia	377.020	105,8
28	Gorizia	372.128	104,4
29	Cremona	367.155	103,0
30	Bolzano	366.355	102,8
31	Asti	365.801	102,6
32	Pisa	362.954	101,8
33	Bergamo	356.982	100,1
34	Cuneo	356.180	99,9
35	Terni	347.612	97,5

Quelle: Guglielmo Tagliacarne; Calcolo del reddito prodotto dal settore privato e dalla pubblica amministrazione nelle provincie e regioni d'Italia nel 1962 e confronto col 1961 - Indici di alcuni consumi e del risparmio bancario, in: Banca Nazionale del Lavoro, Moneta e Credito, Settembre 1963, S. 400.

Rangziffer	Provinz	absolute Höhe des Prokopfeinkommens (Lire)	Index (Mittel für Gesamtitalien = 100)
36	Siena	343.415	96,3
37	Grosseto	338.303	94,9
38	Brescia	335.015	94,0
39	Siracusa	334.597	93,9
40	Padova	332.206	93,2
41	Viterbo	331.963	93,1
42	Vicenza	327.988	92,0
43	Sondrio	319.271	89,6
44	Ancona	316.040	88,7
45	Massa Carrara	314.898	88,3
46	Lucca	314.620	88,3
47	Trento	310.814	87,2
48	Forli	309.743	86,9
49	Pistoia	306.977	86,1
50	Rovigo	294.377	82,6
51	Napoli	291.777	81,8
52	Pescara	282.401	79,2
53	Treviso	280.986	78,8
54	Arezzo	278.579	78,1
55	Udine	277.331	77,8
56	Cagliari	273.577	76,7
57	Macerata	272.903	76,6
58	Foggia	268.654	75,4
59	Latina	260.517	73,1
60	Belluno	260.453	73,1
61	Rieti	257.396	72,2
62	Palermo	256.870	72,1
63	Ragusa	255.901	71,8
64	Perugia	254.530	71,4
65	Sassari	253.421	71,1
66	Taranto	250.887	70,4
67	Bari	248.983	69,8
68	L'Aquila	246.931	69,3
69	Ascoli Piceno	245.636	68,9
70	Pesaro Urbino	243.672	68,4
71	Trapani	237.642	66,7
72	Chieti	235.221	66,0
73	Messina	230.133	64,6
74	Salerno	225.089	63,1
75	Brindisi	223.917	62,8
76	Teramo	219.012	61,4
77	Campobasso	217.529	61,0
78	Catania	214.421	60,1
79	Matera	212.570	59,6
80	Frosinone	195.787	54,9

Rangziffer	Provinz	absolute Höhe des Prokopfeinkommens (Lire)	Index (Mittel für Gesamtitalien = 100)
81	Caserta	190.182	53,3
82	Nuoro	187.486	52,6
83	Lecce	183.436	51,5
84	Benevento	180.973	50,8
85	Avellino	179.152	50,3
86	Caltanissetta	176.421	49,5
87	Potenza	174.975	49,1
88	Reggio Cal.	172.125	48,3
89	Catanzaro	168.290	47,2
90	Enna	165.494	46,4
91	Agrigento	162.707	45,6
92	Cosenza	157.705	44,2
	Mittelwert für Gesamtitalien	356.483	100,0

Tabelle VI

Analphabeten im Alter von 6 Jahren und darüber (1861 - 1961) *)

Jahr	Mezzogiorno		Centro-Nord		Italien	
	Anzahl	Pro 100 Ew.	Anzahl	Pro 100 Ew.	Anzahl	Pro 100 Ew.
1861	7.338.760	87,1	6.714.742	67,0	14.053.502	74,7
1871	7.542.750	84,2	8.344.028	61,9	15.886.778	68,8
1901	7.517.916	70,2	5.833.142	40,5	13.351.058	48,7
1911	6.550.072	58,9	4.522.942	30,8	11.073.014	37,9
1921	5.818.566	46,9	3.476.429	21,8	9.294.995	27,3
1931	4.760.134	39,2	2.619.450	15,6	7.379.584	20,9
1951	3.718.531	24,4	1.737.474	6,4	5.456.005	12,9
1961	2.632.423	16,1	1.199.503	4,1	3.831.926	8,4

*) Quelle: Relazione 1965/II, S. 311

Tatsächliche und "normale" Wertschöpfung
im Mezzogiorno nach Wirtschaftsbereichen
(Dollar pro Kopf)*)

Sektor	1951			1959		
	tats. Wertsch. (1)	"normale" Wertsch. (2)	(1):(2) (3)	tats. Wertsch. (4)	"normale" Wertsch. (5)	(4):(5) (6)
A. Primärer Sektor						
1. Landwirtschaft	80.70	70.90	1.14	94.19	83.22	1.13
2. Bergbau	2.93	3.99	.73	6.10	5.41	1.13
Gesamt	83.67	74.89	1.12	100.29	88.63	1.13
B. Industrie						
3. Nahrungsmittelind.	17.07	11.21	1.52	22.90	16.11	1.42
4. Textilind.	.93	4.33	.21	0.93	7.10	.13
5. Bekl. u. Lederind.	2.10	2.55	.82	3.15	4.44	.71
6. Holzindustrie	2.58	1.66	1.55	3.78	2.97	1.27
7. Metallurg. Ind.	1.11	2.69	.41	2.42	5.59	.43
8. Maschinenbau	4.48	2.72	1.65	9.12	6.37	1.44
9. Nichtmetallische Mineralien	1.21	1.72	.70	2.85	2.94	.97
10. Chemische Ind.	3.16	3.18	.99	6.15	5.63	1.09
11. Papierindustrie	.29	.54	.54	.56	1.33	.42
12. sonstige Ind.	.60	1.82		1.19	3.17	
unklassifiz. Kleinind.		6.13			6.36	
Gesamt (3-12)	33.93	38.55	.88	53.06	61.96	.86
13. Bauwirtschaft	7.69	10.75	.72	17.65	15.64	1.12
14. Elektrizit.,Gas,Wasser	4.48	(5.00)		7.65	(8.00)	
Gesamtind. (3-14)	45.73	54.30	.84	78.36	85.60	.92
15. Verkehr	13.70	14.00	.98	19.30	21.34	.90
16.-20. Dienste	65.01	81.50	.80	80.29	115.10	.70
Gesamt	209.24	224.69		278.21	310.67	

*) Quelle: Chenery, Hollis B., Politiche di sviluppo per l'Italia Meridionale, in: SVIMEZ (Associazione per lo sviluppo dell'industria nel Mezzogiorno), Serie "Monografie" - Roma 1962, S. 7.

Tabelle VIII

Bevölkerungswachstum von 1871 - 1964 *)

Periode	Lebend-geborene (000)	Tote (000)	Natürl. Wachstum (000)	Geburten-rate ‰	Sterblich-keitsrate ‰	Natürl. Wachstum ‰
			Mezzogiorno			
1871-80	4.132	3.335	777	38,7	31,4	7,3
1881-90	4.643	3.388	1.255	39,5	28,9	10,6
1891-900	4.618	3.272	1.346	36,9	26,1	10,8
1901-10	4.369	3.020	1.349	31,6	21,8	9,8
1911-20	4.093	3.141	952	30,7	23,6	7,1
1921-30	4.663	2.634	2.029	31,5	17,8	13,7
1931-40	4.454	2.414	2.041	29,7	16,1	13,6
1941-50	4.340	2.245	2.095	26,0	13,5	12,5
1951	426	179	247	24,6	10,3	14,3
1959	434	156	278	22,8	8,3	14,6
1964	453	163	290	23,0	8,3	14,7
			Centro-Nord			
1871-80	5.975	4.848	1.127	35,6	28,8	6,8
1881-90	6.419	4.603	1.816	35,7	25,6	10,1
1891-900	6.370	4.321	2.049	34,1	23,1	11,0
1901-10	6.526	4.176	2.350	31,2	20,0	11,2
1911-20	5.660	4.263	1.397	24,1	18,2	5,9
1921-30	6.060	3.667	2.393	27,2	16,5	10,7
1931-40	5.291	3.324	1.968	20,6	12,9	7,7
1941-50	4.735	3.339	1.395	17,3	12,2	5,1
1951	435	303	132	14,8	10,3	4,5
1959	476	299	177	15,2	9,6	5,7
1964	564	326	238	17,4	10,0	7,4

*) Quelle: bis 1959: Relazione 1960, S. 83/84
für 1964: Relazione 1965 II, S. 68

Tabelle IX

Indizes der durchschnittlichen Effektivgehälter in den italienischen Provinzen (berechnet auf der Basis: Reggio Calabria = 100%)
- Ergebnis einer im März 1961 durchgeführten Befragung von 2072 Unternehmungen - *)

Provinz	Index auf der Basis Reggio Calabria = 100	Rang-nummer
Piemonte		
Aosta	164,2	8
Alessandria	150,0	28
Asti	138,2	37
Cuneo	137,6	40
Novara	-	-
Torino	185,0	2
Vercelli	146,4	31
Lombardia		
Bergamo	151,2	24
Brescia	155,5	18
Como	153,9	23
Cremona	154,6	19
Mantova	145,5	32
Milano	188,4	1
Pavia	-	-
Sondrio	158,5	12
Varese	164,4	7
Trentino Alto Adige		
Bolzano	164,8	6
Trento	167,6	5
Veneto		
Belluno	135,8	42
Padova	138,1	38
Rovigo	131,9	45
Treviso	128,4	52
Venezia	154,0	22
Verona	136,4	41
Vicenza	145,5	33

*) Quelle: Ammassari, Giuseppe, I salari di fatto in Italia, inchiesta sugli slittamenti Salariali, Milano 1963, S. 178 - 180.

Provinz	Index auf der Basis Reggio Calabria = 100	Rang-nummer
Friuli Venezia Giulia		
Gorizia	158,0	13
Trieste	158,8	11
Udine	155,8	15
Liguria		
Genova	167,7	4
Imperia	154,2	21
La Spezia	157,1	14
Savonna	160,7	10
Emilia e Romagna		
Bologna	143,3	34
Ferrara	133,7	48
Forli	137,7	39
Modena	138,5	36
Parma	151,0	25
Piacenza	147,7	30
Ravenna	150,6	27
Reggio Emilia	135,9	43
Toscana		
Arezzo	123,8	55
Firenze	155,8	16
Grosseto	132,6	49
Livorno	163,4	9
Lucca	140,1	35
Massa Carrara	151,0	26
Pisa	154,6	20
Pistoia	131,9	50
Siena	131,4	51
Umbria		
Perugia	155,6	17
Terni	135,9	44
Marche		
Ancona	128,3	53
Ascoli	121,1	58
Macerata	114,3	65
Pesaro	117,5	62

Provinz	Index auf der Basis Reggio Calabria = 100	Rang-nummer
Lazio		
Frosione	117,5	61
Latina	113,6	66
Rieti	110,4	72
Roma	170,9	3
Viterbo	108,1	77
Abruzzi		
Campobasso	109,4	74
Chieti	117,6	60
L'Aquila	111,6	70
Pescara	120,2	59
Teramo	102,9	85
Campania		
Avellino	105,6	82
Benevento	101,3	86
Caserta	-	-
Napoli	148,1	29
Salerno	134,5	47
Puglia		
Bari	112,4	68
Brindisi	111,9	69
Foggia	106,2	80
Lecce	108,1	78
Taranto	124,4	54
Calabria e Basilicata		
Matera	100,0	88
Potenza	104,1	84
Catanzaro	105,7	81
Cosenza	107,8	79
Reggio Calabria	100,0	89

Provinz	Index auf der Basis Reggio Calabria = 100	Rang-nummer
Sicilia		
Agrigento	113,6	67
Caltanissetta	107,5	76
Catania	122,9	57
Enna	100,7	87
Messina	116,9	63
Palermo	134,9	46
Ragusa	108,5	75
Siracusa	123,4	56
Trapani	104,7	83
Sardegna		
Cagliari	116,0	64
Nuoro	110,7	71
Sassari	109,7	73

Tabelle X

Gesamtübersicht der von der Cassa per il Mezzogiorno von 1950 - 30. Juni 1964 realisierten oder provozierten Investitionen

	Mrd.Lire	in v.H.
1. Infrastrukturinvestitionen		
a) Bodenverbesserung und -ystematisierung, Bodenreform	844,1	
b) Straßenbau	160,6	
c) Wasserleitungen und Kanalisation	257,9	
d) Eisenbahn- und Hafenbau	102,2	
e) sonstiges	10,4	
Insgesamt (1-e)	531,1	
f) Fremdenverkehr	37,9	
Infrastruktur insgesamt	1.413,1	38,1
2. Geförderte Privatinvestitionen		
g) Bodenverbesserung	422,3	
h) industrielle Aktivitäten	1.697,3	
i) Fischerei u. Handwerk	72,0	
Geförderte Privatinv. insges. (g-i)	2.191,6	59,1
3. Sonstige Investitionen		
j) Schulbau, Förderung des Unterrichtswesens, soziale Aktivitäten	71,8	
k) Intervention zugunsten der Provinz Neapel	33,2	
sonstige Investitionen insges. (j - k)	105,0	2,8
Gesamte Investitionen der Cassa (a - k)	3.709,7	100,0

Quelle: Relazione 1965 I, S. 4 f.

Tabelle XI

Prozentuale Aufteilung der vom Ministerium für Staatsbeteiligungen im Zeitraum 1957 - 1964 im Mezzogiorno vorgenommenen Investitionen und Vorausschätzung für 1965 *)

	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965
Mineralgewinnung u. Produktion	1,4	0,5	0,9	1,1	0,5	0,5	0,4	0,6	0,5
Eisen- und Metallind.	18,2	14,2	11,7	9,8	10,2	8,5	49,8	51,4	41,4
Zement	1,0	2,0	0,5	0,7	0,2	0,1	1,2	3,0	2,0
Mechanische Industrie	4,3	1,9	1,9	4,4	5,9	5,4	4,2	2,7	3,6
Werften		1,9	1,5	4,1	0,8	0,7	0,3	0,5	0,3
Kohlenwasserstoffe (Idrocarburi)	28,2	18,3	20,2	22,0	14,8	14,3	21,6	9,7	9,3
Petrochemie	.	.	.	3,4	5,0	16,5	2,2	6,5	4,3
Elektro- u. Nuklearenergie	35,8	34,5	32,4	26,6	36,0	32,8	-	-	-
Fernmeldewesen	2,2	15,3	20,2	15,6	13,4	10,1	7,9	8,3	12,0
Fernsehen	3,7	2,5	2,5	1,5	2,1	1,5	0,9	0,7	0,7
Autostraßen	2,5	5,0	4,1	9,6	9,6	7,3	4,2	4,3	9,3
Thermen	-	-	-	-	0,4	0,4	0,4	0,2	0,7
Verschiedenes	2,7	3,9	4,1	1,2	17,1	1,9	6,9	12,1	16,0
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
z.Vgl.in Mrd.Lire	48,9	73,9	80,1	120,4	167,7	267,4	331,0	329,8	300,1
Mezzogiorno-Investitionen i.v.H. der Gesamtinvest.	19,5	23,6	26,3	37,9	37,4	41,1	46,8	45,4	41,3

*) Quelle: Relazione 1965 I, S. 142 - 43

Tabelle XII

Gesamtstatistik der im Mezzogiorno im Zeitraum 1955 - 1964 durchgeführten öffentlichen Arbeiten

	(Mrd. Lire)	in v.H.
1. Straßenbau	558	21,0
2. Hydroelektrizität	46	1,7
3. Hafenbau	56	2,1
4. Wohnungsbau		
a) privat	506	19,0
b) öffentlich	338	12,7
5. Eisenbahnbau	155	5,8
6. Hygienisch-sanitäre Arbeiten	318	12,0
7. Bodenverbesserungen	597	22,5
8. Sonstiges	86	3,2
Mezzogiorno insgesamt	2.660	100,0
z.Vgl. Centro Nord	3.961	
Mezzogiorno in v.H. der Gesamtinvestition (6.651)		40,4

Quelle: Relazione 1965 I, S. 8

Literaturverzeichnis

a) Literatur zu Teil I und II

Balassa, Bela,

The Theory of Economic Integration, Homewood (Illinois) 1961

ders. The Factor-Price Equalization Controversy, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 87 (1961 II), S. 111 ff.

Böventer, Edwin von,

Die Struktur der Landschaft, Versuch einer Synthese und Weiterentwicklung der Modelle J.H. von Thünens, W. Christallers und A. Löschs, in: Optimales Wachstum und optimale Standortverteilung, Schriften des Vereins für Socialpolitik N.F., Bd. 27, (Hrsg. Erich Schneider), S. 77 ff.

ders. Theorie des räumlichen Gleichgewichts, Tübingen 1962

Byé, Maurice,

Localisation de l'investissement et Communauté Economique Européenne, in: Revue Economique, Mars 1958, S. 188 ff.

Cassel, Gustav,

Theoretische Sozialökonomie, 3. Auflage, Leipzig 1923

Chenery, Hollis B.,

The Application of Investment Criteria, in: The Quarterly Journal of Economics, Vol. LXVII, Febr. 1953, S. 76 ff.

ders. Comparative Advantage and Development Policy, in: The American Economic Review, Vol. LI, March 1961, No. 1, S. 18 ff.

ders. und
Clark, Paul G.,

Interindustry Economics, New York - London 1959

Christaller, Walter,

Die zentralen Orte in Süddeutschland, Jena 1933

Dupuit, Jules,

On the Measurement of the Utility of Public Works, in: International Economic Papers No. 2, London - New York 1952, S. 83 ff., Übersetzung und Wiederabdruck von: De la mesure de l'utilité des travaux publics, in: Annales des Ponts et Chaussées, Second Séries, Vol. VIII (1844)

Eckstein, Otto,

Investment Criteria for Economic Development and the Theory of Intertemporal Welfare Economics, in: The Quarterly Journal of Economics, Vol. LXXI 1957, S. 56 ff.

Galenson, Walter, und
Leibenstein, Harvey,

Investment Criteria, Productivity and Economic Development, in: The Quarterly Journal of Economics, Vol. LXIX, August 1955, S. 343 ff.

Giersch, Herbert,

Probleme der regionalen Einkommensverteilung, in: Probleme des räumlichen Gleichgewichts in der Wirtschaftswissenschaft, Verhandlungen auf der Tagung des Vereins für Socialpolitik in Göttingen 1958, (Hrsg. W.G. Hoffmann), Schriften des Vereins für Socialpolitik N.F., Bd. 14, Berlin 1959, S. 85 ff.

ders. Einige Probleme der kleineuropäischen Zollunion, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 113, 1957, S. 603 ff.

ders. Das ökonomische Grundproblem der Regionalpolitik, in: Gestaltungsprobleme der Weltwirtschaft, Festschrift für Andreas Predöhl, (Hrsg. Harald Jürgensen), Göttingen 1964, S. 386 ff.

Haberler, Gottfried,

Außenhandel (Theorie), in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 1, Göttingen 1956, S. 457 ff.

Hirschman, Albert O.,

The Strategy of Economic Development, New Haven 1958

Isard, Walter,

Location and Space-Economy, A General Theory Relating to Industrial Location, Market Areas, Land Use, Trade and Urban Structure, New York - London 1956

Isenberg, Gerhard,

Regionale Wohlstandsunterschiede, Finanzausgleich und Raumordnung, in: Finanzarchiv N. F., Bd. 17, 1956/57, S. 64 ff.

Jürgensen, Harald,

Die westeuropäische Montanindustrie und ihr gemeinsamer Markt, (Forschungen des Instituts für Verkehrswissenschaft an der Universität Münster, Bd. 10), Göttingen 1955

Kantzenbach, Erhard,

Möglichkeiten und Grenzen der Konjunkturpolitik in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, (Vorträge und Beiträge aus dem Institut für Verkehrswissenschaft an der Universität Münster, Hrsg. Andreas Predöhl), Göttingen 1959

Langen, H.,

Die Kapazitätsausweitung durch Reinvestition liquider Mittel aus Abschreibungen, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, Band 5, 1953, S. 49 ff.

Lewis, W. Arthur,

The Theory of Economic Growth, London 1955

Lipsey, R.G., und
Lancaster, Kelvin,

The General Theory of Second Best, in: The Review of Economic Studies, Vol. XXIV, 1956/57, S. 11 ff.

Lösch, August,

Die räumliche Ordnung der Wirtschaft, 2. Auflage, Jena 1944

Meinhold, Helmut,

Probleme der räumlichen Konzentration, in: Die Konzentration in der Wirtschaft, 3. Bd.: Wirkungen und Probleme der Konzentration, Schriften des Vereins für Socialpolitik N. F., Bd. 20/III, (Hrsg. Helmut Arndt), S. 1687 ff.

Miksch, Leonhard,

Zur Theorie des räumlichen Gleichgewichts, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 66, 1951 (I), S. 5 ff.

Myrdal, Gunnar,

Rich Lands and Poor, New York 1957

Nurkse, Ragnar,

Some International Aspects of the Problem of Economic Development, in: The American Economic Review, May 1952, Wiederabdruck in: Agarwala, A. N., und Singh, S.P., The Economics of Underdevelopment, Oxford 1958, S. 256 ff.

ders. Diskussionsbeitrag in: Stability and Progress in the World Economy, The First Congress of the International Economic Association, (Hrsg. Douglas Hague), London 1958, S. 76

Ohlin, Bertil,

Die Beziehungen zwischen internationalem Handel und internationalen Bewegungen von Kapital und Arbeit, in: Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. II, 1931, S. 161 ff.

ders. Interregional and International Trade, Harvard Economic Studies, Vol. 39, Cambridge 1957

Perroux, François,

La coexistence pacifique, Paris 1958, Bd. 2: Pôles de développement ou nations?

Predöhl, Andreas,

Artikel "Weltwirtschaft", in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaft, Bd. 11, Göttingen 1961, S. 604 ff.

ders. Außenwirtschaft, Weltwirtschaft, Handelspolitik und Währungspolitik, (Grundriß der Sozialwissenschaft, Bd. 17), Göttingen 1949

Predöhl, Andreas,

Von der Standortlehre zur Raumwirtschaftslehre, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Bd. 2, 1951, S. 94 ff.

ders. Das Standortsproblem in der Wirtschaftstheorie, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 21, (1925 I), S. 294 ff.

ders. Zur Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, in: Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, (Hrsg. Erik Boettcher), Tübingen 1964, S. 157 ff.

Preiser, Erich,

Bildung und Verteilung des Volkseinkommens, Göttingen 1957

Röpke, Wilhelm,

Civitas Humana, Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsreform, (2. Aufl.), Zürich 1946

Rosenstein-Rodan, Paul,

Problems of Industrialization of Eastern and South Eastern Europe, in: The Economic Journal, June-Sept. 1943, Wiederabdruck in: Agarwala, A.N., und Singh, S.P., The Economics of Underdevelopment, Oxford 1958, S. 245 ff.

Rütter, Winfried,

Die Stellung Australiens im Standortsystem der Weltwirtschaft, (Weltwirtschaftliche Studien, herausgegeben von Andreas Predöhl, Heft 2), Göttingen 1963

Scitovsky, Tibor,

Two Concepts of External Economies, in: The Journal of Political Economy, Vol. LXII 1954, S. 143 ff.

Solow, Robert M.,

A Contribution to the Theory of Economic Growth, in: The Quarterly Journal of Economics, Vol. LXX, Febr. 1956, S. 65 ff.

Stolper, Wolfgang F.,

Standorttheorie und Theorie des Internationalen Handels, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 112. Bd., 1956, S. 193 ff.

Thünen, Johann Heinrich von,

Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie, 2. Auflage, Rostock 1842

b) Literatur zu Teil III

Ammassari, Giuseppe,

I salari di fatto in Italia, Inchiesta sugli slittamenti salariali, Milano 1963

Böhm-Bawerk, Eugen von,

Macht oder ökonomisches Gesetz, in: Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, Wien, Bd. 23 (1914), S. 205 ff.

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung,

Die Standortwahl in der Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum von 1955 bis 1960, Bonn 1961

Campolongo, Alberto,

Le dimensioni globali del problema economico del Mezzogiorno, in: Economia Internazionale, Vol. XV; N. 1, Febbraio 1962, S. 55 ff.

Comitato dei Ministri per il Mezzogiorno,

Condizione e requisiti minimi per istituire "Aree di Sviluppo Industriale" nel Mezzogiorno, al sensi della legge 29 Luglio 1957, Nr. 634 e successive modificazioni, Roma 1960

Comitato dei Ministri per il Mezzogiorno,

Criteri e direttive per la redazione dei piani regolatori delle "Aree di Sviluppo Industriale" e dei "Nuclei di Industrializzazione", Roma 1961

Istituzione di "Nuclei di Industralizzazione" nel Mezzogiorno, Roma 1960

Relazione al Parlamento, Roma 1960
(zitiert: Relazione 1960)

Relazione sulla attività di coordinamento, Roma 1961
(zitiert: Relazione 1961)

Relazione sulla attività di coordinamento, Roma 1962
(zitiert: Relazione 1962)

Relazione sulla attività di coordinamento, Volume secondo: Intervento pubblico nel Mezzogiorno e struttura demo-economica nel 1963, Roma 1964
(zitiert: Relazione 1964/II)

Comitato dei Ministri per il Mezzogiorno,

Relazione sulla attività di coordinamento, Volume primo: L'intervento pubblico nel Mezzogiorno; Volume secondo: Studi su alcuni aspetti demografici economici e sociali del Mezzogiorno, Roma 1965 (zitiert: Relazione 1965 I/II)

Chenery, Hollis B.,

Politiche di sviluppo per l'Italia Meridionale, Roma 1962, SVIMEZ (Associazione Mezzogiorno), Serie "Monografie" 6

Cicotti, Ettore,

Sulla questione meridionale, Scritti e discorsi, Milano 1904

Fortunato, Giustino,

Il Mezzogiorno e lo Stato Italiano, Discorsi politici (1880 - 1910), Firenze 1926

ders. La questione meridionale e la riforma tributaria, in: B. Caizzi (Hrsg.), Antologia della questione meridionale, Milano 1955, S. 207 ff.

Gerlach, Rick,

Insel der Raffinerien und der Petrochemie, Handelsblatt v. 21.4.65

Hirschman, Albert O.,

The Strategy of Economic Development, New Haven 1958

Istituto Centrale di Statistica,

Annuario Statistico Italiano 1961, Roma 1962

Istituto Mobiliare Italiano,

Setting up a Business in Italy, Rome 1964

Ministero del Lavoro e della Previdenza Sociale,

Rassegna di Statistiche del Lavoro, Roma 1960, Heft 1

Molinari, Alessandro,

Origine e portata del dislivello fra il Nord e il Sud dell'Italia, in: Bolletino Informazione SVIMEZ, Nov. 1956, S. 983 ff.

Nitti, Francesco,

La ricchezza dell'Italia. Quanto è ricca l'Italia, come è distribuita la ricchezza in Italia, Torino - Roma, 1905

Presidenza del Consiglio dei Ministri,

Documenti sul programma di sviluppo economico, seconda Edizione, Roma 1957, darin: Schema di sviluppo dell'ocupazione del reddito in Italia nel decennio 1955-64, S. 39 - 135, (zitiert: Vanoni-Plan)

SVIMEZ (Associazione per lo sviluppo dell'industria nel Mezzogiorno),

Il riequilibrio fra il Nord e il Sud d'Italia, Pubblicazione SVIMEZ, Nr. 36, Roma 1957

Statistiche sul Mezzogiorno d'Italia, Roma 1954

Rostow, W.W.,

The Stages of Economic Growth, Cambridge 1961

Saraceno, Pasquale,

La mancata unificazione economica a cento anni dall'unificazione politica, in: Economia e Storia, Volume 1, Milano 1960, S. 16 ff.

Tagliacarne, Guglielmo,

Calcolo del reddito prodotto dal settore privato e dalla pubblica amministrazione nelle provincie e regioni d'Italia nel 1962 e confronto col 1961. Indici di alcuni consumi e del risparmio bancario, in: Moneta e Credito, Rivista trimestriale della Banca Nazionale del Lavoro, Settembre 1963, S. 360 ff.

United Nations

Economic Bulletin for Europe 1953, darin: Economic Survey of Europe in 1953, Geneva 1954

Vöchting, Friedrich,

Die italienische Südfrage, Entstehung und Problematik eines Notstandsgebietes, Berlin 1951

Il Centenario delle ferrovie italiane 1839 - 1939, Roma 1940

Lebenslauf

Herkunft:	Geboren am 17.3.1934 in Berlin als Sohn des nachmaligen Oberbaurats im Oberkommando der Kriegsmarine Dipl.-Ing. Johannes Matthes (+) und seiner Ehefrau Elisabeth, geb. Friederichsen. Deutsche Staatsangehörigkeit.
Familienstand:	Verheiratet, zwei Kinder.
Bildungsgang:	Nach dem Abitur an der Wirtschaftsoberschule der Stadt Frankfurt a.M. (14.3.1954) zweijährige Lehre bei der Dresdner Bank AG in Essen. Sodann Studium der Volkswirtschaft an den Universitäten Münster (drei Semester), Paris (ein Semester), Rom (ein Semester), Heidelberg (fünf Semester). Diplom-Volkswirte-Examen am 29.4.1961 an der Universität Heidelberg. Danach bis Juli 1963 wieder Studium in Münster, wiss. Mitarbeiter am Institut für Verkehrswissenschaft der Universität, Aufgaben als Korrektur-Assistent, Tutor am Aaseehaus-Kolleg der Universität.
Berufliche Tätigkeit:	Seit Juli 1963 Referent für allgemeine Volkswirtschafts- und Kapitalmarktfragen im Bundesverband des privaten Bankgewerbes e.V. in Köln.

Druck: Gouder und Hansen, Köln, Otto-Fischer-Straße 31-35, Telefon 415580